

Politische Berichte



Preis:
2,50



Im April 1964 ist ein Foto in einer amerikanischen Tageszeitung erschienen, das die amerikanische Schiffschraube (SSN) über die Kiste des U-Boots zeigt. Die Kiste ist mit einem roten Band umwickelt, das mit dem Namen "Kriegsfeld: Anne befreit Soldaten" beschriftet ist. Die Kiste ist mit einem roten Band umwickelt, das mit dem Namen "Kriegsfeld: Anne befreit Soldaten" beschriftet ist. Die Kiste ist mit einem roten Band umwickelt, das mit dem Namen "Kriegsfeld: Anne befreit Soldaten" beschriftet ist.

Bundestagswahlen: Die DKP will die Friedensliste unterstützen. Wenig Kritik am BRD-Imperialismus Seite 19

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 64 42
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 02 21 / 21 16 58. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Weltwirtschaftsgipfel: Ausbau der "internationalen Arbeitsteilung" durch wirtschaftliche und militärische Aggression 4

Lohnbewegung: Gesamtmetall bietet an, was die Kapitalisten stark macht 7

Wochenendarbeit: PolyGram: Sozialminister verlängert "Ausnahme" 7

"Celler" Bombe: Die CDU diktiert der SPD Bedingungen für eine große Koalition 8
Sigurd Debus' Tod: Keine Ermittlungen 9

Tschernobyl: Einige technische Bemerkungen zur "vorsintflutlichen Russen-Technik" 10
Konsequenzen der Reaktion: "... hilft nur 'der starke Staat' " 11

Auslandsberichterstattung

Jugoslawien: Handelsbilanzdefizit verringert zu Lasten der Arbeiter und Bauern 12
BRD-Pläne mit Jugoslawien 13

Zimbabwe: Vor der Vereinigung von ZANU und ZAPU? 13

EG/NATO: Expansion gegen nordafrikanische Staaten 14

Österreich: Deutschnationalismus ist keine Generationenfrage.. 14

Großbritannien: Zeitungskapitalist Murdoch gerät unter Druck . 15

DDR: SED-Parteitag: "Festhalten am bewährten Kurs" 15

Internationale Meldungen 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen:
Wozu rüstet die EG? 18
Befreiung der Arbeit ohne Beseitigung der Lohnarbeit? 18
Dokumentiert: Aktivitäten gegen die Volkszählung 18

Bundestagswahlen: DKP will die Friedensliste unterstützen. Wenig Kritik am BRD-Imperialismus. 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Das Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung teilt mit:

Am 10.05.1986 erörterten BWK, FAU/HD(A), FAU/R, GIM und KPD Möglichkeiten eines gemeinsamen Eingreifens in die Bundestagswahlen. Auf der Sitzung lagen schriftliche Stellungnahmen seitens des BWK, der KG(NHT), eine gemeinsame Stellungnahme von GIM und KPD sowie die Erklärung von BWK, GIM und KPD zu den Niedersachsenwahlen vor. Die Organisationen kamen wie folgt überein:

1.) Am 1./2. November wird ein gemeinsamer Kongreß "Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten in die Frontbildung gegen Imperialismus und Reaktion" (Arbeitstitel) durchgeführt. Die KG(NHT), die verhindert war, hatte einen solchen Kongreß vorab begrüßt.

2.) Am 5./6. Juli 1986 wird eine aus den Organisationen bestimmte Arbeitsgruppe, die weiteren Interessierten offensteht, den Kongreß inhaltlich und organisatorisch vorbereiten. Die Ergebnisse dieses Treffens werden sodann als Einladung zu dem Kongreß veröffentlicht.

3.) In der Zeit nach den Niedersachsenwahlen wird seitens des Präsidiums der gemeinsamen Vollversammlung ein Leitungstreffen einberufen, auf dem eine gemeinsame Erklärung zu den Bundestagswahlen ausgearbeitet werden soll.

4.) Die Materialien, die auf den bisherigen Verhandlungen über ein gemeinsames Eingreifen in die Bundestagswahlen vorlagen, werden den Mitgliedern der Organisationen der gemeinsamen Vollversammlung von AAU, BWK, FAU/HD(A), FAU/R, GIM, KG(NHT), KPD und PA zugänglich gemacht.

Presseerklärung: Staatsanwaltschaft Heidelberg versucht, antiimperialistischen Widerstand zu kriminalisieren
Am Dienstag den 6. Mai wurde vom Heidelberger Staatsschutz unter persönlicher Anwesenheit von Staatsanwalt Heister bei einem Genossen eine Haussuchung durchgeführt. Sinn dieses Rechtsstaatsterrors war es, Druckvorlagen und ähnliches zu einem Plakat zu finden, das die FAU-HD (A) aus Anlaß des Bombenüberfalls der US-Terroristen auf die libyschen Städte Tripolis und Bengasi, der hohe Opfer unter der libyschen Zivilbevölkerung, darunter Frauen und Kinder, forderte, noch an diesem 15.4.86 herausbrachte. Zu finden war für die Staatsanwaltschaft in dieser Richtung freilich nichts, was als Beweis gegen ihn dienen könnte. Nun versucht ihm die Staatsanwaltschaft einen gewagten Indizienstrick zu drehen, wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) und Be-

leidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes (§ 103 StGB).

Dieses Vorgehen der BRD-Klassenjustiz paßt zur Politik der BRD-Imperialisten, die diese Aggression ebenfalls mitgetragen haben. Der Einsatz der Bomber wurde vom Stuttgarter EUCOM aus kommandiert und gesteuert, durch das "Wartime Host Nation Support-Abkommen" zwischen der BRD und den USA unterstützen die BRD derartige US-Aggressionen wie die Erlaubnis, EUCOM zu benutzen, durch Ersatz von für derartige Zwecke aus der BRD abgezogene US-Truppen durch Bundeswehreinheiten etc. Dadurch sichern sich die BRD-Imperialisten Einfluß auf die US-Aktionen, sie marschieren mit, ohne eigene Soldaten losschicken zu müssen. Gaddafis Ermordung wird in der westlichen Presse so auch in der BRD offen diskutiert, er wird als Terrorist beleidigt, und kein BRD-Staatsanwalt greift ein. Das "Verbrechen" Gaddafis ist, daß Libyen unter seiner Führung die Petrodollars zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, zur Unabhängigkeit Libyens vom kapitalistischen Weltmarkt, zum fortschrittlichen Aufbau und zur Unterstützung zumeist antiimperialistischer Kämpfe verwendet, statt es auf dem internationalen Kapitalmarkt zu verprassen. Dies ist den Imperialisten ein Dorn im Auge. Der Streit um das Bombardement zwischen BRD und US-Imperialisten ist dabei wie die Rangelei zweier Ganovenbanden um Beute und das wie, nicht um das ob. Es kommt für die Betroffenen auf das gleiche raus, ob eine Schlächtereier von der GSG 9 oder US-Bomben veranstaltet wird. Die wahren Terroristen beim Namen zu nennen und zum Kampf gegen sie aufzufordern aber ist in der BRD ein Verbrechen. Wir rufen die gesamte fortschrittliche und demokratische Öffentlichkeit dazu auf, mit dem antiimperialistischen Kampf Libyens solidarisch zu sein und mit uns die Einstellung der Verfahren gegen die FAU-HD (A) bzw. eines ihrer Mitglieder zu erzwingen. WIR LASSEN UNS NICHT DAS MAUL VERBIETEN!
Heidelberg, den 9.5.86

Sekretariat der FAU-HD(A)

FAP zugelassen – danach Angriff auf Antifaschisten

Hannover. Am 7.5. hat der Landesausschuß das erste Mal getagt. Die Sitzung war begleitet von Protesten von Antifaschisten: Die VVN und Volksfront hatten vorher und zu der Sitzung ein Verbot der FAP nach Art. 139 gefordert (Brief an die Ausschußmitglieder, Presseerklärungen). Die VVN übergab 1500 Unterschriften, gegen die Wahlbeteiligung und für Verbot der FAP. Eine Gruppe von 15 Antifaschisten verschiedener Strömungen erschien trotz des morgentlichen Termins. Aufgrund des Drucks der Antifaschisten ging der Landes-

wahlleiter in einer Hetzrede gegen "Extremismus jeder Art" ein und behauptete die Ungültigkeit des Art. 139. Prüfung eines Verbots gegen eine der Vereinigungen, dabei spielte er darauf an, daß dies auch die DKP betreffe, sei Bundesangelegenheit. Antifaschisten bedrohte er wegen Zwischenrufen mit Rauswurf. Sichtbar zufriedener verfolgten die Faschisten die Schützenhilfe durch den Ausschußvorsitzenden. Der GRÜNE-Vertreter versagte seine Zustimmung, da die FAP "Nachfolgeorganisation der ANS/NA" sei. Wegen der Enthaltung von drei Beisitzern (SPD/FDP), wurde die FAP mit Regierungs- und CDU-Stimmen zugelassen.

Ermuntert durch die Sitzung schoß ein Faschist noch im Ministerium mit einer Gaspistole dreimal in die Gruppe der Antifaschisten und verletzte einen Pförtner. Der anwesenden Polizei "mißlang" die Festnahme des Schützen. Im Laufe des Tages gab sie dann Polizeiberichte heraus, die in Presse und Funk den Antifaschisten die Täterschaft anlastete. Mit mehreren Presseerklärungen haben die Antifaschisten diesen Darstellungen widersprochen und den Zusammenhang mit der offenbar beabsichtigten Ablenkung von der FAP-Zulassung hergestellt. Zu der nächsten Sitzung am 15.3. bereiten die Antifaschisten gemeinsame Protestaktionen vor.

— (ard)

Erste Ausländerkonferenz der IG Metall

Mit fast 200 Delegierten und insgesamt ca. 600 Teilnehmern fand am 8./9. Mai in Frankfurt die erste bundesweite Ausländerkonferenz der IG Metall statt. Von den 199 anwesenden Delegierten waren 197 ehrenamtliche und 3 hauptamtliche Mitglieder, 186 Gewerbliche und 14 Angestellte; 19 Frauen waren delegiert. Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 39 Jahre und die durchschnittliche Zugehörigkeit zur IG Metall 13 Jahre. Rund 200 Anträge und Initiativan-

träge wurden am 2. Tag verabschiedet, nachdem am ersten Tag hauptsächlich der Geschäftsbericht des Ausländerverantwortlichen beim Vorstand, Willi Sturm, debattiert wurde. Es wurde von den Delegierten kritisiert, daß er kommentarlos die Politik von Bundes- und Landesregierungen darstelle und keine klare Position beziehe. Ferner, daß die Ausländerfeindlichkeit verharmlosend dargestellt sei, in dem Sinne, daß sie nicht als bewußte Politik führender Politiker gekennzeichnet sei: "Es ist kein Unterschied, ob Kohl sagt, es gibt 1 Mio. Ausländer zuviel oder die Neonazis 'Ausländer raus' fordern. Sie sind nur verschiedene Instrumente im gleichen Orchester," so ein Delegierter aus Reutlingen. Ein roter Faden, der sich durch die Konferenz zog, war die Forderung nach Taten, so wurde ein Antrag verabschiedet, der den Vorstand verpflichtet, über Tätigkeiten zum Kommunalen Wahlrecht zu berichten. Die verabschiedeten Anträge beinhalten u.a. Forderungen nach Aufenthaltsfestigung, Kommunalem Wahlrecht als erstem Schritt zum allgemeinen Wahlrecht, gegen die Rückkehrförderung, gegen die Diskriminierung durch das AFG, durch Steuergesetze und Versicherungsklauseln (hier wurde ausdrücklich auch die Volksfürsorge angegriffen). Zur Durchsetzung dieser Forderungen wurde ein Antrag angenommen, der die IGM auffordert, mit allen demokratischen Organisationen im Bündnis zusammenzuarbeiten. Ca. 13 Anträge gegen Neofaschismus wurden angenommen, viele beinhalten die Forderung nach Verbot faschistischer und neofaschistischer Organisationen, aber auch Verbot und Strafverfolgung ausländerfeindlicher Äußerungen und Handlungen. Viele Anträge richteten sich auf die Verbesserung der innergewerkschaftlichen Bildungsarbeit, auf die innergewerkschaftliche Demokratie und Verbesserung der Stellung der ausländischen Mitglieder. — (udi)



Der Generalsekretär der CDU, Geißler, empfing den Dalai Lama, der sich als exiliertes Oberhaupt des tibetischen Buddhismus betrachtet. Der religiöse Führer reist durch Westeuropa, um über mangelnde Religionsfreiheit in der VR China zu klagen. Die reaktionäre Internationale der christlichen und demokratischen Parteien hat seine Reise mitorganisiert. — (uld)

Weinheim: Initiativen gegen faschistischen OB-Kandidaten 22

Neue Heimat: Hamburgs SPD-Senat betreibt CDU-Konzept..... 22

Rekrutengelöbnis: Protest gegen reaktionären "Antifaschismus" 23

BMW: Sonderschichten zur Imagepflege..... 23

1. Mai: Stellungnahmen zum 1. Mai..... 25

Ausländische Arbeiter: CDU Niedersachsen verschärft Ausländerhetze..... 25

Dortmund: "Wir Türken wollen endlich wie Menschen behandelt werden!"..... 26

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

Skinheads in Flensburg: Polizei ließ den faschistischen Horden freie Entfaltung..... 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Taschenbücher: Geschichte der Juden in Deutschland und des Antisemitismus..... 30
"Die Juden als Minderheit..."..... 30
Juden in der Literatur..... 30
Memoiren eines Antisemiten..... 30
Über gute und schlechte Juden... 30
Rechter und linker Antisemitismus 30
Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten..... 31

Energieversorgung: Faschistische Energiepolitik und die Folgen 31

Rassismus: Herder-Lexikon der Biologie: Gibt es Menschenrassen? 34

Spezialberichte

Ausländergesetze: Ausländerfeindliche Politik der Regierung erhält Rückdeckung von schwarzrot-goldener SPD..... 36
Neue Welle der Ausländerfeindlichkeit von der Innenministerkonferenz vorbereitet..... 36
Ausländerkontrollen auf dem Weg zur Arbeit: "Halts Maul, hier reden wir!"..... 37
Das "unbeschränkt einkommenssteuerpflichtige Kind": Steuer-Unrecht 38
Vorruhestandstarif: Sonderbestimmungen für ausländische Arbeiter durch die Hintertür..... 39

Titelbild: Foto: 1. Mai in Frankfurt, udi

Weltwirtschaftsgipfel in Tokio

Ausbau der "internationalen Arbeitsteilung" – durch wirtschaftliche und militärische Aggression

Die Zufriedenheit, mit der die Staats- und Regierungschefs der sieben größten imperialistischen Staaten und der Präsident der EG-Kommission letzte Woche in Tokio vor die Presse traten, ist für die Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staaten und für die vom Imperialismus abhängigen und bedrohten Staaten ein Grund zur Sorge. Trotz zunehmender Anzeichen, daß der "Aufschwung" in den imperialistischen Ländern bald in die nächste Krise übergehen kann, trotz weiter heftigen Widerstands der Arbeiter-

bewegung in den imperialistischen Ländern und trotz der Proteste gegen die US-Bombenangriffe auf Libyen beurteilen die Imperialisten ihre Lage als günstig – günstig für die Fortsetzung der Aggression gegen Libyen, günstig für die Expansion der imperialistischen Monopole auch in anderen Staaten und günstig für weitere Angriffe auf die Lohnabhängigen in den imperialistischen Staaten. Wie sieht der Angriffsplan der Imperialisten aus, und wie können die Lohnabhängigen dem entgegentreten?

Libyen: Noch eine Kriegserklärung

Die auf dem Gipfel in Tokio versammelten Staats- und Regierungschefs der größten imperialistischen Länder halten den Widerstand, der in ihren Ländern gegen ihre Aggression gegen Libyen aufgetreten ist, für so schwach und isoliert, daß sie keinen Hehl aus ihrer Absicht machen, die Aggression gegen Libyen unvermindert fortzusetzen. Das ist eines der für alle Antimperialisten unerfreulichsten Ergebnisse des Gipfels. Schon vor dem Gipfeltreffen hatte das US-Magazin "Newsweek" geurteilt: "Die Handvoll von lautstarken Straßendemonstrationen, die unmittelbar nach dem Angriff auf dem Kontinent ausbrachen, erwiesen sich als häßlich, dumm, aber kurzlebig."

Die Regierungschefs in Tokio teilen diese Einschätzung. Sie beschlosseneine "Erklärung zum internationalen Terrorismus", die einer förmlichen gemeinsamen Kriegserklärung gegen Libyen gleichkommt und zugleich weiteren Ländern – insbesondere Syrien, dem Iran, Nicaragua – solche Aggressionen androht: "Wir ... be-

kräftigen mit allem Nachdruck unsere Verurteilung des internationalen Terrorismus in allen seinen Formen, seiner Komplizen und aller, auch der Regierungen, die ihn unterstützen ... In der Erkenntnis, daß die anhaltende Bekämpfung des Terrorismus eine Aufgabe ist, der sich die gesamte Völkergemeinschaft stellen muß, verpflichten wir uns zu größtmöglichen Anstrengungen im Kampf gegen diese Geisel. Der Terrorismus ... muß schonungslos und kompromißlos bekämpft werden ... Wir haben beschlossen, diese Maßnahmen ... gegenüber jedem Staat anzuwenden, der offenkundig an der Finanzierung oder Unterstützung des internationalen Terrorismus beteiligt ist, und insbesondere gegenüber Libyen, bis dieser Staat seine Komplizenschaft mit diesem Terrorismus oder dessen Unterstützung aufgibt." Dann folgt eine Liste von Maßnahmen, angefangen von der Bedingung aller Waffenlieferungen an solche Staaten, über die "strikte Begrenzung der Größe diplomatischer Vertretungen", Reisebeschränkungen und Einreiseverweigerungen, "verbesserte Auslieferungsverfahren" und "engstmögliche bilaterale und multi-

laterale Zusammenarbeit von Polizei und Sicherheitsorganen." Diese Einigung wird alle Imperialisten in Zukunft zu noch aggressiverem Vorgehen gegenüber Libyen, aber auch gegen andere Staaten ermutigen.

Laut ZDF-Nachrichten prüfen die USA nach Absprache mit ihren Verbündeten nunmehr die Möglichkeit des Einsatzes von Cruise Missiles gegen Libyen, z.B. von Sizilien aus. Auch unter den westdeutschen Kapitalisten ist die Meinungsbildung über die Fortführung der Aggression abgeschlossen: Die Sache lohnt sich! Das "Handelsblatt" etwa, sonst eher um nüchtern geschäftsmäßige Berichterstattung bemüht, hetzt mit immer neuen Sonderseiten gegen Libyen. Dahinter steckt das Kalkül, daß der Sturz der Regierung Ghaddafi und die Zerstörung der libyschen Unabhängigkeit nicht nur Libyen selbst wieder imperialistischer Ausbeutung öffnen würde, sondern auch den imperialistischen Einfluß in anderen Staaten rund ums Mittelmeer und in Nordafrika weiter stabilisieren würde. Dabei winkt der EG als "traditionell" einflußreichster Macht in diesem Gebiet fette Beute. Zudem wäre ein Sturz

Strauß lockt den DGB mit Montan-Mitbestimmung

Schlagzeile der DGB-Zeitung "Welt der Arbeit" am 29. April: "Strauß für Sicherung der Montanmitbestimmung". In einem Interview mit der Zeitung hatte Strauß erklärt: "Das Problem der Montanmitbestimmung muß sachgerecht gelöst werden." Das "Problem": Nach der von der Regierung Schmidt/Genscher geschaffenen Rechtslage endet 1987 für Konzerne wie Thyssen, Mannesmann, Krupp, Hoesch die Montanmitbestimmung, weil sie durch Expansion und Änderung der Konzernstruktur inzwischen weniger als 50% ihrer Umsätze mit "Montan"-Produkten machen. Strauß erklärte, "daß eine Quotenherabsetzung des Eisen- und Stahlanteils am Gesamtumsatz der Unternehmen der richtige Ansatz ist." Vorbedingung sei jedoch, "daß Arbeitgeber und Gewerkschaften ihr zustimmen und so die

Voraussetzungen für eine Lösung im sozialen Frieden schaffen." Der DGB bzw. die IGM soll also vorher "sozialen Frieden" mit den Eisen- und Stahlkonzernen machen. Ob das den Kapitalisten reicht? Die FDP, Vorstöße zu einer großen Koalition witternd, hat gegen den Vorschlag von Strauß protestiert. – (rül)

Zimmermann hetzt: "Ausländerkriminalität"

"Deutlicher Anstieg der Kriminalität bei Ausländern" meldet der "Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 1985" der Innenministerkonferenz. Diese bereitet so die Öffentlichkeit auf härtere Polizeiverfolgung von Ausländern vor. Die "Polizeiliche Kriminalstatistik" erfaßt die "Tatverdächtigen", nicht die Verurteilten. Welcher Straftaten waren Ausländer verdächtig? Der Bericht nennt an erster Stelle: "Leistungserschleichung" (11396 Tatverdächtige), an zweiter

Stelle: "Urkundenfälschung" (9032 Tatverdächtige). Die häufigsten "Straftaten" ausländischer Lohnabhängiger sind also: Schwarzarbeit, Versuch, trotz gesetzlicher Verbots Angehörige einreisen zu lassen, Arbeitslosengeld zu beziehen usw. So treibt die Ausländergesetzgebung ausländische Lohnabhängige in die Illegalität, und die Innenminister melden den Erfolg ihrer eigenen Gesetze als "steigende Ausländerkriminalität"! – (rül)

Genscher: "Europäische Antiterrorereinheit"

FDP-Genscher betreibt den Aufbau einer "europäischen Antiterrorereinheit". Das ist einem Artikel im "Handelsblatt" vom 12.5. zu entnehmen, dessen Autor sich ausdrücklich auf Informationen aus dem Auswärtigen Amt beruft. Das Außenministerium hofft, bald "eine engere Zusammenarbeit" von GSG 9 und ähnlichen Einhei-



"Weltwirtschaftsgipfel" in Tokio als imperialistische Kriegskonferenz. Gleich mit ihrem ersten Beschluß unterstrichen die imperialistischen Regierungschefs, daß sie sich im Krieg mit Libyen befinden und diesen Krieg fortsetzen wollen. Bild: 1. Mai-Demonstration in Köln.

Ghaddafis auch weltweit ein "Exempel" für Staaten, die sich gegen imperialistische Einflußnahme wehren, könnte also die Geschäftsaussichten der westdeutschen Kapitalisten auch weltweit verbessern.

Weitere Aggressionen gegen die Dritte Welt ...

Zweiter Schwerpunkt der Beratungen in Tokio war die Beratung über die Ölpreissenkung und wie dieser Erfolg gegen die OPEC genutzt und ausgebaut werden kann. 60 Mrd. Dollar werden die Imperialisten in diesem Jahr weniger für ihre Öleinfuhren an die Staaten der dritten Welt zahlen. Das senkt die Kosten der Kapitalisten, aber auch die Ausgaben der Lohnabhängigen für Benzin, Heizung usw. Diese, auf der brutalen Beraubung der ölexportierenden Staaten beruhende "Preisstabilität" bietet den Imperialisten Ansatzpunkte, um den Lohnabhängigen

vorübergehend den Anschein von "Entspannung" ihrer Lage vorzugaukeln und dennoch mit ihren Angriffen auf sie fortzufahren.

Diese für die Propagierung einer imperialistischen "Volksgemeinschaft" gegen die Staaten der Dritten Welt günstige Lage ("Die Preise müssen stabil bleiben!") wollen die Imperialisten nutzen, um den Waren- und Kapitalexport in alle Staaten der Dritten Welt voranzutreiben und so die Abhängigkeit dieser Staaten weiter zu vergrößern. Wörtlich heißt es in der Schlußerklärung des Gipfels: "Wir betonen die Notwendigkeit der Verwirklichung einer wirksamen Strukturanpassungspolitik in allen Ländern und sämtlichen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit, damit das Wachstum, die Beschäftigung und die Integration der Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft vorangetrieben werden. Zu

dieser Politik gehören technische Innovationen, Anpassung der Industriestruktur und Expansion von Handel und Auslands-Direktinvestitionen." (Hervorhebung v. d. Red.)

Gegenüber den Staaten der Dritten Welt betonen die Regierungschefs dann noch einmal ausdrücklich "die Bedeutung des Einzelfallprinzips bei der Behandlung internationaler Schuldenprobleme" (also die Ablehnung jeder Schuldentstreichung) und bekräftigen ihren Willen, "die Möglichkeit verstärkter Finanzströme in die Entwicklungsländer" zu eröffnen.

... und gegen die Arbeiterbewegung

Diese Pläne für eine solche neuerliche Waren- und Kapitalexportoffensive in die Dritte Welt sind bei den imperialistischen Monopolen weit gediehen. Erst vor Wochen kündigten z.B. die westdeutschen Konzerne in Brasilien an, dort bis 1990 10 Mrd. DM investieren zu wollen. Die japanischen Monopole wollen in den nächsten Jahren die Zahl der in ihren Auslandswerken ausgebeuteten Lohnabhängigen um zwei Millionen Lohnabhängige erhöhen. Um diese Expansionspläne zu sichern, vereinbarten die Regierungschefs eine engere Abstimmung ihrer Politik im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und baldige Beratungen über Änderungen am Welthandelsabkommen (GATT), insbesondere zwecks Sicherung von Auslandsinvestitionen.

Für die Arbeiterbewegung stellt dieses Programm eine ebenso große Herausforderung wie für die Staaten der Dritten Welt dar. Gelingt den Imperialisten ihre angekündigte Kapitalexportoffensive, so werden selbst die geringen Erfolge, die die Staaten der Dritten Welt in den letzten Jahren

ten in anderen EG-Ländern vereinbaren zu können. Dies sei "ein wichtiger Anfang ... zur Schaffung einer integrierten europäischen Antiterrereinheit." Das würde, so der Autor, der GSG 9 auch Einsätze "in anderen Ländern der EG erlauben." – (rüf)

Kulturabkommen zwischen BRD und DDR in Kraft

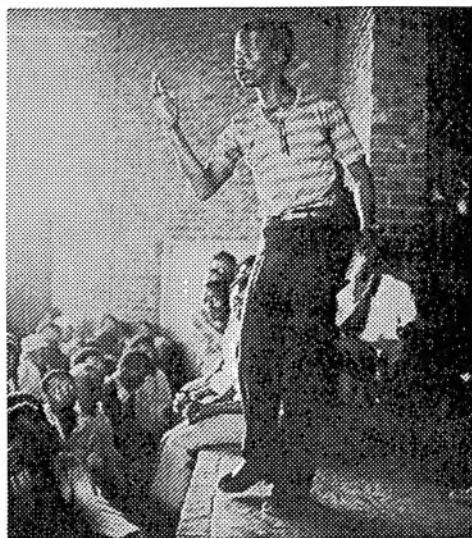
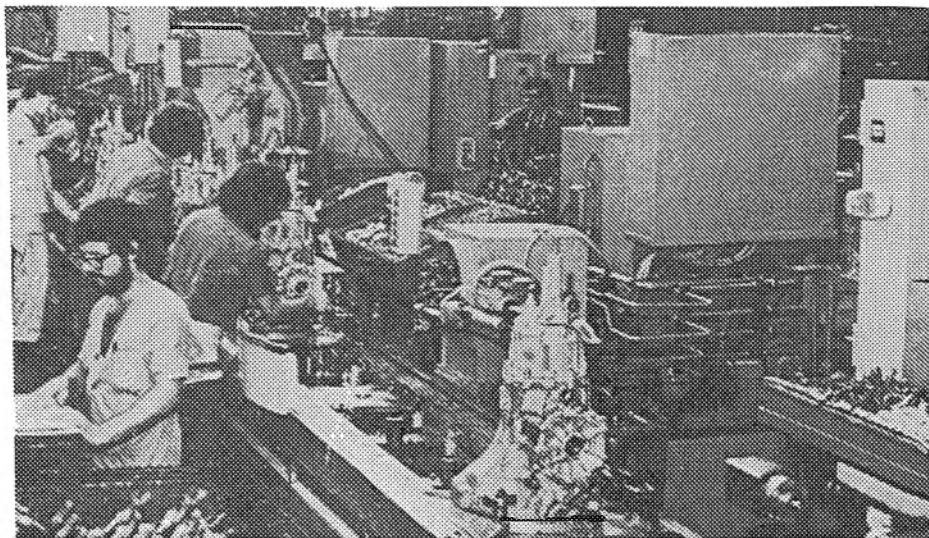
Nach dreizehnjähriger Verhandlung ist am 6.5.1986 das Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit in Kraft getreten. Der Leiter der DDR-Verhandlungsdelegation wies daraufhin, daß das Abkommen "als ein weiterer bedeutungsvoller Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ... bezeichnet werden" kann. Die Bundesregierung hebt hervor, daß Westberlin in das Abkommen einbezogen ist. In Artikel 13 ist aber ausdrücklich betont, daß dies "entspre-

chend dem Viermächte-Abkommen vom 3.9.1971" geschehe. Dort ist immerhin festgehalten, daß Westberlin "kein Teil" der BRD ist. Über einen der strittigen Verhandlungspunkte ist keine Übereinstimmung erzielt worden. Die BRD hat sich als Weiterführungsstaat des "Deutschen Reiches" die Kulturgüter, die aus dem Gebiet der BRD oder Westberlin verbracht worden waren, als angeblich rechtmäßiger Besitzer in der "Stiftung Preußischer Kulturbesitz" einverleibt. Diesen Raub will die BRD nicht herausrücken. – (gba)

Bundesregierung fördert Namibia-Geschäfte

Die Bundesregierung behauptet zwar die Unterstützung der Resolutionen der Vereinten Nationen über Namibia, alle die Bestimmungen aber, die den Handel insbesondere mit Bodenschätzen aus Namibia untersagen, er-

kennt sie nicht als völkerrechtlich gültig an. Dies hat die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen zur Namibia-Politik bekräftigt. Der UN-Namibia-Rat hatte 1976 beschlossen, daß insbesondere Rohstoff- und Agrarexporte aus Namibia bei ihm beantragt werden müssen, um der Plünderung der natürlichen Reichtümer Einhalt zu gebieten. Die BRD beteiligt sich an der illegalen Plünderung. Etwa 10% der westdeutschen Uranimporte stammen aus Namibia, staatliche und halbstaatliche Konzerne haben Lieferverträge abgeschlossen. Die illegale Besatzung Namibias durch Südafrika hat die Bundesregierung in der Zeit von 1978 bis 1985 mit ca. 75 Mio. DM Entwicklungshilfe an Schul-, Industrie- und Farmprojekte unterstützt, die weitgehend in der Hand westdeutscher Kirchenorganisationen und Stiftungen sind. (Bundestagsdrucksache 10/5312 – uld)



Ausbeutungsbedingungen, die künftig noch mehr genutzt werden sollen: Nach Angaben des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) verdiente 1984 ein Automobilarbeiter in Brasilien umgerechnet knapp 4,50 DM die Stunde, in Südafrika/Azania noch weniger. Links: VW-Brasilien. Rechts: Streikversammlung bei BMW Südafrika/Azania 1984.

beim Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft gemacht haben, zunichtegemacht. Dann steht zu befürchten, daß eine ganze Reihe weiterer Staaten in eine halbkoloniale Abhängigkeit von den Imperialisten gedrückt wird, wie sie schon jetzt für Taiwan, Singapur, Hongkong oder die Türkei besteht.

Eine solche Entwicklung hätte auch für die Lage der Arbeiterklasse, sowohl in diesen Ländern der Dritten Welt wie in den imperialistischen Staaten selbst, äußerst ernsthafte Folgen. Denn je mehr und je zügiger diese "internationale Arbeitsteilung" fortschreitet, umso größer werden die Möglichkeiten der Kapitalisten, ihr Kapital stets dahin zu verlegen, wo der höchste Profit lockt. Die sowieso schon elende Lage der Lohnabhängigen in den Staaten der Dritten Welt würde durch die mit dieser Kapitalexpansionsoffensive der Imperialisten ge-

setzmäßig einhergehenden Putsche, IWF-Auflagen usw. noch unerträglich, und über den Waren- und Kapitalmarkt, über den sich diese Verschlechterung der Lage der Lohnabhängigen in der Dritten Welt in den imperialistischen Ländern auswirkt, könnten die Imperialisten ihren Druck auch auf die Lohnabhängigen in ihren "Heimatländern" so steigern, daß auch hier schwere Einbrüche in den Lebensstandard vieler Lohnabhängigen unvermeidlich würden.

Wie kann dieses Expansionsprogramm der Kapitalisten bekämpft werden? Die Zuversicht, die die imperialistischen Regierungschefs auf ihrem Treffen in Tokio zur Schau stellten, basierte auf der Erfahrung, daß es ihnen gelungen ist, die Solidarität der Lohnabhängigen zu untergraben und sie in ihre Aggression gegen die Staaten der Dritten Welt einzuspannen. Diesen Erfolg wollen die Imperialisten

nun nutzen, um weltweit die Solidarität der arbeitenden Klassen weiter zu untergraben. Ihre Konkurrenz untereinander wird dadurch in keiner Weise gemindert. Im Gegenteil basiert der in Tokio beratene Kurs auf der Erwartung aller Imperialisten, daß sich ihre Konkurrenz gegeneinander rasch weiter verschärfen wird. Nur: noch mehr soll die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen zunehmen. Wenn es gelingt, dies durch gründliche Kritik und entschiedenen Kampf gegen jede chauvinistische und imperialistische Propaganda und Politik zu durchkreuzen und die Solidarität der arbeitenden Klassen weltweit zu festigen, kann der Vormarsch der Imperialisten gestoppt werden.

Quellenhinweis: Newsweek, 5.5.86; Wall Street Journal, 7.5. und 9.5.; FAZ und Handelsblatt, Ausgaben seit 18.4.; Bundesbank, Presseberichte im April 86 – (rül)

BRD will EG-Abkommen für Waffenexport nach Nahost

Die Bundesregierung wünscht, daß ein seit längerem verhandeltes Kooperationsabkommen zwischen den Ländern des sog. Golf-Rates (Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, Kuwait, Oman und Vereinigte Emirate) und der EG Anfang 1987 – "nach der Wahl" – abgeschlossen werde. Der Grund für das Drängen wurde ebenfalls "aus unterrichteten Kreisen" mitgeteilt: Dann endlich könne man den Waffenexport in diese Region ausdehnen, etwa nach dem Muster der südostasiatischen ASEAN-Staaten. Diese werden von der BRD seit dem Abschluß eines Kooperationsabkommens mit der EG bei Rüstungsexportaufträgen wie NATO-Staaten behandelt, d.h. auf Antrag einer westdeutschen Firmen kann jegliche Art von Waffen geliefert werden. Die Bundesregierung umgeht mit diesem Vorgehen eine Änderung des

Kriegswaffenkontrollgesetzes im Bundestag mit der Begründung, Staaten die ein Kooperationsabkommen mit der EG hätten, seien "im Prinzip pro-westlich und strebten nach Eindämmung des Kommunismus". Die künftig mit Waffen aller Art zu beliefernden Golf-Staaten unterstützen den Irak im Krieg gegen den Iran. (Süddt. Ztg., 6.5.86 – alk)

BRD-Beteiligung am Überfall auf Libyen

"Ist eine Äußerung... General Rogers vom 18. April 1986 zutreffend..., daß die US-amerikanischen Luftangriffe auf Libyen von Stuttgart aus vorbereitet worden sind und daß Mitglieder von Bundeswehr und Bundesregierung Kenntnis hatten? Wie bewertet die Bundesregierung... die Vorbereitung eines militärischen Angriffes gegen ein drittes Land vom Boden der Bundesrepublik Deutschland? Welche militärischen oder zivilen Einrichtungen,

Kommunikationsmittel, Dienststellen des Bundes, der Länder oder der NATO auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland waren indirekt oder direkt an der Planung, der Vorbereitung oder der Durchführung des US-Luftangriffes... beteiligt?" Diese Fragen haben die Grünen an die Bundesregierung gerichtet. Ihre positive Beantwortung wäre eine amtliche Bestätigung, daß die BRD sich mit Libyen als im Krieg befindlich betrachtet. (BT-Drucks. 10/5397 – rül)

Bernd Rößner: Seit einem Jahr kein Besuch mehr

Der Rechtsanwalt von Bernd Rößner teilt in einer Presserklärung mit: "Seit mehr als einem Jahr wird der Gefangene aus der RAF, Bernd Rößner, in der VZA Straubing mit immer massiver werdenden Methoden in seinem Recht auf Besuch beschränkt und damit fast völlig von der Außenwelt abgeschlossen. Schon im vergangenen

Lohnbewegung Metall

Gesamtmetall bietet an, was die Kapitalisten stark macht

Wenn diese Ausgabe der Politischen Berichte erscheint, wird in Nordwürttemberg-Nordbaden zum siebten Mal verhandelt. Viele bürgerlichen Beobachter hatten hier schon Anfang Mai einen Abschluß für sicher gehalten. Aber Stihl, Verhandlungsführer der Metallkapitalisten und Präsidiumsvice bei Gesamtmetall, war nicht bereit, soviel zu bieten, wie eine abschlußwillige IG Metall unterschrieben hätte.

Das Angebotsszenario sieht bei Redaktionsschluß so aus: In Nordwürttemberg-Nordbaden mit den bisher meisten Verhandlungen haben die Kapitalisten zuletzt geboten: Entweder 4,2% auf zwölf Monate und eine Einmalzahlung von 40 DM oder 4,2% auf elf Monate und 175 DM für einen Monat. In beiden Fällen keine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen. In den meisten anderen Tarifgebieten wurde das erste Angebot aus Nordwürttemberg-Nordbaden wiederholt: 3,8%. Für den Norden, speziell die Werften, verlangen die Kapitalisten einen Abschlag. Nach den Worten von Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, ginge das am besten durch einen bundesweit einheitlichen Abschluß "mittlerer Größenordnung", der in florierenden Unternehmen übertariflich etwas aufgebessert werden könne. Es ginge aber auch mit einem einheitlichen linearen (Prozent-) Betrag und regional differenzierten Sockelbeträgen. (1)

So etwa sieht das Pflichtenheft der Kapitalisten für einen Abschluß aus: Erstens soll er praktisch nichts kosten. Die 4,3%, die Stihl in NW/NB als

Volumen angeboten hat, liegen am oberen Rand dessen, was Gesamtmetall selber als Produktivitätssteigerung dieses Jahres schätzt. (2) Die IG Metall erwartet sogar 5 bis 6% Produktivitätssteigerung wie im letzten Jahr. Die Lohnstückkosten würden 1986, wenn überhaupt, kaum steigen. Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute rechnet mit 0,5%, sowenig wie zuletzt 1954; ideale Bedingungen für die Schlacht auf dem Weltmarkt.

Zweitens soll die schlechte Bezahlung in den unteren Lohngruppen nicht angetastet werden. Die angebotenen Einmalbeträge sind so elend niedrig, daß man sie nur als Spott gegen die Leute und nicht als Zugeständnis an die Forderungen auffassen kann.

Drittens sollen die Ausbildungsvergütungen eingefroren werden. Den Auszubildenden wird dabei sowohl das Recht auf eine selbständige Existenz wie auch überhaupt ein Anspruch auf Bezahlung ihrer Ausbildungsanstrengungen streitig gemacht.

Auf der Gegenseite hat die IGM in zwei Bezirken ihre Forderungen praktisch nach unten verrückt. In Nordwürttemberg-Nordbaden auf 4,5% für elf Monate und einmal 350 DM sowie "angemessene Erhöhung der Ausbildungsvergütung"; im Volumen 4,9%. In NRW auf 5%, "Anhebung der Ausbildungsvergütung" und Streichung der (dort wenig belegten) Lohngruppe 2. Diese Zugeständnisse haben die Kapitalisten alles andere als beeindruckt, die Bedingungen für den Lohnkampf allerdings erschwert. Ein Einmalbetrag von 350 DM schmilzt netto auf kaum mehr als die Hälfte zusammen. Die Streichung der Lohngruppe 2 kann auch schwerlich zur allgemeinen Losung werden. In Bayern, Westberlin, Niedersachsen und Saarland liegt eine Lohngruppe 1 und in Rheinland-

Pfalz eine Lohngruppe 3 noch darunter.

Die IGM ist in verschiedenen Tarifgebieten mit Forderungen in die Auseinandersetzung hineingegangen, die eine Änderung des Lohngruppenschlüssels mit spürbaren Verbesserungen für die unteren Lohngruppen zum Ziel hatten. Das hat in den Betrieben starke Unterstützung gefunden. Die Beteiligung an den ersten Warnstreiks war ein Beleg dafür.

Andererseits zeigt sich aber auch: Die SPD ist im Vorfeld der Bundestagswahl und rund um die Debatte ihres Wirtschaftsprogramms nicht bereit, einen Lohnkampf zu unterstützen. Sie rührt keinen Finger für die Forderungen der Tarifkommissionen. Es könnte einen Schatten auf ihre Regierungstauglichkeit werfen. Dafür soll Johannes Rau aber angekündigt haben, daß er als Kanzler Tarifverträge anregen will, die den Chef zwingen, jedem Mitarbeiter viermal im Jahr die Hand zu schütteln und einmal ein Lob zu spendieren.

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt, 25./26.4.86; (2) HBl., 2.4. - (rok)

Wochenendarbeit

PolyGram: Nds. Sozialminister verlängert "Ausnahme"

Bereits seit April 1985 läuft bei der PolyGram Record Service im Werk Hannover-Langenhagen, wo Schallplatten hergestellt werden, ein "vielbeachteter Modellversuch". Innerhalb von 14 Tagen lag damals eine Ausnahmegenehmigung des niedersächsischen Sozialministeriums dafür vor, daß PolyGram 350 Arbeitskräfte quasi ausschließlich für Wochenendarbeit und für ein Jahr einstellte. Genehmi-

Jahr wurden fast alle Besuchsanträge abgelehnt ... So wurde am 25.2. dieses Jahres ein bereits genehmigter Besuch bei dem Gefangenen ... verhindert. Die Besucherin, die aus München angereist war, wurde vor dem geplanten Besuch ... von Kriminalbeamten in eine Verhörsituation versetzt ... haben die vernehmenden Beamten ... ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von der Beantwortung der Fragen die Durchführung des Besuchs abhänge." Im März 1986 ist ein Besuch bei Bernd Rößner abgebrochen worden und gegen ihn eine zweimonatige Besuchssperre verhängt worden. Der Anwalt erklärt: die Besuchsbedingungen "sind ein Teil der Isolierungsmaßnahmen, denen der Gefangene schon seit elf Jahren ausgesetzt ist und die ihn in seiner Substanz treffen. Die verantwortlichen Stellen, denen dies durchaus bewußt ist, müssen zu einer Änderung dieser Praktiken veranlaßt werden". - (uld)



Mitglieder der GSG 9 bei der Vorführung von "Nahkampfaktiken" am 30.4. in St. Augustin bei Bonn. Im Hintergrund Zimmermann und der saudi-arabische Innenminister, Prinz Abdel Asis Naif. Schon vor einigen Jahren hatte die damalige SPD/FDP-Regierung der saudischen Regierung "Hilfe" bei der Abwehr von Aufständen angeboten. Zimmermann und der saudische Innenminister vereinbarten nun nach Pressemeldungen eine "engere Abstimmung" gegen "den internationalen Terrorismus". - (rül)

gen mußte Schnipkoweit ausdrücklich die Sonntagsarbeit rund um die Uhr inkl. der mörderischen 12-Stunden-Schichten sowie das Arbeitsende 23 Uhr für Frauen. Ausreichend war der Nachweis, daß ein neues Produkt, die Laserstrahlplatte Compact Disc (CD), nicht so schnell gefertigt werden kann, wie die Nachfrage wächst, und daß neue Maschinen eine Lieferzeit von einem Jahr hätten. Die Zusage, daß zwei Drittel der eingestellten 350 Arbeitslosen nach Auslaufen der Ausnahmegenehmigung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden, benutzte Schnipkoweit als Vorwand, um mit der Gummiklausel der noch gültigen AZO "im öffentlichen Interesse" (in Blüm's AZO-Entwurf heißt's "aus Gründen des Gemeinwohls") das bestehende, stückhafte Sonntagsarbeitsverbot weiter einzureißen.

Und Schnipkoweit hat bereits die nächste Ausnahmegenehmigung vom 1.4.86 bis 30.6.87 unterzeichnet. PolyGram kann einen sogar noch vergrößerten Auftragsstau (März 1985: 3 Mio. CD; März 1986: 6 Mio. CD) vorweisen. Nach 31 Mio. DM 1985 will PolyGram 1986 weitere 14 Mio. DM investieren. Von den 350 Wochenendschichtlern, die sich die Kapitalisten damals aus ca. 3000 "Bewerbern" aussortiert hatten, haben nur 250 eine Festeinstellung erhalten – auch das wirkt auf die Arbeitsleistung. Die restlichen 100 sowie 250 neue, bisher arbeitslose Arbeiter werden für die neuen Wochenendschichten eingesetzt: Die Männer arbeiten künftig 30 Wochenstunden inkl. eine Schicht während der Woche. Sie erhalten dafür dann (durch die steuerfreien Nacht- und Sonntagszuschläge) 100 % des "normalen" Nettolohns. Die Berechnungsgrundlage von z.B. Arbeitslosengeld oder Rente liegt also deutlich niedriger. Für die Frauen bleibt es bei 23,6 Wochenstunden. Diejenigen Arbeitskräfte, die bereits über 12 Monate Wochenendschichten leisten, erhalten jetzt ein freies Wochenende pro Monat.

Die Kumpanei des niedersächsischen Sozialministers, nach dessen Angaben in Niedersachsen außer PolyGram nur noch vier Ausnahmen für jeweils 20 bis 30 Arbeitskräfte genehmigt sind, mit den Kapitalisten ist diesmal noch weitergehender. Er erhält die Zusage, daß durch den von der Geschäftsführung geplanten Übergang zur "6-Tage-Woche" (Arbeiter und Maschinen sollen nur noch sonntags von 6 bis 18 Uhr ruhen) ab Mitte 1987 alle 350 Wochenendschichtler übernommen werden. Damit macht sich die niedersächsische Landesregierung zum Fürsprecher der 7-Tage-Fabrik für die von 1600 auf dann ca. 2200 angestiegene Belegschaft im Produktionsbereich. Der Betriebsrat hat solchen Plänen noch nicht zugestimmt. – (mio)

Die "Celler Bombe" und die Folgen

Die CDU diktiert der SPD Bedingungen für eine große Koalition

Am 24.4. 1986 enthüllten die Grünen im niedersächsischen Landtag, daß der Bombenanschlag auf das Celler Gefängnis vom 25.7. 1978, der von der Landesregierung der RAF, angeblich zwecks Befreiung von Sigurd Debus, in die Schuhe geschoben wurde, von dieser Regierung im Zusammenwirken mit der GSG 9 selber verübt wurde, um Spitzel in die RAF einzuschleusen. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, Hensche, forderte den Rücktritt des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, weil dieser gemeingefährlich sei. Die Grünen forderten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, und sie zeigten Albrecht, Schmidt, Baum und Gross, den früheren Innenminister von Niedersachsen, wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung an. Generalbundesanwalt Rebmann wies die Anzeige ab, sie entbehre jeder Grundlage.

Nichts dergleichen forderte die SPD. Sie erklärte durch ihren Abge-

fest auf dem Boden der wehrhaften Demokratie: "Daher können auch Handlungen gerechtfertigt sein, die unter normalen Umständen nicht zugänglich sind. In jedem Fall kann nur ein außerordentlich bedrohlicher Sachverhalt den Einsatz sonst ungewöhnlicher Mittel rechtfertigen. Daß dabei nicht der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit außer Kraft gesetzt werden kann und die außergewöhnliche Bedrohung eine tatsächliche ... und darüber hinaus eine gegenwärtige sein muß, versteht sich von selbst." Penner" bezweifelt lediglich, daß diese Voraussetzungen in Celle erfüllt waren. Völlig "rechtsfremd" sei die Zusammenarbeit mit einem Schwerekriminellen, und der Einsatz von Sprengstoff zur "Durchsetzung des Strafverfolgungsanspruches des Staates" sei nicht zu rechtfertigen. Das ist ein Angebot, Albrechts Kurs zu unterstützen, denn Penner unterstellt, die niedersächsische Landesregierung habe sich in Strafverfolgung befunden, während sie



Karikatur aus Kommunistische Volkszeitung 48/1977 – Diesmal stellt die CDU die Bedingungen für eine neue große Koalition der inneren Sicherheit

ordneten Schäfer, sie werde den Antrag der Grünen auf Einsetzung einer Untersuchungskommission nicht unterstützen, jedenfalls nicht auf Bundesebene. Damit fehlt dem Antrag die erforderliche Anzahl von Befürwortern. Der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Penner, gleichzeitig Vorsitzender des Arbeitskreises Innenpolitik, forderte in einer Erklärung vom 29.4., die Verantwortlichen sollten "im Staatsinteresse für sich die Konsequenzen des einstweiligen Beiseitretens ziehen". Penner steht

doch in Wirklichkeit ein Delikt erfunden hat, um ihren Terror gegen staatsfeindliche Gefangene zu begründen. Sie hat auf Grund ihrer eigenen Taten Sigurd Debus verfolgt, indem sie ihn mit Isolationshaft quälte, an deren Folgen er gestorben ist. Die rechtlichen Ansprüche der SPD beschränken sich darauf, keinen Sprengstoff, sondern vermutlich Maschinengewehre zu benutzen und keine unausgebildeten Spitzel, sondern Beamte zu verwenden. Die Position der SPD zur Absicherung terroristischer Handlungen des Staatsapparats wird ergänzt durch,

Sigurd Debus' Tod: Keine Ermittlungen

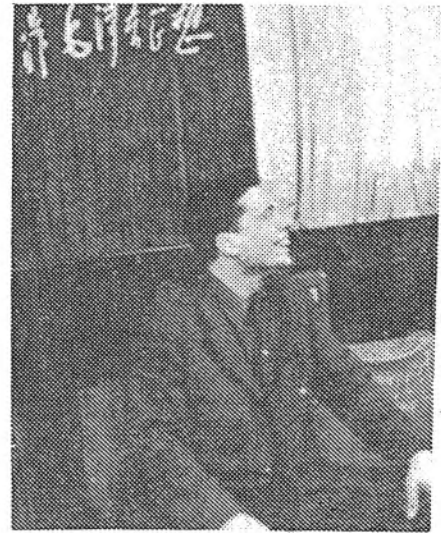
Am 16. April 1981 starb der zu zwölf Jahren Haft verurteilte politische Gefangene Sigurd Debus während eines Hungerstreiks. Seit seinem Tod versuchen seine Eltern, ein Gerichtsverfahren gegen die für seinen Tod Verantwortlichen in Gang zu bringen. Doch bislang ist selbst das Ermittlungsverfahren verschleppt.

Sigurd Debus war für zweieinhalb Jahre, bis zum Januar 1979, im Celler Hochsicherheitstrakt inhaftiert. Nach dem Staatsschutz-Attentat verschärfte Paul Kühnen, Anstaltsleiter im Celler Gefängnis, die Haftbedingungen für Sigurd Debus gravierend: tägliche Zellenrazzien, körperliche Durchsuchungen, Einzelhofgang, obwohl dem Anstaltsleiter bekannt war, wer für den Anschlag auf das Gefängnis verantwortlich war. Als weitere haftverschärfende Maßnahme wurde Sigurd Debus von Celle nach Hamburg-Fuhlsbüttel in den dortigen Hochsicherheitstrakt verlegt.

Dort beteiligte er sich 1979 und 1981 an den Hungerstreikaktionen der politischen Gefangenen gegen die Isolationshaft und für die Anwendung der Genfer Konvention auf die politischen Gefangenen aus der RAF und den Revolutionären Zellen. Im Hungerstreik 1981 ist Sigurd Debus zwangsernährt worden. Die bei der Obduktion festgestellte Todesursache lautete: "Absterben von Hirngewebe mit Hirnblutungen und stark erhöhtem Hirndruck." – also keineswegs, wie zuerst von der Hamburger Justizbehörde erklärt, an Unterernährung.

In ihrer Aprilausgabe veröffentlichte die Zeitschrift "Konkret" Aus-

züge aus Gutachten über seinen Tod. Sie ergeben: Sigurd Debus ist an der besonderen Art der Zwangsernährung gestorben. Erstens ist er mit Gewalt, mit Hilfe von acht Sanitätern, an die Infusionsschläuche angeschlossen worden und kann dabei auch am Kopf verletzt worden sein. Zweitens sind die Nahrungsdosen und die -zusammensetzung der Infusionen vollständig unzureichend gewesen. Über die Zwangsernährung erklärt der Gutachter Kontokollias: Die Nährflüssigkeit sei "gerade ausreichend, den Zustand, der mit Beginn der parenteralen (unter Umgehung des Magen-Darm-Traktes, d. Red.) Ernährung vorlag, aufrecht zu erhalten ... Hier wird eine gewisse Eskalation vermißt an der täglichen Substitution von Flüssigkeit, Aminosäuren, Kalorien und Vitaminen, um den mit Sicherheit defizitären Energiehaushalt auszugleichen. In diesem Zusammenhang muß festgestellt werden, daß die Aminosäurelösung, die der Patient erhielt, Vitamin C, B6, B2 und Niazin beinhaltet, hingegen kein Vitamin A, B1, sowie B12 und K." Sigurd Debus wurde also so wenig zwangsernährt, daß die Verantwortlichen gravierende Mangelkrankungen, die auch zu Gehirnbildungen führen können, einkalkulierten. Ein weiterer Gutachter, der inzwischen verstorbene Professor Naeve, erklärte: "Es läßt sich feststellen, daß die Anwendung der parenteralen Ernährung bei dem Patienten Debus nicht in angemessener Dosierung erfolgte. Darüber hinaus wurden die für die konkrete defizitäre Situation des Energiehaushaltes geltenden Regeln nicht beachtet ... Für die Verletzung obiger Sorgfaltsregeln und die dürftige, äußerst mangelhafte Dokumentation ärztli-



Sigurd Debus, der erste Gefangene, der an der Zwangsernährung starb.

cher und sonstiger Maßnahmen zeichnet sich die Leitung des Zentralkrankenhauses der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg verantwortlich." Und das sind in diesem Fall der Arzt Dr. Görland und sein Vorgesetzter Dr. Friedland.

Die Staatsanwaltschaft hat in den bis jetzt fünf Jahren weder sie noch andere Zeugen vernommen, nicht einmal die zitierten Gutachten gewürdigt. Der Anwalt der Eltern, Heinrich Hannover, erklärte bereits 1983 gegenüber der Staatsanwaltschaft: "Nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis besteht der dringende Verdacht, daß der Tod des Herrn Debus von den Verantwortlichen mindestens fahrlässig in Kauf genommen worden ist."

Quellenhinweis: Konkret, Nr. 4/86; Unsere Zeit v. 7.5.86

die Forderung ihres Vorstandes, Sprengstoffanschläge, "über deren Hintergrund und Durchführung die zuständige Kriminalpolizei und die Justiz getäuscht werden", seien zu unterlassen, da sie die für einen Rechtsstaat selbstverständliche Grenze überschritten. Ihrer Ansicht nach schade es dem bürgerlichen Staat, wenn die Staatsorgane gegeneinander operieren, statt gemeinsam gegen den inneren Feind.

Die Enthüllung der Grünen war dazu gedacht, auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Niedersachsen einzuwirken. Jedoch kommt keine Freude auf. Die CDU verkraftet die Enthüllung gut. Albrecht nutzt sie sogar, um einen terroristischen Kurs für die Zukunft anzukündigen. In Niedersachsen handle es sich nunmehr um eine "Entscheidungswahl". Der Sprengstoffanschlag werde zweifellos ein Wahlkampfthema sein, die CDU begrüße dies. Die Bürger wollten "keinen

Staat, in dem die Politiker ihrer Empörung Ausdruck geben, wenn die Toten auf der Straße liegen". Diese Einstellung sei bis weit hinein in die SPD-Wählerschaft anzutreffen. Daß das Angebot verschiedener führender SPD-Politiker, seinen Kurs zu stützen, noch nicht reicht, machte er der SPD höhnisch klar. Geschlossenheit sei nötig. Er sei für ein Kontrollgremium für solche Aktionen, in dem allerdings keine Vertreter der Grünen sitzen dürften. Die zwei Sozialdemokraten, die möglicherweise darin säßen, würden es "innerparteilich sehr schwer haben". Dies kann man als Antwort auf indirekte Angebote der SPD für eine künftige große Koalition der inneren Sicherheit werten. Albrecht stellt die Bedingungen fest.

Die FAZ gibt Albrecht Schützenhilfe, denn wenn er sich durchsetzt, ist auch für die FDP etwas gewonnen. Am 26.4. widmet FAZ-Redakteur F. K. Fromme dem "Landesvater" Albrecht

eine ganze Seite, ohne die Bombe auch nur zu erwähnen. Am 3.5. folgt ein Sittengemälde aus der Stadt Celle, wo die "beiden Schandpfähle aus alter Zeit an der Seite des Rathauses ... nachts angestrahlt" sind. In diesem Albrechtschen Milieu läßt die FAZ zwei Spielarten des Mannes auf der Straße zu Wort kommen. Ein "Mann auf dem Marktplatz" meint, die Demokratie müsse "sich wehren". Eine Kellnerin sagt, damals sei die Empörung über den Anschlag groß gewesen, aber so, wie es sich heute herausstelle, sei es doch gut. Gewinnt Albrecht die Wahl, hat die CDU ein Testergebnis, wieviel Blut und Tränen sie auch im Bundestagswahlkampf versprechen kann.

Quellenhinweis: FAZ, 28.4. bis 9.5.; Handelsblatt, 5.5.; Service der SPD für Presse, Funk, TV vom 28.4.; Information der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 29.4. 1986 – (anl, uld)

Tschernobyl

Einige technische Bemerkungen zur "vorsintflutlichen Russen-Technik"

Im Vergleich zu den wesensverwandten Siedewasserreaktoren westlicher Bauart hat der in Tschernobyl verwendete sowjetische RBMK-Reaktor einige wichtige Abweichungen. So gibt es keinen riesigen Reaktordruckbehälter, stattdessen 1900 Bohrungen mit 1693 Prozeßkanälen, in denen das Kühlwasser in Röhren unter einem Druck von 70 bar von unten nach oben strömt. Jeder Kühlkanal stellt gewissermaßen einen "Minireaktor" dar. Diese Prozeßkanäle lassen sich wesentlich leichter herstellen als die technisch weitaus schwierigeren und gefährdeten Druckwasserbehälter, wie sie in den westlichen Reaktortypen verwendet werden. Die Kanäle lassen sich auch individuell überwachen und, wie auch die Brennelemente – während des Reaktorbetriebes austauschen. Aufgrund dieser Eigenarten sprach man dem RBMK-Reaktor auch in westlichen Fachkreisen bislang eine system-spezifische Sicherheit zu. Die sowjetische Kernenergie-technik verfolgte von Beginn an (1954 wurde in Obninsk bei Moskau das erste Kernkraftwerk der Welt installiert) einen eher vorsichtigen Kurs. Ebenso wie in der Raumfahrt, wo mit diesem Kurs beachtenswerte technische Erfolge erzielt wurden, galt auch die sowjetische Kerntechnologie als solide und betriebssicher.

Der nun immer wieder herangezogene Vergleich, westliche Kernreaktoren hätten alle ein Containment, (einen Sicherheitsbehälter), der sowjetische Reaktor hingegen keinerlei Sicherheitsvorkehrungen, ist nicht korrekt. Es wird der Eindruck erweckt, als wären westliche Reaktoren um eben dieses Containment sicherer als sowjetische, ein Trugschluß, der die unterschiedliche Konzeption der Kernkraftwerke sowjetischen Typs nicht berücksichtigt und die in gewissem Umfang vorhandene größere systemimmanente Sicherheit leugnet. Zudem verfügt der RBMK-Reaktor zwar über kein Containment für den Gesamt-Komplex, dafür sind aber die meisten druckführenden Anlageteile von dichten Betonzellen, einer Art Sub-Containments, umgeben.

Die sowjetische Sicherheitsphilosophie ging bislang davon aus, daß ein Unfall wie in Tschernobyl absolut unmöglich sei, und hat deshalb auf ein zusätzliches Containment verzichtet, ein Fehler, der nun teuer bezahlt werden muß. Die bürgerliche Presse verbreitet, "typische russische Schlamperie" habe zu dem Unfall geführt. Dieser Vorwurf ist absolut unhaltbar und verfolgt lediglich ideologische und rassistische Ziele. Selbst die

"VDI-Nachrichten, Informationen für das technische Management", denen man bestimmt keine besondere Vorliebe für die Sowjetunion unterstellen kann, kommen nicht umhin: "Tschernobyl darf keinesfalls zum Hochmut verführen, im Osten nehme man es halt mit der Sicherheit nicht so genau. Westliche Fachleute und Kenner sowjetischer Kernkraftwerke sind überzeugt, daß ihre östlichen Kollegen genauso zuverlässig und verantwortungsbewußt arbeiten. Die erwiesene hohe technische Zuverlässigkeit der Anlagen sowjetischer Bauart stützt diese Ansicht".

Was hat es nun mit der Behauptung auf sich, daß es Reaktoren wie in der Sowjetunion im Westen nicht gäbe, und deshalb auch ein Reaktorunfall wie in Tschernobyl ausgeschlossen sei? Zunächst einmal muß richtigge-

oder ähnliche Sicherheitseinrichtungen aufweisen, sind derzeit nach unseren Kenntnissen in Betrieb: In Frankreich Chinon 2 und Chinon 3 sowie in Marcoule G3. In Großbritannien die sogenannten Magnox-Reaktoren, jeweils vier Reaktoren in Calder-Hall und in Chapelcross. Über den gasgekühlten Magnox-Reaktor ist wenig Gutes bekannt. In einem solchen Reaktor kam es 1962 in Großbritannien in Windscale zu einem Graphitbrand. Große Mengen radioaktiver Stoffe gelangten an die Umwelt und verseuchten das Gelände auf Jahre hinaus. Vor der Öffentlichkeit wurde der Unfall zunächst totgeschwiegen. Kurz darauf gab es im Magnox-Reaktor in Calder-Hall ebenfalls einen Graphitbrand. Die schlechten Kühleigenschaften des Kohlendioxids hatten die Sowjetunion bewogen, davon abzugehen und Wasser als Kühlmittel zu verwenden. Im Westen sind diese Reaktoren weiterhin in Betrieb, obwohl immer wieder gravierende Störfälle auftraten. (Siehe Tabelle)

Der Grund, weshalb es in der BRD

Kernschmelzen-Unfälle

Reaktor	Jahr
NRX (Kanada), Forschungs-Druckgefäß	1952
EBR 1 (USA), Schneller Brüter	1955
Windscale (GB), Plutonium Produktionsanlage	1957
SL 1 (USA), Forschungsreaktor	1961
Enrico Fermi (USA), Schneller Brüter	1966
Chapelcross (GB), Magnox-Reaktor	1966
St. Laurent (F), Magnox-Reaktor	1966
Lucens (CH), Forschungsreaktor	1969
Three Mile Island (USA), Druckwasser-Reaktor	1979
Tschernobyl (UdSSR), Druckröhrenreaktor	1986

Beim Unfall des amerikanischen SL 1 wurde ein Mensch getötet, der einzige bekannte Todesfall vor Tschernobyl. (Quelle: Financial Times)

stellt werden: Sicherlich gibt es in den westlichen Ländern nicht genau denselben Reaktortyp. Aber es gibt Reaktoren, die ganz ähnlich aufgebaut sind, die sogenannten Gas-Graphit-Reaktoren. Wie bei dem Reaktor in Tschernobyl dient Graphit in diesen Reaktoren als Moderator (Der Moderator bewirkt die Abbremsung der im Kernprozeß freigewordenen Neutronen, um die Wahrscheinlichkeit weiterer Kernspaltungen zu erhöhen), allerdings wird statt Wasser gasförmiges Kohlendioxid als Kühlmittel verwendet. Diese Reaktoren dienen im wesentlichen der militärischen Plutoniumgewinnung, die Gewinnung von elektrischer Energie ist meist ein Nebenprodukt. Von diesen Reaktoren, die mit Sicherheit kein Containment

diese Reaktoren nicht gibt, hat nichts mit den vielzitierten Sicherheitsmargen zu tun, sondern mit den politischen Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges. Die BRD konnte zunächst nicht offiziell in die Plutoniumgewinnung für Atombomben über eine anerkannt militärische Reaktorlinie einsteigen, dies ist der Hauptgrund dafür, weshalb die o.g. Reaktorlinie in der BRD nicht existiert; ein Manko, das sie heute über den schnellen Brüter in Kalkar und die WAA in Wackersdorf beseitigen will.

Quellenhinweis: VDI-Nachrichten 19/86, 9.5.; Spektrum der Wissenschaften 12/1984; Atome für den Krieg, Verlag Kölner Volksblatt, 1983; Financial Times zitiert nach VDI-Nachrichten 19/86 – (dif, chc)

Konsequenzen der Reaktion: "... hilft nur 'der starke Staat'"

Die Auswirkungen des Reaktorunfalls von Tschernobyl in der BRD sind von drei widersprüchlichen Tatsachen bestimmt:

1.) Der Reaktorunfall in Tschernobyl ist ein Reaktorunfall in der Sowjetunion. Weder die Gründe für das Kernenergieprogramm der Sowjetunion, die Ziele dieses Programms, seine technische Durchführung, noch die Fehler der in der Sowjetunion herrschenden Klasse sind dieselben wie in den kapitalistischen Ländern. Das Motto, vor der Kernenergie seien alle Gesellschaften gleich, zu dem sich inzwischen auch die Leitartikel der "Deutschen Volkszeitung" (DVZ) und die Kommentare der UZ hinreißten lassen, verdeckt in Wirklichkeit sowohl die Aufgaben der Kritik des imperialistischen Energieprogramms wie eine mögliche Befassung mit der Frage, worin denn nun tatsächlich die Fehler der in der Sowjetunion herrschenden leitenden Klasse bestehen.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Reaktorunfalls hat die westdeutsche reaktionäre Presse versucht, unter der Devise, man müsse das sowjetische "System anklagen, nicht die Technik" (Strauß) und: "ein System brennt" (Die Welt 2.5.), eine offen kriegslüsterne, chauvinistische und demagogische Hetze vom Zaun zu brechen. "Die schwerste Atomkatastrophe in der Geschichte der Menschheit hat möglicherweise 30000 Todesopfer gefordert, erfuhr Bild aus Geheimdienstkreisen". (Bild 30.4) Als die Pressehetze über Zehntausende von Toten sich nicht mehr aufrecht erhalten ließ, wurde aus der "Nuklearkatastrophe" die "Informationskatastrophe", wie die TAZ am 5.5. zu melden mußte. Mit dem Nachweis von erhöhter radioaktiver Strahlung auch in der BRD wurde dann die Pressekampagne aus sensationslüsternen Falschmeldungen über die Sowjetunion durch eine nicht minder verlogene techno-chauvinistische Propaganda abgelöst. "Deutsche Reaktoren die sichersten der Welt", die Welt müßte an "deutschen Sicherheitsnormen gemessen werden" usw., usf. Ausgerechnet die minimalen Sicherungsmaßnahmen, die Ergebnis der schweren politischen Auseinandersetzungen um Wyhl, Brokdorf, Grohnde, Kalcar waren, sollten jetzt zum Beleg "deutscher Technik" werden.

Wenn in dieser Lage die DKP und andere Organisationen die Platttheit, daß Atomkraft gefährlich ist, zur Plattform eines "Bündnisses" mit dem bürgerlichen Lager breittreten wollen, wenn ausgerechnet die Kerntechnik ein Beweis dafür sein soll, daß die Technik und die technische Entwicklung klassen- und gesellschaftsneutral seien, dann behindert das gerade die notwendigen gesellschaftlichen und politischen Gegenmaßnahmen.

2.) Der Reaktorunfall in Tschernobyl und seine Auswirkungen haben viele Argumente der Bewegung gegen das Atomenergieprogramm bestätigt. Die Auswirkungen des Unfalls an diesem Reaktortyp in der Sowjetunion zeigen nur andeutungsweise die zu erwartenden Folgen von Unfällen bei den westdeutschen Reaktoren. In vielen Städten und Regionen fanden Demonstrationen statt. Ihre Forderungen waren vor allem gegen den Betrieb der jeweils nächstgelegenen Reaktoren und der geplanten Wiederaufbereitungsanlagen gerichtet. Die Grünen haben unter der Losung "Tschernobyl ist überall" der Forderung nach der Stilllegung aller Kernkraftwerke neuen Nachdruck verliehen. In NRW fordern sie einen Volksentscheid für die Stilllegung aller Kernkraftwerke, ein Vorschlag, dessen Durchführung und Unterstützung den imperialistischen Staat und die Fortführung des reaktionären Energieprogramms schwächen würde. Die Politik der CDU und der SPD treffen sich in der Abwehr der Forderung nach sofortigen Maßnahmen in der BRD. Die SPD fordert einen geordneten "Ausstiegsplan", der sich über Jahr-

zehnte hinziehen soll. Die CDU spricht im Vorfeld der Niedersachsenwahlen von der Möglichkeit, "auf Energie aus Atomkraft langfristig zu verzichten" (Biedenkopf), und auch "Geißler schloß ebenfalls auf lange Sicht einen Ersatz der Kernenergie durch andere Technologie nicht aus." (Mannheimer Morgen, 13.5.) Das von CDU und SPD in unterschiedlicher Form verwendete Argument der "Kernenergie als Übergangsenergie" ist nicht neu. Es ist kein Argument gegen den Einsatz von Kernkraftwerken, sondern für die Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms.

3.) Auf die Meldung von erhöhter radioaktiver Strahlung in der BRD reagierte die Bundesregierung öffentlich zunächst vor allem mit Beschwichtigung. Grenzwerte wurden rauf und runter geschoben. Nachgerade genüßlich wurde Desinformation und Desorganisation vorgeführt. In Rheinland-Pfalz wies die Landesregierung die örtlichen Feuerwehren an, öffentliche Messungen durchzuführen, bei denen jeder sein Gemüse begutachten lassen könnte. Anschließend mokierte sich der Mannheimer Morgen: "Mainz läßt messen – keiner blickt durch". Völlig unklar blieb, was die Feuerwehr da gemessen hatte. Einige Radischen von 1200 Gemüseproben hätten "erhöhte Impulse" gezeigt. Der Ruf nach "klaren Richtlinien und eindeutigem Handeln" (Kölner Stadtanzeiger, 12.5.) ertönte als Forderung der Opposition nach Notstandsmaßnahmen. SPD-Fraktionschef Vogel forderte die Einberufung eines ständigen Krisenstabes der Landesinnenminister beim Bundesinnenministerium. Die Rhein-Neckar-Zeitung wird deutlicher: "Bleibt die Frage nach dem Katastrophenschutz... Auf die Diskussion um das Chaos im Katastrophenschutz darf man gespannt sein." (9.5.) Das ist eine Konsequenz für die Reaktion: Verschärfung der bestehenden Zivilschutzvollmachten und Verabschiedung der geplanten neuen Katastrophenschutzgesetze auf Landesebene, die – wie z.B. in der baden-württembergischen Gesetzesvorlage – umfassende Notstands-, Sicherstellungs- und Zwangsverpflichtungsmaßnahmen vorsehen. Die zweite Konsequenz nannte Kohl am letzten Wochenende. Nicht sofort, aber demnächst müßten als "Konsequenz aus Tschernobyl" die Zuständigkeiten in Umweltfragen zwischen Bund und Ländern neu geregelt werden. Der Bund müßte die Länderverantwortlichkeiten an sich ziehen.

Die Reaktion verfolgt zielstrebig den Kurs, daß "in der Katastrophe" nur eine starke und gesetzlich ungebundene Exekutivgewalt durch diktatorische Maßnahmen "Hilfe" bringt. Sie propagiert und exerziert, daß Diktatur und nicht Demokratie und Organisation der Lohnabhängigen die einzig richtige Gegenmaßnahme gegen sog. "Katastrophen" und gegen die Zerstörung der Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Klassen ist. Gegen diesen Kurs gibt es nur vereinzelte Gegenmaßnahmen. Dabei enthält sowohl die Programmatik der Grünen wie die der revolutionären Organisationen wie die Tradition des Arbeiterwiderstandes gegen Reaktion und Faschismus hinreichende Elemente, um die erforderlichen Gegenpositionen zu entwickeln. Nicht Stärkung, sondern Schwächung der staatlichen Zentralgewalt und dafür Stärkung der kommunalen Rechte und Kompetenzen, z.B. Zugangs- und Kontrollrechte gegenüber den jeweiligen Kernkraftwerken sowie allen Produktionsanlagen der Kapitalisten. Nur so ist z.B. eine Kontrolle der laufenden Schadstoffemission bei den Verursachern möglich. Kommunale und zentrale Kontroll-, Zugangs- und Entscheidungskompetenzen der Lohnabhängigen und der Werktätigen, also der Gewerkschaften, der Interessenvertretungen der Bauern, des Handwerks, in allen Fragen, die die Reproduktionsbedingungen der arbeitenden Klassen betreffen.

Eine Diskussion über Forderungen unter dieser Zielsetzung ist jetzt notwendig. Die Reaktion wird alles daran setzen, solche Forderungen mit dem Ruf nach neuen Notstandskompetenzen zu ersticken.

Jugoslawien

Handelsbilanzdefizit verringert zu Lasten der Arbeiter und Bauern

Anfang der siebziger Jahre sind die Schulden Jugoslawiens an den Westen sprunghaft angestiegen. Wir können hier nicht genau die Ursachen dieses Anstiegs untersuchen, wesentliche Ursache dafür war sicher der Einkauf ganzer Industrieanlagen in den imperialistischen Ländern und der plötzliche Anstieg des Zinssatzes für Kapital aus den westlichen imperialistischen Ländern. (s. Tabelle S. 13)

Seit Ende der siebziger Jahre bleibt die langfristige Verschuldung Jugoslawiens im wesentlichen gleich hoch. Sie betrug 1982 16,67 Mrd. US-Dollar, 1985 17,185 Mrd. US-Dollar (1). Beteiligt an dieser Verschuldung sind (1985) mit 1,968 Mrd. eine Unterabteilung der Weltbank, mit 1,916 Mrd. der Internationale Währungsfonds, und mit 212 Mio. europäische Bankkonsortien. Leider liegen uns keine genauen Angaben über die Aufteilung der verbleibenden 13 Mrd. vor, nach anderen jugoslawischen Angaben (2) sind Banken aus dem EG-Bereich mit über 60 % an der Gesamtverschuldung Jugoslawiens beteiligt. Man kann auch deshalb davon ausgehen, daß europäische Bankkonsortien den Hauptanteil der Gläubiger bilden, da einmal alle Umschuldungsverhandlungen in den letzten Jahren unter der Leitung europäischer Bankkonsortien durchgeführt wurden, zum anderen sich die USA und die westeuropäischen Imperialisten die Schuldnerländer in der Welt aufgeteilt haben: US-Banken sind Gläubiger der mittel- und südamerikanischen Länder, westeuropäische Banken Gläubiger verschuldeter europäischer, aber auch arabischer und afrikanischer Staaten.

Während die langfristige hohe Verschuldung nicht reduziert werden konnte, sondern von jugoslawischer Seite versucht wird, durch immer neue Umschuldungsverhandlungen die Rückzahlung hinauszuzögern, wurde das hohe Handelsbilanzdefizit mit den westeuropäischen Ländern verringert. Z. B. betrug das Handelsbilanzdefizit mit der BRD, nach der UdSSR Jugoslawiens größter Handelspartner, 1979 3,6 Mrd. DM, 1984 1,4 Mrd. DM (3). Insgesamt verringerte sich das Handelsbilanzdefizit mit den westlichen imperialistischen Ländern durch die Erhöhung des jugoslawischen Warenexports in diese Länder, verbunden mit strengen Importrestriktionen nach Jugoslawien. Daß allerdings aufgrund ungleicher Verhältnisse immer wieder ein Handelsbilanzdefizit erzeugt wird, dazu folgendes Zitat aus einem Vortrag von M. Krstic, Minister in der Republik Serbien, über "Das ju-

goslawische Stabilisierungsprogramm", gehalten vor der Südosteuropä-Gesellschaft München (März 1984):

"Die EG-Länder sind natürliche und traditionelle Partner der jugoslawischen Wirtschaft, wobei die BRD als größter unserer Partner sowohl im Warenaustausch wie auch in den übrigen Formen der Zusammenarbeit eine dominierende Stellung einnimmt. Grundlage der Zusammenarbeit sind die vielen gegenseitigen Ergänzungen und komparativen Vorteile ...

Aber trotz guter Ergebnisse in vielen Bereichen können wir mit der Entwicklung der Zusammenarbeit nicht rundum zufrieden sein. Das jugoslawische Defizit im Wirtschaftsverkehr mit den EG-Ländern betrug 1983 trotz der bedeutenden Erhöhung unserer Exporte 1,3 Mill. Dollar oder 60 % unseres gesamten Außenhandelsdefizits ... Die wirtschaftliche Zusammenarbeit Jugoslawiens mit den westlichen Industrieländern ist bereits seit Jahren von strukturellen Disparitäten gekennzeichnet, die sich aus der Abhängigkeit der jugoslawischen Wirt-

vor, daß die Industrieproduktion in Jugoslawien stagniert, nicht nur in der quantitativen Ausdehnung, sondern, daß das Investitionskapital fehlt, die veralteten Industrieanlagen zu modernisieren. Dies kann – bei gleichzeitiger Stagnation der landwirtschaftlichen Produktion, nur dahin führen, daß Waren, die in Jugoslawien selbst dringend benötigt werden, in die Gläubigerländer exportiert werden müssen, und das zu Dumping-Preisen.

Im Jahresdurchschnitt 1983 lagen die Exportpreise für jugoslawische Waren (Gesamtexport) um 11,6 % höher als auf dem Binnenmarkt. Im Handel mit den westlichen Industrieländern war die Situation jedoch erheblich ungünstiger, hier verkaufte man zu Preisen, die durchschnittlich um 5,9 % unter denen in Jugoslawien lagen. So wurden elektrische Maschinen und Apparate um 25 %, Textilfasern und Stoffe um 29 %, fertige Textilien um 17,8 %, ..., Nahrungsmittel um 22,9 % und Maschinen um 16,6 % billiger verkauft als in Jugoslawien. (4)

Aus der Tabelle auf Seite 12 geht weiterhin hervor, daß auf der einen Seite die industriellen Erzeugerpreise anstiegen, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise aber nicht im selben Maße. Dies vergrößert die sogenannte Preisschere, d.h. Bauern müssen immer größere Mengen ihrer Waren ver-

Offizieller Index Jugoslawiens, Nr. 11/85

	1982	1983	1984	1985/3
Industrieproduktion	100,0	102,1	105,5	101,4
Einzelhandelspreise	130,0	139,0	157,0	174,7
Lebenshaltungskosten	132,0	141,0	153,0	171,9
Industrielle Erzeugerpreise	125,0	132,0	157,0	182,2
Landwirtsch. Erzeugerpreise	135,0	146,0	144,0	—

Der Index wird immer bezogen auf 100 = Vorjahr. Z.B.: 1985 sind die Einzelhandelspreise um 74,7 % gegenüber 1984 gestiegen. Die letzte Spalte gibt das Verhältnis vom 3. Quartal 1985 gegenüber dem 3. Quartal 1984 (= 100) an.

Quelle: Bundes-Statistik-Büro Jugoslawien, Belgrad

schaft von der Einfuhr von Ausrüstungen und Reproduktionsmaterialien, insbesondere aus der EG, ergeben. Der jugoslawische Warenaustausch mit der EG im Zeitraum 1970 – 1982 erbrachte ein Defizit von 20 Mrd. Dollar – das ist selbst für eine so große Handelsmacht wie die EG ein enormer Überschuß gegenüber einem Handelspartner." (2)

Zu wessen Lasten die Verringerung des Handelsbilanzdefizits bei gleichzeitig gleichbleibendem hohen Verschuldungsniveau geht, dazu die Tabelle auf Seite 12. Es geht daraus her-

kaufen, um z.B. eine Landmaschine zu erstehen. So vergrößert sich der Gegensatz Stadt-Land, der in Jugoslawien durch den hohen Anteil kleiner, rückständiger Bauernwirtschaften schon immer groß ist. Dies wird sich bei weiterem Anschluß an die EG noch verstärken und führt schon jetzt zu Erscheinungen, die aus anderen südeuropäischen Ländern nach EG-Anschluß bekannt sind: Bauernlegen, Verkarsten ganzer Regionen, Stadtfucht, die die Arbeitslosenquote in den Städten erhöht usw.

Während die Industrieproduktion

stagniert, das Nord-Süd-Gefälle und der Gegensatz Stadt-Land sich vergrößern, sind die Einzelhandelspreise, wie auch die Lebenshaltungskosten, immens angestiegen. Es handelt sich bei der Tabelle bereits um inflationsbereinigte Angaben. Ende 1983 wurden auf Druck des IWF sämtliche vorher festgesetzten Preise freigegeben, was in vielen Bereichen zu immensen Preiserhöhungen führte. Die deshalb stark ansteigenden Lebenshaltungskosten treffen v.a. die Arbeiter, und da besonders die in den großen Städten, die sich nicht über private Gärten, Viehhaltung usw. Lebensmittel besorgen können, sondern auf die Märkte / Geschäfte angewiesen sind. So geht v.a. in den Städten der Verbrauch an Fleisch, Frischgemüse etc. zurück, der Umsatz an Billigprodukten steigt. Auch der Verkauf von Textilien oder Haushaltsmaschinen geht zurück.

In den herrschenden Klassen in Jugoslawien (Management der selbst-

verwalteten Betriebe, technische Intelligenz, Führungskader der Armee und der Partei) gewinnen immer mehr diejenigen die Überhand, die für weiteren Anschluß an die EG und Marktwirtschaft, verbunden mit "Öffnung gegenüber dem Weltmarkt", sind. Dies mag damit zusammenhängen, daß die Politik, die zu der Verschuldung geführt hat (Aufkauf westlicher Industrieanlagen) gerade diesen Kreisen bestimmte Machtpositionen in den Betrieben gesichert hat. Und daß sie sich Unterstützung erhoffen beim Niederhalten derjenigen, die Opfer ihrer jetzigen Politik sind, der Arbeiter und kleinen Angestellten, der Bauern, Rentner, Teile der Studenten und der Arbeitslosen.

Daß den Imperialisten, allen voran den westdeutschen, die bisherige Abhängigkeit nicht reicht, sondern Jugoslawien eingespannt werden soll in ihre geopolitischen Pläne, dazu die Äußerungen Bangemanns im Kasten

Westdeutsche Pläne mit Jugoslawien

Im folgenden Auszüge aus einem Artikel der SZ vom 18.10.85 über Vereinbarungen Wirtschaftsminister Bangemanns mit dem jugoslawischen Außenhandelsminister Bojanic bei seinem Besuch in Jugoslawien:

Bangemann unterstrich, "daß man dem hochverschuldeten Land ... helfen müsse, durch eigene Kraft die Schulden abzubauen. Man müsse sich aber Gedanken über neue, vernünftige Kreditrückzahlungsbedingungen machen. Für solche wolle er sich innerhalb der EG einsetzen, die zur Zeit mit Jugoslawien über ein neues Kooperationsabkommen verhandelt. ... Bangemann kündigte an, daß er sich auch für direkte Zahlungen aus dem EG-Haushalt für bestimmte jugoslawische Projekte verwenden wolle, die im Interesse der EG lägen. Dazu gehöre vor allem der Ausbau von Straßen- und Schienenwegen aus West- und Südosteuropa durch Jugoslawien ... Kritisch vermerkte Bangemann, daß bei einigen 'sensiblen' jugoslawischen Exportprodukten die jugoslawischen Preise in letzter Zeit einige 'Schwierigkeiten' bereitet hätten, was wiederum zu einer gewissen Reserve gegenüber Einfuhrvergünstigungen geführt habe. Er habe zwar Verständnis, wenn die Jugoslawen durch hohe Preise im Export ihre Deviseneinnahmen erhöhen wollen, dies sollte jedoch, 'auch im jugoslawischen Interesse', nicht ohne jede Rücksicht auf den innergemeinschaftlichen Markt erfolgen." Im folgenden Auszüge aus einem Artikel in der FAZ v. 23.1.86 "Jugoslawien und der Währungsfonds":

"Manche dieser Maßnahmen mit administrativem Charakter, zu de-

nen beim Kampf gegen die Inflation noch die Preiskontrollen zu zählen wären, könnte der Währungsfonds zur Not akzeptieren, wenn sie nur vorübergehenden und rein technischen Charakter hätten. In Jugoslawien ist das Problem indessen immer, daß sich sofort eine große Zahl von Leuten mit Interessen auf diese Maßnahmen stürzen und daraus ein politisches Programm machen wollen ...

Der Währungsfonds wird deshalb wahrscheinlich sehr wohl darauf bestehen, auch weiterhin ein Mitspracherecht bei dem 'Wie' des jugoslawischen Weges, also bei den konkreten Maßnahmen, zu haben, zumal die bisherigen Erfolge bei der Schuldenrückzahlung nicht groß sind und die neuen Maßnahmen keineswegs mehr versprechen. Andererseits könnte ... auch einmal die vom Währungsfonds stets umgangene Frage gestellt werden, ob denn das gegenwärtige jugoslawische System überhaupt je die Möglichkeit einer wirksamen Sanierung bieten könne. Ein jugoslawischer Wirtschaftsfachmann aus Kroatien hat dieser Tage in einem Büchlein unter dem Titel 'Vorschlag 85' diese Frage selbst gestellt und ist zu dem Schluß gekommen, daß die Wurzel des Übels schon im Fundament des wirtschaftlichen Systems in Jugoslawien gesucht werden müsse, nämlich in der Unternehmung, ihrer Struktur und ihrer Funktionsweise.

Freilich ist hier ein äußerst delikater Punkt berührt: die heutige 'Selbstverwaltungsunternehmung' ist in Jugoslawien nicht nur die Keimzelle des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Systems — die Keimzelle der Parteimacht."

Zinsen für Auslandskredite (in Mio. US-Dollar)

Jahr	Zinsen
1973	229
1974	291
1975	337
1976	369
1977	381
1978	455
1979	821
1980	1281
1981	2107
1982	2049

Quelle: Ekonomika Politika, 7.11.83

auf dieser Seite. Und der Kommentator der FAZ sagt in dankenswerter Offenheit, was darüberhinaus bezweckt ist: sämtliche planwirtschaftlichen Mechanismen im jugoslawischen Wirtschaftssystem zu beseitigen ebenso wie die Vergesellschaftung der Betriebe und von Grund und Boden.

Quellenhinweis: (1) Yug. Economic Information Statement, National Bank of Yug., Belgrad Dez. 1985; (2) M. Krstic: "Das jugoslawische Stabilisierungsprogramm" in Südosteuropa 3/84; (3) SZ vom 18.10.85; (4) Privredni Pregled v. 10.1.84 — (lsc)

Zimbabwe

Vor der Vereinigung von ZANU und ZAPU?

Nach den Wahlen im Juli 1985 hatten viele, oft in interessierter Erwartung, Bürgerkrieg in Zimbabwe prophezeit: Die ZANU mit Premierminister Mugabe hatte ihre Mehrheit ausgebaut und 63 von 80 Sitzen (1980: 57) erobert. Aber die ZAPU mit ihrem Vorsitzenden Nkomo hatte alle Sitze im Matabeleland gewonnen. Die Spaltung zwischen den beiden Parteien, die sich in den letzten Jahren des Befreiungskampfes zur Patriotischen Front zusammengeschlossen, dann aber wieder getrennt hatten, überschchnitt sich damit noch deutlicher als bei den Wahlen 1980 mit einer ethnischen Spaltung der zimbabwischen Bevölkerung.

Die aus dem letzten Jahrhundert resultierenden Widersprüche zwischen den Schona, der Mehrheit der Bevölkerung, und den Ndebele von Matabeleland sind auch im gemeinsamen Befreiungskampf gegen das rhodesische Siedlerregime nicht ganz überwunden worden. Das heißt, daß die zimbabwische Nation, die sich im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus herausgebildet hat, noch nicht ganz gefestigt ist. Das bietet der imperialistischen Aggression Einfallstore. Südaf-

rika bildet in Lagern in Nordtransvaal sog. Dissidenten aus, die dann nach Zimbabwe eingeschleust werden und für einen Großteil des konterrevolutionären Terrors in Matabeleland verantwortlich sind.

Doch nicht nur deshalb war die Lage in Matabeleland längere Zeit sehr gespannt. Vor allem Angehörige der früheren ZAPU-Armee, der ZIPRA, schweiften umher und marodierten, ermuntert durch die Politik führender Kräfte der ZAPU, die in Putschvorbereitungen gegen die Regierung Mugabe verstrickt waren. Die Regierung sandte daraufhin die 5. Brigade ins Matabeleland; ihr werden Grausamkeiten gegen die Matabele-Bevölkerung nachgesagt. Die Widersprüche im zimbabwischen Volk verschärfen sich und begannen, den nationalen Aufbau ernsthaft zu gefährden.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die geplante und bevorstehende Vereinigung von ZANU und ZAPU große Bedeutung. Seit letzten Herbst führen beide Parteien Verhandlungen mit dem Ziel der Verschmelzung. Die meisten Fragen sind inzwischen geklärt. Im März führten der ZAPU-Vorsitzende Nkomo und Innenminister Nkala, ZANU, eine gemeinsame Rundreise ins Matabeleland durch, um mit der Bevölkerung die Notwendigkeit der Vereinigung der Parteien als Schritt zur Einheit der Nation zu erörtern. Mehrere Zehntausend kamen zu den Veranstaltungen. Inzwischen hat die Regierung führende Mitglieder der ZAPU, die wegen Beteiligung an Putschversuchen inhaftiert waren, aus dem Gefängnis entlassen.
Quellenhinweis: The Herald, 10.u.24.3.; AfricAsia, April 1986 – (scc)

EG/NATO

Expansion gegen nordafrikanische Staaten

Mit dem Beitritt von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft am 1.1.86 konnten die EG-Imperialisten ihr wirtschaftliches und politisches Einflußgebiet erheblich ausweiten, und sie kommen ihrem Ziel, das Mittelmeer zu einem EG-Binnenmeer zu machen, gefährlich näher. Spanien und Portugal haben ihre nordafrikanischen Kolonien in die EG und NATO miteingebracht.

Dem Leser bekannter sind z.B. die Azoren und die Kanarischen Inseln. Weniger bekannt ist, daß Spanien über koloniale Gebiete auf marokkanischem Territorium bzw. unmittelbar vor der marokkanischen Küste verfügt: die Städte Ceuta und Melilla sowie die Inseln Velez de la Comero, Penon de Alhucemas und Chafarinas.

Mit der Bestätigung der NATO-Mitgliedschaft Spaniens durch ein Referendum im Frühjahr verfügt die

NATO neben den militärischen Nutzungsrechten der USA für strategische Eingreiftruppen in Marokko und den französischen Basen im Tschad über weitere Stützpunkte für Aggressionen gegen die nordafrikanischen Staaten. Die Europäische Wehrkunde schrieb zur Bedeutung Spaniens für die NATO:

"Was die Geostrategie anbelangt, so muß angesichts der immer stärkeren Präsenz der sowjetischen Marine im Mittelmeer und aufgrund ihres Einflusses in diesem Gebiet sowie der instabilen Lage in den Maghreb-Staaten die Möglichkeit einer Bedrohung der NATO von der Südflanke aus in Betracht gezogen werden. In diesem Falle ist die strategische Lage Spaniens von größter Bedeutung ... Ceuta und Melilla werden aufgrund der Rolle, die sie bei der Überwachung der Straße von Gibraltar spielen, eine größere geostrategische Bedeutung erlangen ... Der NATO-Beitritt ermöglicht die Errichtung von Stützpunkten und die Einrichtung von Frühwarnsystemen und erleichtert die Abschreckung gegenüber der Bedrohung von der Südflanke her." (1)

Der Maghreb-Staat Libyen ist aufgrund seiner antiimperialistischen Politik wiederholt zur Zielscheibe militärischer Aktionen der Imperialisten geworden. Bereits jetzt hält Spanien 25000 Soldaten in ihren Kolonialstädten Ceuta und Melilla stationiert zur Einschüchterung und Bedrohung der Maghreb-Staaten, die zu dem einem immer stärkeren wirtschaftlichen und politischen Druck der EG-Imperialisten ausgesetzt sind.

Der Außenminister Marokkos erklärte 1978 vor den Vereinten Nationen: "Die Wiedererreichung der territorialen Integrität Marokkos ist ein unaufhaltsamer Prozeß, über den es keinen Dialog noch irgendeine Form von Verhandlungen geben kann." Die marokkanische Regierung ergriff Maßnahmen gegen die Stützpunkte: Ein neuer Hafen in der Nähe von Melilla wurde errichtet, die Grenzübertretungsgebühren erhöht und die Versorgung der beiden Städte eingeschränkt. Marokko und Libyen, das die Position Marokkos unterstützt, schlossen 1984 eine politische Föderation. Ghadaffi bezeichnete Ceuta und Melilla auf Auslandsbesuchen mehrfach als "arabische Städte". Die Hamburger Übersee-Rundschau fordert ein "klärendes Wort der NATO", "daß sich ihr Schutz natürlich auf die Gesamtheit des spanischen Staates erstreckt, mithin auch auf diese beiden Enklaven in Nordafrika."

Quellenhinweis: Länderdokumentation beim HWWA; (1) Heinz Brill: Spanien und die NATO. Ein Sonderproblem: Spanisch-Nordafrika; in: Europäische Wehrkunde 10/82; Übersee-Rundschau 4/84 – (sie)

Österreich

Deutschnationalismus ist keine Generationenfrage

Die Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten am 4. Mai hatte mit 89% die bisher niedrigste Wahlbeteiligung. Rund 5% der Wähler stimmten ungültig. Von den gültigen Stimmen fielen auf den Kandidaten der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Kurt Waldheim, 49,64%; der Kandidat der SPÖ, Kurt Steyrer, erhielt 43,66%; die Kandidatin der Grün-Alternativen, Meissner-Blau, erzielte 5,5% der Stimmen; auf den Rechtsradikalen Scrinzi kamen 1,2%.

Damit ist zum zweiten Mal (nach 1951) eine Stichwahl zwischen den



Kurt Waldheim, ÖVP-Kandidat zur Bundespräsidentenwahl

Kandidaten der ÖVP und der SPÖ erforderlich, die für den 8. Juni angesetzt ist. Bisher hatte die SPÖ den Bundespräsidenten gestellt. Die ÖVP, die mit einem Sieg Waldheims auch für die Parlamentswahlen 1987 die "Wende" einleiten will, hat jetzt beantragt, den Stichwahl-Termin um 14 Tage vorzuverlegen. Sie befürchtet, daß die Welle der Euphorie, die ihrem Kandidaten angesichts der "Anti-Waldheim-Kampagne" entgegengebracht wurde und Einbrüche in die Stammwählerschaft der SPÖ ermöglichte, abebben könnte.

"Wir haben niemals behauptet, Kurt Waldheim hätte sich persönlich etwas zuschulden kommen lassen. Was wir behaupten ist, daß er seine Tätigkeit in der NS-Ära verschleierte hat."

So umreißt Eli Rosenbaum, Rechtsberater des Jüdischen Weltkongresses, den Standpunkt seiner Organisation gegenüber Waldheim.

Iener hatte zunächst die in seiner Wehrstammkarte ausgewiesenen Mitgliedschaften im nationalsozialistischen Studentenbund und in der SA-Reiterstandarte 5/90 geleugnet; später bestritt er, als 3. Ordonnanz-

offizier der Heeresgruppe E im Raum Saloniki unter dem Befehl des 1947 in Jugoslawien als Kriegsverbrecher hingerichteten Generals Lühr von Metzelen gegen jugoslawische Partisanen und von Judendeportationen gewußt zu haben. Schließlich erklärte er, er habe nur "seine Pflicht getan". Diese "Pflicht getan" haben viele Österreicher, davon etliche, die bereits Regierungsämter bekleiden, z.B. der amtierende österreichische Bundespräsident Kirchschräger, der als deutscher Wehrmachtsoffizier zumindest von der Verschleppung tausender Slowenen in Konzentrationslager "gewußt" haben muß.

Man fragt sich spontan, warum erst jetzt der "Fall Waldheim" vor allem in der westdeutschen Presse groß aufgemacht wird. Schließlich kandidierte Waldheim bereits 1971 als Bundespräsident – damals unterlag er dem amtierenden Präsidenten Jonas (SPÖ) nur knapp –, acht Monate später wurde er einstimmig zum Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt. Es scheint, daß damals die Zeit nicht reif genug war, deutsch-nationale Vergangenheitsbewältigung zu üben.

Bundeskanzler Helmut Kohl fühlte sich verpflichtet, als "Mann Helmut Kohl" seinem "Freund" Waldheim zur Seite zu stehen. Bei einer Tagung der Deutschen Handelskammer in Salzburg griff er "die bössartigen Verleumdungen" gegen Waldheim an, versicherte ihm, ein "großartiger Patriot" zu sein, beteuerte, wenn er Österreicher wäre, wüßte er, wen er zu wählen habe, und verdammt "die Arroganz der Spätgeborenen".

Es ist keine Frage des Alters. Am Fall Waldheim wird ein Exempel statuiert, alle alten Nazis reinzuwaschen. Die neuen Nazis sitzen aber bereits in der Regierung, und sie sind zum Teil jünger als 40. Hinsichtlich der Parlamentswahlen 1987 kann den westdeutschen Imperialisten eine Koalition ÖVP/FPO nur begrüßenswert sein. – (rua)

Großbritannien

Zeitungskapitalist Murdoch gerät unter Druck

Mit zunehmend brutaleren Polizeieinsätzen versucht die britische Regierung, die Massenentlassung von etwa 5500 Druckarbeitern durch den Zeitungskapitalisten Murdoch gegen die Gewerkschaften durchzusetzen. Am 3. Mai z.B. ließ sie 1744 Polizisten vor der neuen Druckerei im Londoner Stadtteil Wapping aufmarschieren, die eine wilde Prügelei auf vorher zusammengetriebene Demonstranten veranstalteten. Fünfzig mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Ähnliche Auseinandersetzungen gab es am 12. April.

Murdoch kommt durch die starken Streikposten vor seiner stacheldrahtumzäunten Druckerei in wachsende Schwierigkeiten. Vor allem die Sonntagszeitungen Sunday Times und News of the World werden regelmäßig mit Verspätung ausgeliefert und bleiben öfter im Großhandel hängen. Unter den Journalisten, die sich mehrheitlich nicht dem Streik angeschlossen haben, ist die Stimmung schlecht. Murdoch sucht inzwischen ein Redaktionsgebäude außerhalb der eigentlichen "Festung", um seinen loyalen Redakteuren den täglichen Weg zur Arbeit durch die Streikposten zu ersparen. Die Elektrikergewerkschaft EETPU, die mit Murdoch ein "No-Strike"-Abkommen für die neue Druckerei geschlossen hat, sieht sich zunehmend isoliert.

Deshalb versuchte Murdoch, mit einem ersten Angebot in die Offensive zu kommen. Er werde den Arbeitern "als Zeichen des guten Willens" die gesetzlich geregelte Abfindung zahlen (etwa 15 Mio. Pfund) und den Gewerkschaften die bisherige "Times"-Druckerei in der Gray's Inn Road schenken oder billig verpachten. Dort könnten

sie dann eine eigene Zeitung herausgeben oder andere Blätter drucken.

Das Angebot war alles andere als großzügig. Ausgehandelte Abfindungen würden Murdoch etwa 80 Mio. bis 100 Mio. Pfund kosten. Außerdem sollten die Gewerkschaften nur den Rotationskeller und fünf Hinterhausgeschosse erhalten. Schließlich wollte Murdoch 30 der 90 Rotationseinheiten abbauen, die restlichen sind weitgehend abgenutzt.

Die fünf betroffenen Gewerkschaften halten an ihren Hauptforderungen fest: Anerkennung der Druckergewerkschaften in den neuen Druckereien, Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter bzw. ordentliche Abfindungen.

Gleichzeitig machten sie ein weitreichendes Kooperationsangebot, das u.a. die Bildung eines Verhandlungskomitees aller Gewerkschaften für alle Abteilungen und alle Druckereien, Einführung der Schlichtung und das Versprechen, ununterbrochene Produktion zu sichern, beinhaltet. Weitere Verhandlungen sind geplant. Quellenhinweis: Financial Times, PRINT, versch. Ausgaben – (hef)

DDR

XI. Parteitag der SED: "Festhalten am bewährten Kurs"

Vom 17. bis 21. April fand der XI. Parteitag der SED mit rund 2500 Delegierten der 2,2 Millionen SED-Mitglieder und 140 Gastdelegationen aus 104 Ländern statt. Erstmals hatte auch die SPD einen Beobachter entsandt, den Abteilungsleiter der Bonner Friedrich-Ebert-Stiftung Wilhelm Bruns.

Der Hauptschlachtruf der Parteitagssreferate und -beschlüsse war, wie

zu erwarten: "Größte Leistungssteigerung, umfassende Intensivierung, Höchstleistungen für das Volk". Die Begründungen dafür sind lapidar. "Zur weiteren allseitigen Stärkung der DDR und zur Erhöhung ihres Beitrags für die Sicherung des Friedens ist eine hohe Dynamik des volkswirtschaftlichen Wachstums, der Produktivität und Effektivität in allen Bereichen des volkswirtschaftlichen Reproduk-



Generalsekretär Honecker auf dem Parteitag



Auch im vierten Monat nach dem Sturz des verhaßten Diktators Duvalier reißen die Massenaktionen auf Haiti nicht ab. Bereits im Februar demonstrierten 50000 in der Hauptstadt für die Ablösung der Duvalier-Anhänger, die Ausschreibung von Wahlen, die Bestrafung der Angehörigen der Terrormiliz und für grundlegende soziale Änderungen. Nach weiteren Demonstrationen – allein in La Cayes demonstrierten 100000 – verbot die Regierung, die weitgehend aus früheren Gefolgsleuten Duvaliers besteht, alle Massenversammlungen. Anfang Mai schoß die Polizei in eine Demonstration und tötete acht Menschen. Die Regierung hält das Verbot der Rückkehr der Exilierten aufrecht. – (scc)

Türkisch-Kurdistan: neuer NATO-Flughafen

In Pirinlik bei Diyarbakir im Südosten der Türkei wird ein neuer Flughafen der NATO errichtet. 17500 ha Land sind dafür beschlagnahmt, zwölf Dörfer und drei weitere Siedlungen sollen aufgelöst werden. Der Stützpunkt Pirinlik wurde vor 33 Jahren errichtet und gilt als Vorposten der NATO im Mittleren Osten. 450 US-Soldaten und 250 türkische Soldaten betrieben hier eine große Radarstation. Mit dem Bau des Flughafens können künftig hier auch Einsatztruppen der NATO gegen die Sowjetunion oder gegen Staaten des Mittleren Ostens zwischenlanden oder stationiert werden. Auch der Einsatz türkischer

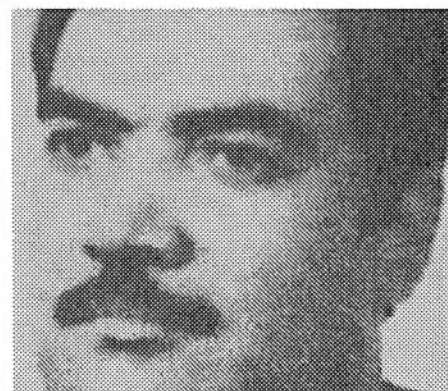
Truppen gegen kurdische Befreiungskämpfer wird durch den neuen Flughafen erleichtert. – (rül)

VR China: Konkursgesetz für sozialistische Betriebe

Noch in diesem Jahr wird der Nationale Volkskongreß der Volksrepublik China ein Konkursgesetzgebung beschließen, die die marktwirtschaftlichen Reformen in Industrie und Handel ergänzt. Nach offiziellen Quellen arbeiten 20% der chinesischen Staatsbetriebe mit Verlusten. Zentrales Problem der Gesetzesformulierung: Können die Vermögenswerte der Betriebe, die dem chinesischen Volk gehören, bei Konkurs auf die einzelnen Gläubiger aufgeteilt werden? – (wom)

Afghanistan: Rücktritt Karmals

Am 5.5. haben erneut Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan begonnen. Kurz zuvor war der Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Afghanistan, Karmal, zugunsten Najibullahs (Bild) zurückgetreten. Die bisherigen afghanisch-pakistanischen Verhandlungen haben Vereinbarungen über die Einstellung jeglicher ausländischer Intervention in Afghanistan, über die Garantie einer Gesamtlösung durch die UdSSR und die USA sowie über die Rückkehr der afghanischen Flüchtlinge erbracht. Sie sind jedoch an eine Einigung über den Abzug der sowjetischen Truppen geknüpft. Dafür hat Afghanistan dem UNO-Vermittler einen Zeitplan über-



reicht, der jetzt verhandelt werden soll. Die UdSSR drängt allen Anzeichen nach auf Beendigung ihres Truppeneinsatzes. Die afghanische Regierung bemüht sich seit einiger Zeit, ihre politische Basis zu erweitern. Sie nahm Ende '85 14 Parteilose in hohe Regierungsämter auf und kritisierte eigene Fehler. Ob Karmals Rücktritt zur Korrektur gehört? – (scc)

tionsprozesses zu sichern." Und: "Heute, da die Wirtschaft zum Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen geworden ist und bleiben soll, bedeutet Zeitgewinn zugleich Kraftgewinn für den Sozialismus." (Aus: "Direktiven des XI. Parteitags der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990")

Das Politbüro der SED propagiert das "Festhalten am bewährten Kurs": Unterschiedliche Klasseninteressen werden nicht zugegeben. Stereotyp heißt es nur in den Berichten des ZK, daß sich die Beziehungen zwischen Arbeiterklasse und allen anderen Klassen und Schichten weiter gebessert und gefestigt haben. Das einheitliche Interesse des ganzen Volkes wird betont: "Die Verwirklichung des Grundsatzes: Was der Gesellschaft nutzt, ist auch für den einzelnen von Vorteil, erweist sich als kräftiger Mo-

tor der Entwicklung des Sozialismus, der Festigung und effektiveren Nutzung seiner materiell-technischen Basis und der kontinuierlichen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Volkes." (Ebenda.) Auch der Kurs Einholen und Überflügeln des Imperialismus, wobei allerdings mehr vom Einholen und Gleichziehen die Rede ist, unterliegt keinem Zweifel. Daß über diese Dinge allerdings Diskussionen in den Parteien der Länder des RGW stattfinden, wird auch durch den Umstand nahegelegt, daß der hohe Gast des Parteitags, der Generalsekretär des ZK der KPdSU Michail Gorbatschow, fast ein Viertel seiner Rede darauf verwendet, den Kurs des 27. Parteitags der KPdSU zu verteidigen: "Haben wir die Selbstkritik nicht übertrieben? Nähren wir damit nicht die antikommunistische Propaganda? ... Der XXVII. Parteitag der KPdSU ist ein Wendepunkt der Geschichte. Wir sind von der Richtigkeit unseres

Weges überzeugt, und wir werden nicht von ihm abgehen." Applaus schien ihm für diese Worte nicht beschieden.

Für unsere These, daß die leitende Klasse der werktätigen Intelligenz ihre Herrschaft weiter zu befestigen sucht, gibt es in den Dokumenten reichlich Anhaltspunkte. 1981 bilden die Aufgaben der Wissenschaft ein Unterkapitel zu "Die Erfordernisse der weiteren geistig-kulturellen Entwicklung im Sozialismus" im Bericht des ZK an den Parteitag. Ein eigenes Kapitel ist den "Leistungen der Werktätigen" gewidmet. 1986 kommt letzteres so nicht mehr vor, und "Die Aufgaben der Wissenschaft und der weiteren Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens" sind eins der vier Hauptkapitel. 1981 heißt es auch im entsprechenden Kapitel der Direktive zum Fünfjahrplan "Die weitere Entwicklung des materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus des Volkes"

Ceuta/Melilla: Demonstration gegen Ausländergesetz

Ende April demonstrierten in den spanischen Kolonialstädten Ceuta und Melilla erneut mehrere tausend Menschen marokkanischer Abstammung gegen Rassismus und für gleiche Rechte und gegen das am 1.3. in Kraft getretene Ausländergesetz, das die Mehrzahl des 30–50%igen marokkanischen Bevölkerungsanteil in einen noch rechtloseren Ausländerstatus versetzt und sie mit Abschiebung bedroht. Pro-spanische und faschistische Kräfte mobilisieren gegen "wachsende Überfremdung". — (sie)

Norwegen: Arbeiterpartei rangelassen

Die bürgerliche Presse prophezeit der neuen norwegischen Minderheitsregierung, die nach dem Rücktritt der konservativen Regierung von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei gestellt wird, ein schnelles Ende. Die Konservativen waren zurückgetreten, als ihr sog. Sparprogramm keine Mehrheit fand. Prinzipielle Einwände dagegen hatte die Arbeiterpartei nicht erhoben. Das Sparprogramm sah, neben verschiedenen Haushaltskürzungen, vor allem die Erhöhung der indirekten Steuern auf Benzin (plus ca. 12 Pf., so daß der Literpreis für Benzin auf 2,15 DM gestiegen wäre), Alkohol und Tabak vor. Als Bedingung für ihre Zustimmung hatte die Arbeiterpartei aber eine einmalige Abgabe für alle, die mehr als 50000 DM im Jahr verdienen, in Höhe von 2% ihres Einkommens gefordert. Jetzt werde sie nicht umhin können, selbst das Sparprogramm durchzusetzen, kommentiert hämisch die Presse. Denn: 20% des Staatshaushaltes werden aus dem Ölgeschäft bestritten. 1985 waren das 17 Mrd. DM. In diesem Jahr

werden sich die Öleinnahmen aufgrund des Ölpreisverfalls mehr als halbieren. Die Arbeiterpartei weiter nach rechts treiben, um sie entscheidend zu schwächen, ist das Kalkül. — (scc)

Neufundland: Streiks im öffentlichen Dienst

Seit mehr als zwei Jahren findet im öffentlichen Dienst von Neufundland an der kanadischen Ostküste eine Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Provinzregierung statt. 1983 verabschiedete die Tory-Regierung das Gesetz Nr. '59' als Novelle

zum Gesetz über Tarifrecht im öffentlichen Dienst. Es verpflichtet die Gewerkschaft, mit der Regierung Verhandlungen darüber zu führen, welche Gruppen von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern — z.B. Sanitäter oder Schneepflugfahrer — im Streikfall als "wesentliche Beschäftigte" gelten. Nach dem Gesetz können bis zu 49% der Arbeiter als "wesentlich" erklärt werden und damit Streikverbot erhalten. Nach 21 Monaten der erfolglosen Verhandlung traten am 3. März etwa 1200 Straßenbau-Arbeiter in den als "illegal" geltenden Streik. — (mfr)



Am 1. Mai führte die azanische Befreiungsbewegung die umfangreichste Protestaktion in der Geschichte der Republik Südafrika durch. Mindestens 1,5 Millionen Arbeiter streikten an diesem Tag, unterstützt von einer Million Schüler und Studenten. In den Zentren von Industrie und Bergbau beteiligten sich zwischen 70 und 100% der Arbeiter an dem Generalstreik. Aufgerufen hatten die Gewerkschaftsverbände COSATU, CUSA und AZACTU. Das Regime zog alle Register seines Terrors. Es verhängte ein weitgehendes Versammlungsverbot, und Polizei und Armee versuchten, die schwarzen Townships abzuriegeln. Sie erschossen dabei mindestens fünf Menschen. Dennoch konnten sie Massenkundgebungen nicht verhindern. In Durban z.B. versammelten sich über 70000, in Soweto 40000. — (scc)

an hervorragender Stelle: "Die weitere planmäßige Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Kombinat, Betrieben, Genossenschaften und Einrichtungen als grundlegender Bestandteil des materiellen und geistigen Lebensniveaus der Werktätigen ist darauf zu richten, das vorhandene schöpferische Potential, die Ideen und Fähigkeiten aller Werktätigen, insbesondere der Jugendlichen, voll zur Wirkung zu bringen, die Arbeit rationeller zu gestalten, die Herausbildung sozialistischer Kollektivbeziehungen zu fördern und insgesamt die Qualität der sozialistischen Arbeitskultur zu fördern." Ähnliche Formulierungen sucht man in der Direktive zum Fünfjahrplan von 1986 vergebens. Dort lautet die entsprechende Stelle unverblümt, um nicht zu sagen unverschämt: "Durch die weitere planmäßige Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den Kombinat, Betrieben, Genossen-

schaften und Einrichtungen ist das hohe Qualifikationsniveau der Werktätigen umfassend zur Wirkung zu bringen, ihre schöpferische Aktivität zu fördern und das Interesse an der Schichtarbeit stärker zu stimulieren."

Daß die "Höchstleistungen für das Volk" zum Beispiel durch noch weiter ausgedehnte Schichtarbeit erbracht werden sollen, ist unübersehbar. Im nächsten Planjahr fünf soll die zeitliche Auslastung der wichtigsten Produktionsausrüstungen mindestens 17,5 Stunden pro Kalendertag betragen, in den anlageintensiven Zweigen der Grundstoffindustrie sogar 18–20 Stunden. Verbesserungen der Kennziffern zur Messung der Arbeitsleistung werden verlangt, um "das Leistungsprinzip ... als Grundprinzip der Verteilung im Sozialismus noch wirkungsvoller anzuwenden". An eine weitere Differenzierung der Löhne wird also gedacht. Erstmals tauchen in der Di-

rektive zum Fünfjahrplan auch Quoten für Bildungswege auf: Der Anteil der Zulassungen zum Direktstudium an Hoch- und Fachschulen soll von 1986 bis 1990 22–23 Prozent betragen, 918000 junge Facharbeiter sollen ausgebildet werden, davon 53000 mit Abitur.

Allgemein werden Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen der Schichtarbeiter in Aussicht gestellt, und jährlich sollen für 80000 bis 90000 Werktätige "noch bestehende Arbeitserschwernisse" abgebaut werden. An konkreten Maßnahmen wird angekündigt: Familienförderung (ein ganzes bezahltes Babyjahr ab sofort, Erhöhung des Kindergelds und der Familiengründungsdarlehen), Verbesserungen des Konsumangebots, der Dienstleistungen und des Wohnungskomforts.

Quellenhinweis: Neues Deutschland, diverse Ausgaben — (doz)

* Veröffentlichungen *

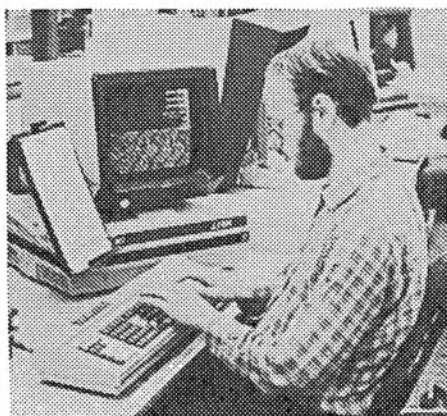
Wozu rüstet die EG?

Welchen Umfang hat die westeuropäische Rüstungskoooperation, welche Ziele verfolgen die westeuropäischen Imperialisten damit? Diesen Fragen geht ein jetzt erschienenes Taschenbuch nach. Der Autor, Mitarbeiter des "Arbeiterkampf" und gelegentlich auch der "Politischen Berichte", wendet sich darin gegen die bürgerlichen Versuche, die europäische Einigung als "friedfertig" und die Ziele der westeuropäischen Imperialisten als harmlos darzustellen. Demgegenüber untersucht er die westeuropäische Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Raketen, im atomaren Bereich, bei der Weltraumrüstung, bei SDI und Eureka, weist auf die Beteiligung aller EG-Staaten am Krieg gegen Argentinien um die Malwinen und die Türkei-politik der westeuropäischen Mächte hin und unterstreicht mehrfach die Aggressivität der westeuropäischen Mächte. Sein Fazit ist dann aber merkwürdig zurückhaltend: "Daher ergibt sich für eine radikale Friedensbewegung ... die unbedingte politische Notwendigkeit, sich unabhängig von den Interessen des westeuropäischen Imperialismus zu entwickeln. Für die westdeutsche Friedensbewegung kann das nur bedeuten, die Forderung nach dem NATO-Austritt der BRD weitaus stärker in den Mittelpunkt der Propaganda zu stellen." Wieso das? Muß die Friedensbewegung nicht vielmehr ihre Kritik der NATO auf die Kritik der "europäischen Einigung" und speziell der hierbei vom westdeutschen Imperialismus verfolgten Ziele ausdehnen? Eine Beschreibung der weltweiten Interessen der westeuropäischen Mächte – ihrer Kapitalanlagen, Rohstoffquellen, Kreditforderungen, Militärstützpunkte usw. – hätte dem Buch gut getan. Ärgerlich ist das Vorwort. Ein D. Geiss, vermutlich wie der Verlag der IV. Internationale nahestehend, versteigt sich darin zu kühnen Behauptungen, z.B. daß der "Traum der europäischen Imperialisten und Militärs, die vereinigten imperialistischen Staaten von Europa zu schaffen, ... zerplatzt." Solchen Unsinn zu widerlegen, hat sich der Autor nun gerade bemüht! (O. Pirschel, Frieden schaffen mit westeuropäischen Waffen? isp-Verlag, 110 S., 1986, 10,80 DM – rül)

Befreiung der Arbeit ohne Beseitigung der Lohnarbeit?

Über die Befreiung der Arbeit kann nicht realitätsgerecht nachgedacht werden ohne eine richtige Analyse der jetzigen kapitalistischen Verhältnisse. Diese Feststellung drängt sich bei der Lektüre des im Verlag "Neue Gesellschaft" erschienenen Sammelban-

des "Befreiung der Arbeit" auf. 14 sozialdemokratische Politiker und Wissenschaftler sind sich einig, daß die bestimmende Kraft der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung die Technik sei. Deren für die Lohnabhängigen nachteilige Auswirkungen müßten "sozial gesteuert" werden, wie der SPD-Geschäftsführer P. Glotz schreibt. Nicht die Herrschaft des Kapitals, nicht die Lohnarbeit sollen beseitigt werden. Das sei auch nicht nötig und möglich, behauptet P. Glotz, indem er die von Bernstein Ende des letzten Jahrhunderts gegen Marx' Kapitalanalyse aufgestellte Behauptung sinngemäß wiederholt: "Der Faktor menschliche Arbeit tritt mehr und mehr in den Hinter-



P. Glotz: "Die Arbeitsgesellschaft der Zukunft wird weit mehr als die heutige von unterschiedlichen Arbeitszeiten geprägt sein." Die Zustimmung von seiten der Flexibilisierungsstrategen des Kapitals ist Glotz gewiß.

Grund, und das Produktionsergebnis verdankt sich in den hochproduktiven Bereichen fast ausschließlich dem Faktor Kapital, das in der Maschinerie verkörpert ist. Der technologische Prozeß ... verlagert immer mehr Arbeitsfunktionen vom Menschen auf die Maschine ... Nicht länger ist die Arbeit die Hauptquelle gesellschaftlichen Reichtums, sondern die Technik." Gegenüber solchen Behauptungen ist klarzustellen: Die kapitalistische Mehrwertproduktion beruht darauf, daß das Kapital die Arbeitszeit als einziges Maß und Quelle des Reichtums setzt. Marx analysierte richtig: "Nach der einen Seite ruft es (das Kapital) also alle Mächte der Wissenschaft und der Natur ... ins Leben, um die Schöpfung des Reichtums unabhängig (relativ) zu machen von der auf sie angewandten Arbeitszeit. Nach der anderen Seite will es diese so geschaffnen riesigen Gesellschaftskräfte messen an der Arbeitszeit, und sie einbannen in die Grenzen, die erheischt sind, um den schon geschaffnen Wert als Wert zu erhalten" (Grundrisse der Kritik der politischen

Ökonomie). Von daher sind die Angriffe der Kapitalisten auf Lohn und Arbeitsbedingungen systematisch bestimmt. In der Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen Auffassungen über "Verteilung von Arbeit und Einkommen", wie sie in diesem Buch entwickelt sind, gilt es, Schranken gegen die Kapitalistenangriffe zu sichern. (K. van Haaren, H.-U. Klose, M. Müller (Hg). Befreiung der Arbeit. Strategien gegen Arbeitslosigkeit, Naturzerstörung und Entfremdung. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986, 19,80 DM – gba)

Dokumentiert: Aktivitäten gegen die Volkszählung

Gegen die Volkszählung und die von der Bundesregierung eingebrachten Sicherheitsgesetze organisieren sich erneut verschiedene politische Kräfte. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus Aufrufen und Erklärungen solcher Initiativen. – (uld)

Initiative gegen den Überwachungsstaat

"Seit einem Vierteljahr gibt es in Hamburg wieder ein Gruppe, die versucht, aus den Resten der alten Volkszählungsboykottbewegung den Widerstand gegen die neuen Kontrollgesetze und die kommende Volkszählung zu entwickeln. Wir wollen versuchen, Anlaufstelle für Gruppen- und Einzelpersonen zu sein, die jetzt wieder mit dem gleichen Ziel arbeiten. Um einen neuen Verteiler erstellen zu können, brauchen wir die Rückmeldung aller existierenden Gruppen. Falls schon Papiere und Aktionsvorschläge bestehen, sendet sie uns zu, damit eine gemeinsame Diskussion über die nächsten Schritte begonnen werden kann. Es wird Zeit, die jetzt anlaufende Kampagne der Bundesregierung für die Volkszählung zu bekämpfen und den Menschen klarzumachen, daß sich nichts Grundlegendes geändert hat. Wichtig für uns ist der Zusammenhang zwischen den gerade verabschiedeten Kontrollgesetzen, dem maschinenlesbaren Personalausweis und der Volkszählung, durch die wir noch perfekter verplanbar und überwachbar werden. Wir werden diesem Staat, der seinen "Sicherheitsorganen" uneingeschränkte Schnüffelmöglichkeiten verschafft, auch weiterhin unsere Zusammenarbeit und Daten verweigern. Nach letzten Umfragen sind 12% der Bevölkerung der gleichen Ansicht. Ein guter Grundstock für eine neue Vobobewegung ...

Bis wir ein Büro und Telefon haben, gilt die unten stehende Briefadresse: Initiative gegen den Überwachungsstaat; c/o Druckerei; Schanzenstraße 59; 2000 Hamburg 6

Kongreß "Kein Staat mit diesem Staat?"

Vom 30.5. bis 1.6. soll in der Universität Bielefeld ein Kongreß mit diesem

Titel stattfinden. Zu dem Kongreß rufen auf: die Grünen, die Jungdemokraten, die Jungsozialisten, die SDAJ, die Humanistische Union, die Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ), der AStA und die Fachschaft Jura der Universität Bielefeld.

In dem Aufruf heißt es:

"Die gegenwärtige gesellschaftliche Situation in der BRD ist geprägt von Erwerbslosigkeit, fortschreitendem Sozialabbau und der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere von Frauen, alter Menschen und gesellschaftlicher Randgruppen. Daneben sind verstärkte Eingriffe in bürgerliche Freiheitsrechte sowie der massive Ausbau des staatlichen Gewalt- und Repressionsapparates zu verzeichnen: neue 'Sicherheits'-Gesetze, Volkszählung, erweiterte Melde- und Polizeigesetze, maschinenlesbare Personalausweise, Angriffe auf das Streikrecht... – das 'Modell Deutschland' vollendet sich im modernen Sicherheitsstaat!

Gesellschaftlicher Protest wird immer offener mit Hilfe von Polizei, Verwaltung und Justiz unterdrückt, kriminalisiert und durch den Entzug von Existenzgrundlagen und Entfaltungsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft behindert. Soziale Probleme werden nicht gelöst, sondern nur verwaltet, kontrolliert oder verleugnet, immer größere gesellschaftliche Gruppen werden ausgegrenzt. Auf diesem Hintergrund rückt die Frage nach dem Verhältnis zu diesem Staat in den Mittelpunkt der Diskussionen um politische Veränderungen..."

Folgende Arbeitsgruppen sollen stattfinden:

– Keine Frieden mit dem Staat? (Konsequente Kriegsdienstverweigerung; Ziviler Ungehorsam; Zivile Verteidigung/Zivilschutz)

– Frauenbewegung und Staat – Kein Staat mit "Vater" Staat? (Zugangs- und Ausgangsbedingungen von Frauen in diesem Staat; Finanzierung autonomer Frauenhäuser?; Staatliche Einrichtungen zur Gleichstellung der Frau; § 218, Gentechnologien)

– Ausländer als "Inländer" in diesem Staat? (Ausländergesetzgebung; Partizipation; Neofaschismus/Ausländerfeindlichkeit/Rassismus; Asylrecht/Abschiebung mißliebiger Ausländer; Auswirkungen des Ausländerrechts auf die Situation von Migrantinnen)

– Innere Sicherheit – wessen Sicherheit (Datenerhebung – die menschliche Würde ist eintastbar...; "Sicherheits"-Gesetze: das institutionalisierte Mißtrauen des Staates gegenüber dem Bürger; Die Polizei als Freund und Helfer?; Wieviel Überwachung braucht der Staat?; Politische Strafprozesse und kein Ende)

Weitere Informationen sind zu erhalten bei: Kongreßbüro Kein Staat mit diesem Staat?; c/o AStA der Universität Bielefeld; Postfach 8640; 4800 Bielefeld 1

Bundestagswahlen

DKP will die Friedensliste unterstützen Wenig Kritik am BRD-Imperialismus

Auf einer Parteivorstandstagung im März fielen erste Entscheidungen über die Wahlstrategie und -taktik der DKP zu den Bundestagswahlen im kommenden Jahr. Der Parteitag der DKP, der am 3./4. Mai in Hamburg tagte, bestätigte den dort eingeschlagenen Kurs. "Die DKP wird mit ihrer ganzen Kraft die Friedensliste unterstützen", heißt es dazu in einem Beschluß des Vorstands. Die Bundesmitgliederversammlung der Friedensliste hatte zuvor schon beschlossen, zu den Bundestagswahlen zu kandidieren.

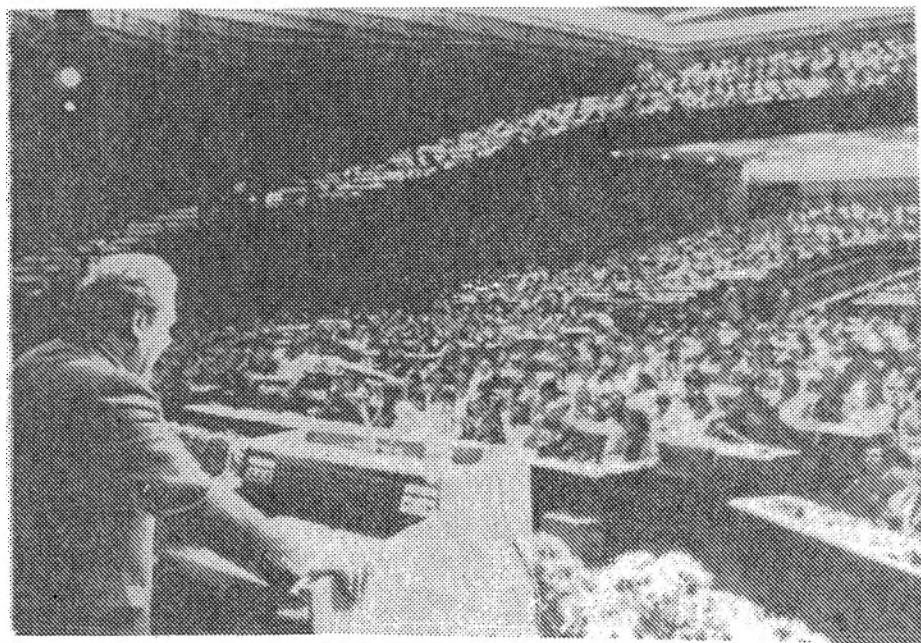
Ein Vortrag auf der Vorstandstagung erläuterte diesen Beschluß. Bei der Diskussion über die Aufgaben der Partei im Bundestagswahlkampf, müsse man sich von der Fragestellung leiten lassen, wie die "Rechtskoalition" "möglichst schnell überwunden werden kann"? "Optimal" wäre für die DKP dabei eine SPD-geführte Regierung mit Beteiligung der Grünen. Dies sei Voraussetzung, um eine "andere Politik" durchsetzen, "demokratische Alternativen" entwickeln zu können.

Die Aussichten dafür bewertet die DKP-Führung positiv: "Drei Jahre nach den Bundestagswahlen am 6. März 1983 können wir... sagen: Es gibt neue Chancen, der Rechtskoalition weitere Niederlagen zufügen zu können." Sinkende Stimmenanteile bei den vergangenen Landtagswahlen belegten dies. Außerdem entwickle sich der außerparlamentarische Kampf. Die Möglichkeit, die konservativ-liberale Regierungskoalition per Stimmzettel abzulösen, sieht der Parteivorstand, wenn es gelingt, "die

außerparlamentarischen Bewegungen zu verstärken, das gemeinsame Handeln zu festigen und auszubauen und daraus eine politische Verständigung über die wichtigsten gemeinsamen Alternativen herbeizuführen".

Wie soll die "andere Politik" aussehen, für die die DKP im Rahmen der Friedensliste beim Bundestagswahlkampf eintreten will? Wogegen will die DKP Propaganda machen? Bezieht sie Position gegen die Tätigkeiten der Reaktion zur Stärkung des westdeutschen Imperialismus? Tritt sie für Arbeiterinteressen ein? "Die rechtskonservative Regierung deformiert das Land. Sie macht die Bundesrepublik zum raketenstarrten Atomwaffenarsenal, zu einer der gefährlichsten Zonen dieser Erde. Sie unterwirft sich den Plänen der US-Regierung, den Weltraum zu militarisieren. Die Wendepolitiker legen Hand an die Grundrechte des Volkes. An das Streikrecht. An das Demonstrationsrecht. Der Überwachungsstaat soll installiert werden. Millionen Menschen wird das Recht auf Arbeit, auf Berufsausbildung und Berufsausübung versagt. Korruptionsskandale und Bestechungsaffären gehören zum Alltag. Ausländerfeindlichkeit, Neonazismus und Antisemitismus werden gefördert und neu belebt. Frauendiskriminierung, Berufsverbote und Antikommunismus kennzeichnen die 'geistig-moralische' Wende, die Kohl durchsetzen will." So beschreibt der Parteivorstandsbeschluß das Treiben der Reaktion in der BRD.

Gegen diese Entwicklung gelte es



"Wir führen den Kampf um Vollbeschäftigung... (er) ist Dreh- und Angelpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung." (H. Mies auf dem DKP-Parteitag.)

alle "demokratischen Kräfte" zu mobilisieren. Der DKP geht es dabei "um Abrüstung, vor allem darum, jede Unterstützung von SDI zu verhindern und die atomaren Mittelstreckenraketen aus unserem Lande zu entfernen", sodann um die "wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, vor allem darum, ein Beschäftigungsprogramm durchzusetzen und den Sozialabbau rückgängig zu machen". Außerdem tritt sie für die "Wiederherstellung demokratischer Rechte" ein, gegen Berufsverbote und alle Gesetze und Vorhaben, die darauf gerichtet sind, die "Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte zu verschlechtern".

Wahlkampf gegen Unterwerfung der Regierung?

Der Kampf für den "Erhalt des Friedens" wird vom DKP-Vorstand als "drängendste Aufgabe unserer Zeit" bezeichnet. Er läßt sich dabei von der Auffassung leiten, die BRD sei hilfloser Vasall der US-Imperialisten. Zum Stichwort 'Abrüstung' fällt dem Parteivorstand lediglich die Nichtbeteiligung am SDI-Programm der USA und der Abzug der neuen Mittelstreckenraketen ein. Und auch das nicht in Hinblick auf die Interessen, die der BRD-Imperialismus an diesen Waffen entwickelt. Unterstellt wird vielmehr, die Bundesregierung handele damit gegen die eigenen Interessen, verwandele die BRD in ein "raketenstarreres Atomwaffenarsenal" von dem sie selbst nichts hätte, "unterwerfe" sich den USA. Unter den Tisch fällt dabei nicht nur, daß sich die Reaktion sowohl durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile als auch durch die SDI-Beteiligung mit Recht Hoffnungen machen kann, die eigene Kriegsfähigkeit deutlich zu erhöhen; unerwähnt bleibt auch, daß die Bundesregierung selbst fieberhaft aufrüsten läßt. Das Eureka-Forschungsprogramm, immer neue und modernere konventionelle Waffen für die Bundeswehr markieren diesen Kurs, ebenso wie die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft überhaupt. Die Fähigkeit der BRD, ihre Expansion auch mit Krieg durchzusetzen, steigt in bedrückendem Ausmaß. Seit ihrem Regierungsantritt fördert und betreibt die konservativ-liberale Koalition revanchistische Hetze gegen die Staaten Osteuropas. Sie kann sich dabei direkt auf das Grundgesetz stützen, in dem gefordert wird, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen. — Kriegsdrohung in Permanenz. Der DKP ist das in ihrem Beschluß zu den Bundestagswahlen keine Zeile wert.

Daß Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen forciert werden, um die imperialistische Expansion abzusichern und durchzusetzen hält der DKP-Be-

schluß nicht für erwähnenswert; genauso wenig eine Kritik überhaupt am Wirtschaften der Imperialisten. Daß namentlich die BRD-Imperialisten in nie gekanntem Ausmaß weltweit ihre schmutzigen Geschäfte betreiben, in Westeuropa wirtschaftlich und militärisch die erste Geige spielen, auch darüber schweigt er sich aus. Eine Kritik an der Politik der Reaktion, die sich auf Arbeiterinteressen bezieht, muß sich gegen die imperialistische Expansion der BRD richten, begründet die konservative und liberale Propaganda die den Lohnabhängigen abverlangten "Opfer" doch mit der Notwendigkeit, die Geschäfte der Imperialisten müssten florieren, damit sich die Lage aller bessere. Eine Kritik an den Angriffen der Reaktion auf die Lebenslage der Werktätigen muß stumpf bleiben, setzt sie sich nicht mit dieser Ideologie auseinander.



Kohl und Wörner bei der Truppe. Die BRD ist militärisch Nummer eins in Westeuropa. Die DKP spricht von Unterwerfung unter die USA.

Beschäftigungsprogramm für Arbeiterinteressen?

Zum zweiten Schwerpunkt ihrer Bundestagswahlkampagne will die DKP den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit machen. Die Lage der Lohnabhängigen, insbesondere der hart arbeitenden, ist geprägt von Lohnsenkungen, zunehmend unerträglicher gestalteten Arbeitsbedingungen durch Schicht-, Teilzeit-, Wochenendarbeit, und umfassenden Angriffen auf den kollektiven Versicherungsschutz. Die Kapitalisten nutzen die durch die Profitwirtschaft hervorgerufene industrielle Reservearmee, um die Löhne noch weiter zu drücken, um zunehmend jeden Schutz gegen den Verschleiß von Arbeitskraft einzureißen. Meint die DKP allen Ernstes, sie könne innerhalb der Friedensliste und im Wahlkampf das Gewicht der Arbeiterbewegung stärken, wenn ihr als Re-

zept gegen die vielfältigen Angriffe der bürgerlichen Klasse ausgerechnet ein "Beschäftigungsprogramm" einfällt, ohne die Bedingungen, zu denen da beschäftigt werden soll, auch nur am Rande zu thematisieren? Wie will sich die DKP von der Sozialdemokratie abgrenzen, die ein solches Programm selbst fordert: "Arbeit und Umwelt". Dabei handelt es sich um ein Konzept, das die Profitwirtschaft stärken und den Export zum Florieren bringen soll. Die Besserung der Lage der Lohnabhängigen wird dabei an die erfolgreiche Tätigkeit der westdeutschen Monopole gebunden. Die waren und sind durchaus nicht gegen mehr Beschäftigung. Arbeitsplätze haben sie schon geschaffen: zu Elendslöhnen, möglichst rund um die Uhr an jedem Wochentag, wenn's geht ohne lästige Versicherungszahlungen und Gegenwehrmöglichkeiten der Ausbeuteten — das schwellt den Profit.

Die DKP will den Bundestagswahlkampf nutzen, um Arbeiterinteressen zu stärken. Dazu wird aber nötig sein, Forderungen zu formulieren, die nicht die Lage auf dem Arbeitsmarkt, sondern die der Arbeiter verbessern können. Dazu wird es nötig sein, deutlich zu machen, daß eine erfolgreiche Gegenwehr gegen die Kapitalisten- und Regierungsangriffe nur in schroffer Abgrenzung von der kapitalistischen Expansion — und käme sie auch in sozialdemokratischem Gewand daher — möglich sein wird. Dazu wird schließlich nötig sein, im Kampf gegen Militarismus und Hochrüstung die Interessen der westlichen Imperialisten an den Kriegsvorbereitungen beim Namen zu nennen und zu kritisieren — insbesondere auch die des BRD-Imperialismus.

Quellenhinweis: UZ-Eigenbeilage, 26.3.86; UZ, 2.5.86 und 6.5.86. — (jüg)

Mehrere Hundert gegen NPD-Landesparteitag

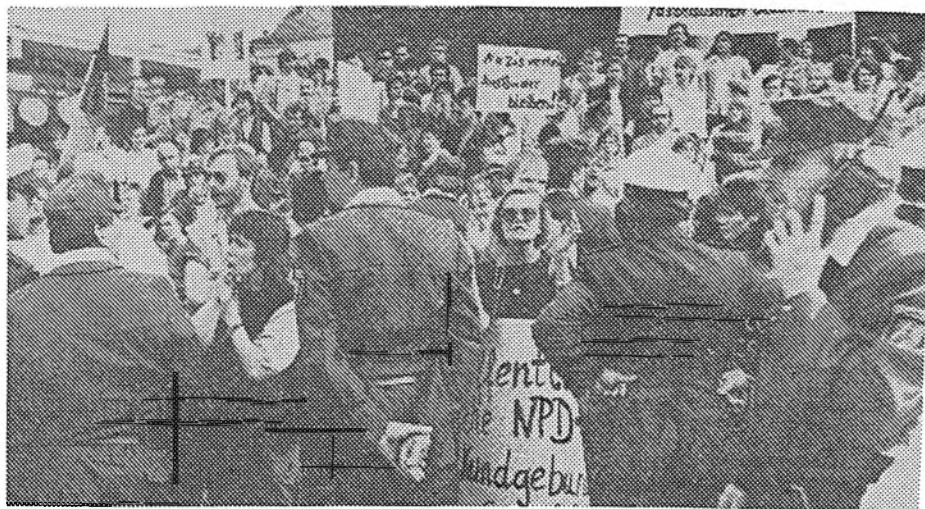
Herne. Am Sonntag, 4.5., konnte die NPD in Herne ihren Landesparteitag für NRW durchführen. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte die Stadt zur Vergabe des Kulturzentrums verpflichtet, 1300 Polizisten riegelten das Gelände ab, um der NPD die Aufstellung einer Landesliste für die Bundestagswahlen zu ermöglichen. In Sicht- und Hörweite des Kulturzentrums fand währenddessen eine Kundgebung statt, zu der VVN/BdA, DKP, MLPD, Falken, Jusos, Vereinigung demokratischer Juristen, GEW, Grüne und türkische Organisationen aufgerufen hatten und an der 1500 teilnahmen. Auch viele Autonome und die Volksfront beteiligten sich. Einige hundert Teilnehmer führten während des mehrstündigen Kulturprogramms eine spontane Demonstration durch die Stadt durch. Der DGB hatte Aktionen am Sonntag abgelehnt und führte bereits am Vortag eine Demonstration durch. Dabei sprach sich der Kreisvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei Bochum, H. Plank, für ein Verbot der NPD nach den Alliierten Kontrollratsbeschlüssen aus, ließ jedoch keinen Zweifel, daß die Polizei am Sonntag ihre "Pflicht" tun würde. – (wof)

Libysches Volksbüro bedankt sich

München. Die Fachgruppe Buchhandel und Verlage der Gewerkschaft HBV beschloß eine Resolution anläßlich der Bombardierung libyscher Städte durch die USA. Darin wird von der Bundesregierung gefordert, – ihre Verleumdungskampagne gegen Libyen und dessen Präsidenten einzustellen, – in der UNO auf eine Verurteilung des Terrorangriffs der USA hinzuwirken, – ihre Rechtfertigungsversuche des weltweiten amerikanischen Terrors zu unterlassen, – alle Verträge aufzukündigen, die es den USA erlauben, von der BRD aus Aggressionen zu starten, – das NATO-Bündnis aufzukündigen, mit dem sich die BRD an der Seite des Aggressors befindet und versucht, an den Früchten des Terrors teilzuhaben.

Die Resolution wurde mit 30:3 Stimmen angenommen. Die Gegenstimmen bezogen sich auf den NATO-Austritt. Gleichzeitig wurden Unterschriften gesammelt unter Briefe an die Bundesregierung, an die US-Botschaft, sowie an das libysche Volksbüro in Bonn, damit die Haltung der Kollegen auch schnell ihren Ausdruck findet, während die Resolution noch höheren Gremien vorgelegt werden muß.

Das libysche Volksbüro hat sich inzwischen für die Solidarität bedankt. Es schreibt: "In der gegenwärtig schwierigen Situation hat es uns viel bedeutet, Ihr Schreiben zu erhalten." – (jür)



Gelsenkirchen. Etwa 200 Antifaschisten protestierten am Samstag, den 3.5., gegen Kundgebungen der NPD in der Innenstadt und in Gelsenkirchen-Buer. Unter dem Eindruck von Trillerpfeifen, Gasdruckfanfaren und Sprechchören brachen die 20 NPD-Mitglieder beide Kundgebungen nach kurzer Zeit ab. Die Polizei nahm vier Antifaschisten fest. – (wof)

Keine öffentliche Kundgebung der Konservativen Aktion

Westberlin. Für den 10. Mai hatte die Konservative Aktion zu einer Großkundgebung aufgerufen, um für die Freilassung des Kriegsverbrechers Rudolf Heß zu demonstrieren. Die VVN hatte zusammen mit anderen, darunter auch der Volksfront, einen Aufruf herausgegeben mit der Forderung "Kriegsverbrechen dürfen nicht verjähren!" Dazu wurde am 10. Mai ganztägig eine Mahnwache vor dem Gefängnis durchgeführt. Die Konservative Aktion hatte, offensichtlich aus Furcht vor Auseinandersetzungen, ihre Kundgebung in ein Hotel in die Innenstadt verlegt, nur vereinzelt Mitglieder tauchten vor dem Gefängnis auf, ein Bus aus Westdeutschland hielt kurz an, zwei Männer sprangen heraus und legten Blumen an der Polizeiabsperrung nieder, die von Teilnehmern der Mahnwache sofort vernichtet wurden. Kurzfristig war für 14.00 Uhr nachmittags zu einer Demonstration aufgerufen worden, an der ca. 300 Personen unter starker Polizeibewachung teilnahmen. – (gug)

Gedenkstätte für Edelweißpiraten

Köln. Am 8. Mai weihte die Initiative "Edelweißpiraten als Antifaschisten" in Köln-Ehrenfeld eine Gedenktafel ein. Die Gedenkstätte befindet sich an dem Hinrichtungsort, wo Ende 1944 die Nazi-Polizei 13 russische und polnische Zwangsarbeiter ermordete und elf deutsche Widerstandskämpfer, darunter fünf Mitglieder der antifaschistischen Widerstandsgruppe "Edelweißpiraten", ohne Gerichtsverfahren öffentlich erhängte. Auf der Grundlage der Gestapo-Akten, die vollständig lügenhaft die Widerstandskämpfer als "Kriminelle" hinstellen, haben die Behörden in empörender Schändlichkeit eine Anerken-

nung als Widerstandskämpfer bisher abgelehnt. Die Sprecher, darunter F. Theilen, selber Mitglied der "Edelweißpiraten" und deswegen inhaftiert, und ein Vertreter der damaligen Kölner Gruppe des "Nationalkomitee Freies Deutschland", forderten, daß endlich die Gegner des Regimes rehabilitiert werden. – (gba)

Revanchisten trommeln zum 37. Sudetendeutschen Tag

München. Vom 15. bis 18. Mai findet in München unter dem Motto "Gerechtigkeit schafft Frieden" dieses Revanchistentreffen statt. Erwartet werden über 150000 Teilnehmer. Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Staatsminister für Arbeit und Soziales, Franz Neubauer, testete Ende April bei der Ehrung eines Gründers der Sudetendeutschen Landsmannschaft den antifaschistischen Widerstand. In Freising wurde eine Gedenktafel für einen "glühenden Verehrer Hitlers" enthüllt, der nach dem Einmarsch in die Tschechoslowakei in einem Telegramm an den Führer erklärt hatte: "Sie, mein Führer, haben uns Vaterland und Heimat, dem deutschen Volk die Selbstachtung und den Glauben an seine nationale Idee gegeben, Europa aber den Weg gewiesen, ohne den es einer unvorstellbaren Vernichtung preisgegeben worden wäre ..." Neubauer würdigte diesen Nazi "als eine herausragende Persönlichkeit seines Herkunftslandes, ja der mitteleuropäischen Geschichte", bezeichnete ihn als einen "Demokraten mit nationalliberaler Gesinnung", der den "Anschluß" der Tschechoslowakei als "Verwirklichung seines Traumes vom Zusammenschluß aller deutschsprachigen Völker" sah und nicht "weil er Nationalsozialist gewesen sei". Gegen diese deutsche Europapolitik traten die DKP, Freisinger Friedensinitiative, SDAJ und die VVN in einer Gegenkundgebung an. – (dil)

Oberbürgermeisterwahlen Weinheim

Initiative gegen faschistischen OB-Kandidaten

Weinheim. Am 8. Juni finden Wahlen zum Oberbürgermeister statt. Es kandidiert ein gemeinsamer Kandidat von CDU und Freien Wählern (im Volksmund: "Freudenberg-Wahl-Verein" genannt) und ein Kandidat der SPD. Ein oppositioneller Kandidat (z.B. GAL) steht nicht zur Wahl. Jedoch kandidiert wiederum Günter Deckert, stadtbekannter Neonazi, ehemaliger Bundes-Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten, Mitinitiator der verschiedensten bundesweiten "Ausländerstop"-Kampagnen, Autor in faschistischen Zeitschriften, derzeit bei vollen Bezügen suspendierter Studienrat, seit 1975 zunächst als NPD-Vertreter im Stadtrat, seit 1984 als Vertreter der "Deutschen Liste".

1975 hatte er schon einmal – als einziger Gegenkandidat zum Freuden-

gegen zu tun gedenke, daß die in Weinheim untergebrachten Asylbewerber nachts noch Licht brennen ließen. (Worauf er vom SPD-Bürgermeister die Versicherung erhielt, man werde sich darum kümmern). Er forderte in wörtlichem Gleichklang mit der örtlichen Jungen Union, den "deutschen Charakter der Gemeinde zu wahren" und die "Überfremdung zu stoppen". (Originalton CDU-Stadtrat Philipp: Die Asylbewerber seien "völlig ungeprüfte Leute, die den ganzen Tag herumlungern und auf die Bevölkerung losgelassen" würden.)

Im Januar sorgte Deckert dann mit einer Haushaltsrede für so viel Trubel, daß erste Distanzierungen folgten: Ohne offiziellen Einspruch forderte er, die Weinheimer "Kreise, die die Liebe zum deutschen Nächsten –

same Tätigkeiten der Opposition gegen Deckert und seine OB-Kandidatur bemüht. Nach dem öffentlichen Aufruhr um Deckert gründete sich eine Initiative "Kein braunes Weinheim!". Beteiligt waren Mitglieder bzw. Stadträte von GAL, SPD, Stadtjugendring, Volksfront, Friedensinitiative, 3.-Welt-Gruppen und teilweise DKP. In der Dokumentation "Braunes Weinheim lebendig?" wurden einige Zitate von und über Deckert aus den letzten zehn Jahren zusammengestellt, um seine "offen und ungeschminkt rassistischen, nazistischen, friedensfeindlichen Auffassungen" anzuprangern. Damit wird ein Antrag an den Gemeinde-Wahlausschuß begründet, Deckert zur Wahl nicht zuzulassen; darunter werden Unterschriften gesammelt.

Leider setzte sich dabei bisher eine Argumentation durch, die Deckerts Nichtzulassung anstrebt, weil er keine Person sei, die "die Gewähr dafür bietet, daß sie jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetz eintritt". Dieses nämlich sieht der § 46, Abs. 1, Gemeinde-Ordnung als Kriterium vor. Mitglieder der Volksfront legen einen zusätzlichen Antrag vor, der Deckerts Nichtzulassung fordert, da seine Ziele und Organisationen im Sinne des § 139 GG verboten seien.

Nach der Entscheidung des Wahlausschusses am 15.5. wird über weitere Schritte beraten werden. – (bef)

Kurpfälzer Treff 1986

Wochenende nationaler Gemeinschaft
26./27. April 1986
Weinheim/Bergstraße.

Veranstalter: „Bürger für aktive Freizeit“, Deutscher Kreis, Studentenbund Schlesien.

Vorträge: „Zeitgeschichte und Politik – das Auschwitzgesetz, eine kritische Durchleuchtung“; „Die Schweiz – eine heile Insel?“; „Der 8. Mai 1945 – eine Rückblende“; „Die Nationale Front in Frankreich“; „Hölderlin – ein deutscher Dichter“.

Film: „Kolberg“.

Auskunft und Anmeldung:
Stadtrat Günter Deckert, D-6940
Weinheim/Bergstraße, Postfach
1566; Tel.: 06201/61329.



Erneut trafen sich rund 100 Faschisten, z.T. aus der ganzen BRD, im städtischen "Engelbrecht-Haus" zum "Kurpfälzer Treff". Deckert ist Organisator.

berg-Schützling Gießelmann (Freudenberg ist mit ca. 8000 Beschäftigten am Ort der heimliche Herrscher Weinheims) – kandidiert und damals ca. 25% der Stimmen bei ca. 50% Wahlbeteiligung erhalten. Bei der Kommunalwahl '84 erreichte seine "Deutsche Liste" noch immer über 2% der Stimmen. Er selbst lästert heute über die FDP, "selbst ein OB-Kandidat Martin Bangemann würde hier weniger Stimmen bekommen als der Deutsche-Liste-Kandidat Deckert".

Recht ungestört hatte Deckert schon vor langem seine OB-Kandidatur angekündigt, nutzte er seinen Gemeinderatssitz zur Verbreitung von Rassismus und Kriegshetze, forderte mehr "sichtbare Anwesenheit" der Polizei zwecks "psychologischer Wirkung". Er fragte beispielsweise im Gemeinderat an, was die Verwaltung da-

haben wir keine Not bei den Deutschen in den fremdbesetzten Ostgebieten, in Rumänien, in der UdSSR? – durch eine Exotenliebe ersetzen, sollen ihre Fremdenliebe dann auch selbst finanzieren". Einzelne SPD-Stadträte verließen daraufhin den Saal. Für den OB war die Sache noch recht normal. Deckert erhielt erst dann eine "Rüge", als er dann auch noch mit einem Zwischenruf glänzte: Die Grünen sollten "froh sein, daß es den Adolf gegeben habe", weil sie sonst nicht die Anwesenheit von Asylbewerbern heute mit der Lage im Faschismus vergleichen könnten. Sogar die Ortspresse nahm dies als "Ausbruch eines Unbelehrbaren" mit "Entsetzen" zur Kenntnis, fragte: "Wie weit noch?"

Die Ortsgruppe der Volksfront hatte sich bereits geraume Zeit um gemein-

Neue Heimat

Hamburgs SPD-Senat betreibt CDU-Konzept

Hamburg. Mitte April '86 hat der sozialdemokratische Senat sein Sanierungskonzept für die Neue Heimat (NH) vorgelegt. Von der NH wird verlangt: Offenlegung sämtlicher Konzernunterlagen, Duldung eines eingesetzten Wirtschaftsprüfers, Eigenkapitalzuschüsse der DGB-Gewerkschaften, Garantieerklärungen von der Bank für Gemeinwirtschaft bzw. der Volksfürsorge, "genereller Forderungsverzicht gegenüber einem regional auf Hamburg begrenzten Unternehmen", weiterer Bezug von Serviceleistungen der "Rest-NH" zu "angemessenen Preisen", sofortiger Stopp jeglicher Verkäufe. Unter diesen Bedingungen erklärt sich der Senat bereit, "einen hiernach möglicherweise noch verbleibenden Restbetrag ... zu leisten, der durch die angespannte Haushaltslage begrenzt ist".

Völlig offen gelassen wird dagegen die Geschäftsform für den Hamburger NH-Wohnungsbestand. Möglich ist alles: Aufteilung der Wohnungen auf verschiedene Genossenschaften, Angliederung an die staatliche Wohnungsgesellschaft SAGA oder Weiter-

führung als eigenständiges Hamburger Wirtschaftsunternehmen. Von den mehr als 3000 NH-Beschäftigten in Hamburg ist sowieso nicht die Rede. Wenn sie überhaupt ihre Arbeitsplätze behalten, dann nur zu erheblich schlechteren Bedingungen.

In Hamburg mußte die NH seit zwei Jahren schon mehrere Tausend ihrer ca. 50000 Wohnungen verkaufen, z.B. an die Allianz, die gleich mit drastischen Mieterhöhungen ankam, z.B. an private Spekulanten, die Luxusmodernisierungen durchziehen wollen. Anfang Januar '86 hatte daraufhin eine Mieterinitiative im Rathaus 5000 Wählerstimmen demjenigen angeboten, der die Gemeinnützigkeit der Wohnungen erhalten würde. Dem dient offensichtlich das Senatskonzept. Dabei sichert der Senat ausdrücklich nicht den Erhalt des gesamten gemeinnützigen Bestandes zu, geschweige denn den Rückkauf der bereits verkauften freifinanzierten Wohnungen. Ziele sind vielmehr "die Interessen der Gesamtwirtschaft, der Kreditwirtschaft wegen ihrer Sicherheiten in anderen Objekten, der Immobilienwirtschaft, der freien und gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der öffentlichen Hände einschließlich des Bundes, der mit mehreren 100 Mio. DM bürgt", und ganz zuletzt und ganz allgemein "der Mieter" (SPD-Presseerklärung). Originalton SPD: "Eine Lösung, bei der alle bluten müssen." — (mek)

Rekrutengelöbnis

Protest gegen reaktionären "Antifaschismus"

Dachau. Erstmals seit 1945 veranstaltete die Bundeswehr am 2. Mai in Dachau auf dem Festplatz ein öffentliches Rekrutengelöbnis — gerade eine Woche vor der Feier zum 41. Jahrestag der Befreiung des KZ Dachau. Aus allen Kasernen im Münchner Norden wurden dazu 820 Rekruten zusammengezogen.

Hundertfünfzig Leute, darunter etwa dreißig aus München, protestierten dagegen auf einer Kundgebung und Demonstration unter der Losung "Kein öffentliches Rekrutengelöbnis in Dachau und anderswo!" Aufgerufen hatten die örtliche Friedensinitiative, ein Mitglied der VVN, der Stadtrat der Grünen und eine SPD-Stadträtin. Die Feierlichkeit der Rekrutenvereidigung wurde durch Pfeifen und Sprechchöre erfolgreich beeinträchtigt.

Die Lokalausgabe des "Münchner Merkur" — traditionell Sprachrohr der örtlichen CSU — hetzte am Tag danach: "5000 Dachauer beim Bundeswehr-Gelöbnis / Gegen-'Demo' nur ein Flop ... Kaum ein Dutzend Dachauer verließen sich unter den 50 Demonstranten, die aus dem Raum Mün-

chen angereist waren ... Als ihre rhythmischen Zwischenrufe zur Dauerstörung wurden, drängten sie Polizeikräfte ab." Zum Vergleich die Lokalausgabe der Südd. Zeitung: "Auf der Gegenkundgebung ... am Widerstandsplatz ... rund 120 Teilnehmer ... Rund 800 Zuschauer, überwiegend die Eltern der jungen Soldaten hatten sich auf der Thoma-Wiese eingefunden ... Von der Rede des Oberbürgermeisters war phasenweise nichts mehr zu hören. Mehr und mehr Gegner der Veranstaltung skandierten: 'Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!'."

Vier Tage vor dem Ereignis hatte sich auf Antrag des Grünen-Stadtrats noch der Hauptausschuß des Stadtrats mit dem Gelöbnis befassen müssen. Triumphierend berichtete der "Merkur": "Von Dachaus demokratischen Parteien volle Rückendeckung für die Bundeswehr". Die SPD-Fraktion hatte sich dem Standpunkt des CSU-Ortsvorsitzenden angeschlossen: Man habe bei der Einführung der Bundeswehr das Konzept vom "Staatsbürger in Uniform" entworfen. Das bedeute, daß die Bundeswehr sich nicht von der Öffentlichkeit abkapseln dürfe, und dies müsse in Dachau genauso möglich sein wie anderswo.

Das DGB-Ortskartell hat eine Unterstützung des Protests gegen das Gelöbnis abgelehnt u.a. mit der Begründung: Eigentlich wäre es gut, wenn die Bundeswehr solche Gelöbnisse direkt auf dem Gelände des ehemaligen KZ durchführen würde, um die Rekruten auf eine antifaschistische Tradition zu verpflichten.

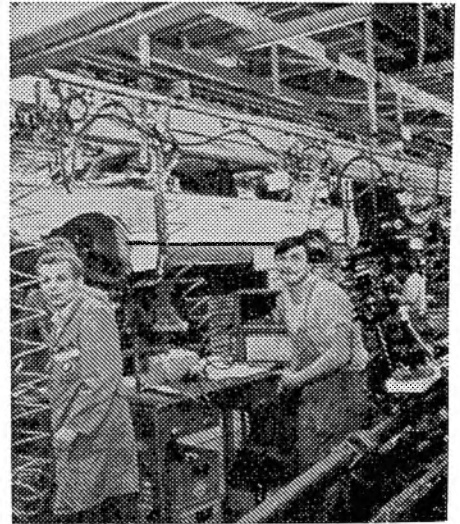
Der Kommandeur eines der beteiligten Bataillone griff solche Erwartungen in seiner Rede beim Gelöbnis auf — seine Antwort: "... was uns der Zweite Weltkrieg und der Nationalsozialismus gelehrt haben, ist, daß die Freiheit immer stärker sein muß als der Totalitarismus; daß das Gute immer stärker sein muß als das Böse ... Ungleichgewicht zwischen dem totalitären Osteuropa und dem freien Westeuropa ..." Das ist nicht antifaschistisch, das ist wortgetreue Übernahme faschistischer Parolen. — (pek)

BMW AG

Sonderschichten zur Imagepflege

München. Im Münchner BMW-Werk werden derzeit sechs Sonderschichten gefahren, wegen "erfreulicher Auftragslage im Programm der 3er Reihe". Ziel sei, die "z.T. erheblichen Lieferfristen zu verkürzen". Das erstaunt. Eigentlich seit genau einem Jahr lassen sich die erheblichen Rückgänge von BMW auf dem Inlandsmarkt nicht mehr vertuschen. Um heutige "Zuwachsraten" zu würdigen, muß man die Vorjahreszahlen kennen: Zu-

lassungsminus gegenüber 1984 per 3/85: — 36%, per 4/85: — 30% BMW gesamt, — 32% der BMW 3er Reihe, per 12/85: — 7,6% BMW gesamt, — 5% BMW 3er Reihe. Gegen Jahresende wurde die Statistik durch Finanzierungshilfen und Verkaufshilfen an Händler und Betriebsangehörige stärker geschönt. Letztes Jahr hieß es, der Export (65% des Verkaufs) habe mit seinem Anstieg von 6,8% die negative Inlandsentwicklung wettgemacht. Jetzt ist das US-Geschäft rückläufig, bei 35% Anteil am BMW-Export fällt das ins Gewicht, der Export insgesamt geht zurück.



Produktion bei BMW

"Gestiegene" Nachfrage und auch "Lieferfristen" träfen allenfalls auf die neuen Modellvarianten der 3er Reihe zu. Aber vor allem, weil diese von der Konstruktion her und technisch unausgereift, unter Konkurrenzdruck verfrüht auf den Markt geschmissen wurden. Die Auslieferung des Cabrios ist z.B. noch gar nicht angelaufen.

Das Volumen dieser neuen Modellvarianten, wie auch die Tatsache, daß das Werk Dingolfing, wo neben 5ern, 7ern und 6ern auch eine Anzahl von 3ern produziert wird, eine geringe Auslastung hat und aus der Sonderschichtregelung ausgenommen ist, verstärken die Vermutung, daß die Sonderschichten einzig dazu dienen, BMW eine gute Presse zu verschaffen, zumal ja die Gerüchte nie verstummen, daß die Quandt-Erben die BMW AG versilbern wollen. Gegenüber der Belegschaft tritt v. Kuenheim mit einem Lohnangebot von 0% auf, Inflationsausgleich müsse es dieses Jahr ja wohl nicht geben. Ansonsten schickt er Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Golda vor, der die Glorie des "weiß-blauen Zeichens" und die "BMW-Familie" beschwört und von den Automobilkonzernen "unerbittlich verlangt", statt in die Konkurrenz gegeneinander zu investieren, einen "Fonds zu bilden zum Kampf gegen die gemeinsame japanische Konkurrenz". — (ke)



Hamburg. 40000 Menschen waren nach DGB-Angaben auf der Straße. Hamburgs DGB-Vorsitzender Saalfeld orientierte auf Abwahl der CDU. Mit der ÖTV (Bild) demonstrierten hunderte Eltern gegen die arbeiterfeindliche Kindergartenpolitik des SPD-Senats. Der Arbeitskreis Azania sammelte 828,46 DM für eine Anti-Asbest-Kampagne der Gewerkschaft BAMCWU.



Kiel. Im Gegensatz zu Wahlkampfreiden für SPD bzw. große Koalition in Kiel (3000), Lübeck (2000), Neumünster (1000) – konkrete Forderungen der Demonstrationsteilnehmer.



Köln. Hier demonstrierten rund 5000 HBV-Vorstandsmitglieder. Schwengler hielt eine defensive und für die SPD werbende Rede, ohne diese auf Arbeiterinteressen zu verpflichten.



Hannover: zentrale DGB-Kundgebung. Die Forderung (s. Bild) war eine der wenigen, die sich gegen Angriffe auf die Beschäftigten richtete. Allgemeine Forderungen wie "Hände weg von Gewerkschaftsrechten" waren zahlreich. Diese wurden auch nicht durch die Rede des DGB-Vorsitzenden Breit – dem viele der 18000 Teilnehmer den Beifall verweigerten – konkretisiert.



Stuttgart. Die Demonstration stützte u.a. die Mindestforderung bei Metall, staatstragend die DGB-Rede: "Schwächt doch um Gottes Willen das System nicht, sondern stärkt die Wachsamkeit für die Grundrechte." Gastredner war ein azanischer Gewerkschafter. – (ulk)



Augsburg. Nach den Demonstrationen durch die Stadt beteiligten sich ca. 1500 Teilnehmer an der Kundgebung des DGB. Es gab kein Transparent zu Libyen und keines zum Metalltarifkampf. Betriebliche Auseinandersetzungen fanden keinerlei Niederschlag. – (poj)

Stellungnahmen zum 1. Mai

Der DGB war schon in seinem Aufruf zum 1. Mai mit der Kritik an den Kapitalisten zurückhaltend gewesen, obwohl sie die treibende Kraft bei der Verschärfung der Ausbeutung und der Gestaltung der reaktionären Politik sind. Die DGB-Redner am 1. Mai vermittelten häufig dasselbe Bild: kaum Auseinandersetzung mit den Kapitalisten und ihren Verbänden und gegenüber der Bundesregierung eine blecherne Kritik, die einer SPD-geführten Regierung freie Hand lassen würde. So faßte z.B. der Hauptredner auf der Stuttgarter Maikundgebung, der HBV-Landesvorsitzende Rückert, seine Forderungen in dem Schlachtruf zusammen: "Wir werden jede Gelegenheit nutzen, um zurückzuschlagen." Welche Gelegenheiten er nutzen will, gegen wen es dabei um was gehen soll, verriet er aber in der ganzen Rede nicht.

Der Aufruf des SPD-Präsidiums zum 1. Mai hatte für diese Haltung Pate gestanden und sie selber auf die Spitze getrieben. Die Kapitalisten wurden dort mit keinem Wort erwähnt und die Regierungskoalition im wesentlichen als nationalschädlich kritisiert: "Diese auf Spaltung der Gesellschaft angelegte Politik treibt die Bundesrepublik Deutschland auf sinnlose und kräfteverzehrende Auseinandersetzungen zu." Unter den "wirklich drängenden Aufgaben" machte die SPD deutlich, daß die Kapitalisten im Kampf um den Weltmarkt mit ihr rechnen können, mit der Forderung "Nutzung der derzeit guten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur entschlossenen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit".

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion warf Dregger dem DGB vor, "das für die Arbeitnehmer Wichtigste zum größten Teil unerwähnt" gelassen zu haben. Eines seiner Beispiele dafür lautete: "In diesem Jahr erlebten wir den stärksten Anstieg der Realeinkommen der Arbeitnehmer seit sieben Jahren." Der Demagoge schlachtet für seine Argumente ebenso zielstrebig die arbeiterfeindliche Politik der Schmidt/Genscher-Regierung aus, wie er die Lohnsenkungspolitik der Kohl/Genscher-Regierung unterschlägt. Und er drohte dem DGB im Zusammenhang mit dem Vorwurf der Wahlhilfe für die SPD unüberhörbar mit christdemokratischer Gewerkschaftsspaltung. Quellenhinweis: SPD-Aufruf zum 1. Mai 1986 vom 22.4.86; Presseerklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 2.5.86; Handelsblatt 6.5.86 – (rok)

Ausländische Arbeiter CDU Niedersachsen verschärft Ausländerhetze

Die CDU Niedersachsen nutzt in Gestalt ihres Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann, gleichzeitig niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten, den Wahlkampf zu den nds. Landtagswahlen im Juni dieses Jahres, um die Brutalisierung ihres Anhangs voranzutreiben. Über die CDU-Pressestelle rief er die Ausländer (zum letzten Mal?) auf, zur Integration bereit zu sein, "2.2. andernfalls sollten sie gerade im Hinblick auf ihre Kinder in ihre Heimatländer zurückkehren. Wer das Angebot zur Integration nicht annehme, sich also nicht integrieren wolle und eine Ghettobildung anstrebe, der müsse gehen. Spätestens nach fünf Jahren könne jedem Ausländer die Entscheidung über die Integration oder Rückkehr in sein Heimatland zugemutet werden, betonte Hasselmann abschließend." (Pressestelle der Niedersachsen-CDU vom 18.04.86) Als "Integration" versteht Hasselmann nur noch die Einbürgerung, und er erklärt im selben Text, "noch nicht einmal 0,1 Prozent" der Türken würde davon Gebrauch machen.

Die Reaktion in manchen Ausländerinitiativen und Asylgruppen auf diese Erklärung ist eher, sie "nur" als Stimmenfang anzusehen, um den Faschisten die Wähler abzuführen oder sie achselzuckend mit der Bemerkung "nichts Neues" abzutun. Das ist aber leider eine gewaltige Unterschätzung der Richtung, in die die staatliche Ausländerpolitik zielt. Diese Erklärung muß – wörtlich – ernst genommen werden. Hasselmanns Vorschlag, nach fünf Jahren Arbeitsaufenthalt in der BRD 99,9% der türkischen Arbeiter in die Türkei zurückzuführen, stimmt mit den Plänen der Kapitalisten überein, ausländischen Arbeitern nur noch Hungerlöhne zahlen zu wollen und jede Anspruchsbildung zu unterbinden. Geeignetes Mittel dafür ist die Rotation, die Abschiebung der ruinierten und die Zufuhr frischer Arbeitskraft, und fünf Jahre sind durchaus ein Zeitraum, in dem die Kapitalisten die Arbeitskraft vollständig ruinieren können und dann nach Nachschub rufen. Da die Aufenthaltsdauer ausländischer Arbeiter sich gegenwärtig weiter verlängert und der Verschleiß der Arbeitskraft sich bemerkbar macht, wächst die Forderung nach gleichen Rechten und ebenfalls die Inanspruchnahme der Sozialversicherungen. Die Kapitalisten trommeln zur Umkehr dieser Entwicklung, wobei sie sich darüber im klaren sind, daß dazu Gewaltmaßnahmen nötig werden: "Es ist eine Illusion, anzunehmen, eine größere Zahl von Ausländern würde diese soziale Sicherheit frei-

willig gegen eine wirtschaftlich völlig ungewisse Zukunft eintauschen." (Institut der deutschen Wirtschaft, "Ausländer raus?", 1982)

Massenvertreibungen hat es auch in Niedersachsen schon gegeben. So haben in Salzgitter, dem Standort des Stahlkonzerns P+S, 1984 im Rahmen des "Rückkehrförderungsgesetzes" rund 21% der dort lebenden Ausländer die BRD verlassen müssen. Es sind vor allem alte und kranke Arbeiter gewesen, denn in Salzgitter waren im Januar 1983 noch 21,7% der Ausländer zwischen 35–44 Jahre alt, im Dezember 1984 nur noch 10,9%. Bei den 45–59-jährigen verringerte sich der Anteil von 11,8% im Januar 1983 auf 4,8% im Dezember 1984.

Hasselmanns Erklärung zielt darauf, eine von jeder Menschlichkeit befreite Meute zu schaffen, die dieses Austreibungswerk in großem Stil in die Tat umsetzen kann. Gegenwärtig sind es vor allem die Ausländerbehörden in den Städten und Landkreisen, in denen treibhausmäßig zynische und sadistische Menschenquälerei wuchert. Einige von vielen Beispielen: "Das Heimatland des Herrn X. ist Sri Lanka. X hat in seinem Heimatland in sehr einfachen Verhältnissen gelebt. Seine Lebensgewohnheiten liegen weit unter dem hiesigen Durchschnitt. Seine Ernährungsgewohnheiten sind einfach. Aufwendige Mahlzeiten sind ihm fremd. X hat sich in der kurzen Zeit, in welcher er sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, noch nicht an den hiesigen Lebensstandard gewöhnt und angepaßt. Er hat sich hauptsächlich von Reis ernährt. Über seinen Gesundheitszustand ist nichts Negatives bekannt." Mit dieser Begründung wurde einem Asylbewerber im August 1985 von der Samtgemeinde Gieboldehausen der Regelsatz der Sozialhilfe um 20% gekürzt. – (kek)



Ausländer im Dortmunder Norden

"Wir Türken wollen endlich wie Menschen behandelt werden!"

Dortmund. Die Nordstadt – ein traditionsreiches Arbeiterviertel in Dortmund, gelegen zwischen einem der drei Werke des Stahl-Konzerns Hoesch, der die Stadt Dortmund beherrscht, und der Innenstadt. Die Arbeitslosigkeit beträgt etwa 20%. Viele Ausländer, vorwiegend Stahlarbeiter, leben in der Nordstadt. 15 Fußminuten vom Hauptbahnhof entfernt liegt der "Schüchtermann-Block", vier Straßenzüge mit 26 Häusern, Altbaubestand, Baujahr zumeist um 1910. Im Block leben fast nur ausländische Arbeiterfamilien, acht Nationalitäten sind vertreten. Den größten Anteil stellen Türken. 24 der Häuser gehören der Firma Julius Ewald Schmitt. Die Firma nennt in Dortmund und Umgebung rund 2.500 Wohnungen ihr eigen, darüberhinaus besitzt J.E. Schmitt eine Baufirma, Bauschlosserei und Kunststoff-Fenster-Firma.

Die meisten Häuser und Wohnungen im Block sind in erbärmlichem Zustand: Fenster und Türen sind kaputt, Wände durchfeuchtet, Decken naß, es bildet sich Schimmel, heruntergefallene Decken werden nicht verputzt, elektrische Leitungen liegen offen, Wasserrohre brechen. Die Hinterhöfe sind betoniert, stehen voller Gerümpel. Kinder müssen auf der Straße spielen. Alle Beschwerden der Mieter nutzten jahrelang nichts. Schmitt unterhält ein Büro im Block, die Mieter müssen nur um die Ecke, um Mängel anzuzeigen oder sich zu beschweren. Aber sie werden abgewimmelt, behandelt wie Dreck; wie selbstverständlich werden sie geduzt; sie werden mit Versprechungen abgespeist oder bekommen gesagt, sie seien selber schuld am Zustand der Wohnungen. Türken hätten nun mal die Neigung, Wohnungen abzuwohnen.

Diese Erfahrung ist alltäglich, nicht nur bei den Wohnbedingungen. Ein zehnjähriges türkisches Mädchen erzählt: "In der Schule werden wir von den älteren deutschen Kindern geärgert. Wenn deutsche Kinder in der Pause mit uns spielen, kommen die älteren und sagen 'Laßt doch die doofen Türken. Spielt mit uns!'. Ein Arbeiter aus einem Automobilbetrieb: "Ich bin gesundheitlich kaputt und kann nur noch Fließbandarbeit machen. Da werden wir behandelt wie Dreck, zum Teil auch von den deutschen Kollegen." Gegenteilige Erfahrungen gibt es weniger: "Bei uns in der Abteilung

(Stahlindustrie, d.Verf.) ist das Verhältnis eigentlich ganz gut. Die Deutschen verhalten sich meist kollegial." Ob sie die Ausländerfeindlichkeit spüren? Ja, sagen die meisten. Viele trauen sich abends nicht allein auf die Straße, immer wieder gibt es Überfälle von den Nazis der FAP und der Borussenfront, allerdings weniger in der Gegend des Schüchtermann-Blocks als am Borsigplatz, aber das verunsichert doch. Es kommt auch vor, daß ausländische Frauen in deutschen Geschäften nicht bedient werden. So hält man sich an die türkischen Läden in der Nähe. Zurück in die Türkei wollen sie fast alle, hier fühlen sie sich fremd, aber wann das sein wird, weiß keiner. Viele sagen, bis zum Rentenalter müßten sie wohl hierbleiben, wovon sollten sie in der Türkei sonst leben? Andere wollen und können nicht zurück, solange die faschistische Junta herrscht. Aber hierbleiben? Nein. "Früher haben sie uns geholt und gesagt 'Ihr kriegt Arbeit, ihr könnt alles bekommen', und jetzt wollen sie uns rausschmeißen. Wegen der Arbeitslosigkeit, sagen sie." Viele Familien leben am oder unter dem Exi-

stenzminimum. "Wenn du drei oder vier Kinder hast, reicht der Lohn nicht. Aber mehr arbeiten kann ich nicht." Kein Wunder, arbeiten die meisten doch schon lange Schicht, seit einiger Zeit auch häufig Samstags. Bei den Italienern sieht es nicht besser aus. Die meisten von ihnen sind Wanderarbeiter, zwei, drei Jahre in der BRD, dann zurück nach Italien, irgendwann wieder in die BRD und so geht es weiter. In einer solchen Lage nimmt es nicht Wunder, daß gerissene und geldgierige Vermieter noch an der größten Armut verdienen können. Diese Leute wissen um das Damoklesschwert der Ausweisung, das über einem Ausländer schwebt, der keine Wohnung vorweisen kann. Und wo sollen sie sich beschweren? Bei der Firma Schmitt läuft das beispielhaft so ab:

Als ein Wasserrohrbruch in einer Wohnung, deren Mieter in Urlaub sind, zu einer Überschwemmung führt und ein Nachbar ins Büro der Firma Schmitt läuft, wird er durch die geschlossene Tür abgewiesen: Es sei schon Feierabend. Der Mann läßt sich nicht abwimmeln, trommelt mit den



Ein typischer Straßenzug im Dortmunder Norden, hier am Borsig-Platz

Fäusten gegen die Tür. Daraufhin rufen die Angestellten die Polizei: Sie würden gerade überfallen. Die eintreffenden Beamten zeigen Verständnis, kümmern sich darum, daß der Haupthahn gesperrt und die Überschwemmung gestoppt wird. Glück für den Mieter, denn oft genug zeigen sich Dortmunder Polizisten als besondere Ausländerfeinde.

Im Winter frieren Wasserleitungen ein. Drei Wochen sind zwei Häuser ohne Wasser. Die Kinder laufen mit Eimern durch den Block, Wasser holen bei Nachbarn. Ein Türke: "Es war fast wie im Nomadenzelt in Anatolien; nur nicht so gemütlich." Der Verwalter meint, es habe eh keinen Sinn, den Klempner zu holen, die Rohre würden wieder einfrieren.

Im Kinderzimmer einer Familie mit zwei Kindern fehlen die Fensterscheiben, und das seit Monaten. Die Firma Schmitt erklärt, sie könne kein passendes Fenster auftreiben. Im Winter müssen die Kinder in der Küche spielen, in Kinderzimmer und Hausflur herrschen -10 Grad.

Aber wehe, ein Mieter zahlt nicht pünktlich die Miete, und das kann des öfteren passieren, denn wie schnell wird man in Dortmund arbeitslos! Sofort sind die Mahnungen da und der Gerichtsvollzieher hat den Block mehr als einmal aufgesucht. So läßt sich an der Armut verdienen! Die Firma setzte jahrelang darauf, daß die Mieter sich nicht wehren würden. Sie weiß, daß viele Ausländer Angst haben – vor Verlust der Wohnung und des Arbeitsplatzes und vor der Ausländerbehörde. Mitte 1985 findet Schmitt eine neue Möglichkeit, Geld zu verdienen: Eine Modernisierung muß her, im Interesse der Mieter natürlich! Bäder und Heizungen sollen eingebaut werden. Für die vorhandenen Schäden wird nur ein kleiner Betrag veranschlagt, Bauaufnahmen werden nicht durchgeführt. Die Stadtverwaltung spielt mit: zwei Millionen Mark werden als Modernisierungszuschuß gewährt, das sind fast 50% der veranschlagten Kosten. Ein großer Teil der Restsumme soll auf die Mieten umgelegt werden. Nach diesem Plan steigen die Mieten um bis zu 100%! Dann beginnt die Entmietung. Viele Familien ziehen aus, sie wissen, daß sie die neuen Mieten von 6 DM pro qm nicht werden bezahlen können, oder sie haben einfach die Schnauze voll. Der Block fängt an, sich zu leeren.

In dieser Situation werden im Dezember 1985 einige Mieter aktiv. Zunächst mit Unterstützung der GRÜNEN, dann selbständig gründen sie den "Bewohnerverein Schüchtermann-Block e.V.". Dem Mieterverein

schließen sich als Unterstützer Juristen, Raumplaner, Architekten und Dolmetscher an. Anfänglich gestaltet sich die Arbeit schwierig, viele Mieter sind skeptisch, manche haben auch Angst: "Wenn wir uns wehren, fliegen wir raus." Der Verein gibt Flugblätter für die 200 Mietparteien heraus, besucht die Familien in den Wohnungen. Der Verein erklärt, er kämpfe für menschenwürdige Zustände im Block und gegen Ausländerfeindlichkeit, denn nur mit Ausländern glauben deutsche Hauseigentümer so umgehen zu können. Im Februar 1986 trägt die Arbeit erste Früchte: Der Verein unterstützt die Mieter bei der Abfassung von Mängelrügen, ein Jura-Student berät sie, in dringenden und gravierenden Fällen wird ein unterstützender Rechtsanwalt eingeschaltet. Und plötzlich wird repariert. Da findet sich ein Fenster für das Kinderzimmer, da wird eine Decke verputzt, eine einbehaltene Kautionsauszahlung, gefrorene Wasserleitungen aufgetaut. Die Architekten und Raumplaner führen selber Bauaufnahmen durch. Sie weisen nach, daß das Mauerwerk erneuert werden muß. Der Verein führte erste Gespräche mit dem Geschäftsführer der Firma Schmitt. Dieser erklärt, es seien in der Vergangenheit "Unregelmäßigkeiten" vorgekommen, die sollten abgestellt werden; er akzeptiere den Verein als Vertreter der Mieter.

Regelmäßig führt der Verein Mieterversammlungen durch. In zwei Monaten werden 40 Familien Vereinsmitglieder. Ein Konzept gegen die Modernisierungspläne wird entwickelt. Der Verein fordert: Umgehende Beseitigung aller bestehenden Mängel; Bauaufnahmen; Recht der Mieter auf Ablehnung des Fernwärmeanschlusses; Festlegung der neuen Mieten unterhalb der von der Stadt festgelegten Obergrenze von 6 DM/qm; Mitspracherechte der Mieter. Im März werden zwei Verträge über die Modernisierungsfolgen ausgehandelt. Die betroffenen Mieter wohnen während der Modernisierungszeit mietfrei in Ersatzwohnungen, die Firma zahlt die Umzugskosten, die Mietobergrenze wird auf 5,50 DM festgelegt, Kautionsgeld wird nicht gestellt.

Gleichzeitig beginnt der Verein mit Öffentlichkeitsarbeit. In allen drei Dortmunder Zeitungen erscheinen mehrfach Artikel, Radio Dortmund und WDR 1 berichten, das Kabelfernsehen dreht eine Reportage. Der Verein wendet sich nun an die Stadtverwaltung. In einem offenen Brief an den zuständigen Dezernenten wird endlich eine aktive Wohnungsaufsicht gefordert, kein Mieter dürfe vertrie-

ben werden, die Stadt soll mit dem Verein über die Modernisierung verhandeln. Stadtdezernent Danneborn antwortet: Er kenne die Probleme im Block und verbürge sich, daß die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchgeführt werden. Ein Gespräch zwischen ihm und dem Verein soll vereinbart werden.

Samstag, 19. April: Der Verein hat zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. 30 Mieter, etliche Unterstützer, der Geschäftsführer der Firma Schmitt, Haas, Vertreter von SPD, CDU und GRÜNEN sowie die Presse sind erschienen. Für den Verein erläutert eines der unterstützenden Mitglieder die Ziele des Vereins und die bisherigen Aktivitäten. Dann spricht der türkische Vereinsvorsitzende Aydudu. Er erklärt, man wolle sich die Zustände im Block nicht mehr gefallen lassen und fordert: "Wir Türken wollen endlich wie Menschen behandelt werden!" Geschäftsführer Haas wird mit Vorwürfen der Mieter konfrontiert. Einer nach dem anderen schildert seine Probleme. Ein Türke erklärt: "Ich habe kein Vertrauen mehr. Ich werde nur noch schriftlich mit Firma Schmitt verkehren." Eine 85jährige deutsche Mieterin: "Ich wohne hier seit 50 Jahren. Ich kann kaum noch die Wohnung verlassen, weil man überall über Gerümpel stolpert und meine Türe klemmt." Haas sagt Abhilfe zu, konkrete Zugeständnisse macht er nicht, es soll aber ein Hausmeister, möglichst ein Türke, eingestellt werden. Die GRÜNEN erklären unter Beifall, sie unterstützten die Forderungen des Vereins. Die SPD versucht sich zu profilieren: Sie habe sich schon immer für die Ausländer eingesetzt. Die CDU hüllt sich in Schweigen. Die Frage, wie die Parteien gedenken, künftig eine Ausländerpolitik zu gestalten, beantworten nur die GRÜNEN. Einstimmig fordern die Mieter den Vereinsvorstand auf, mit der Firma Schmitt über eine Mustervereinbarung über die Modernisierung zu verhandeln. An einer solchen Vereinbarung arbeitet der Vorstand zur Zeit.

Was zu Beginn ein Versuch auf wackligen Füßen war, zeigt zunehmend Früchte: Aus der individuellen Einschüchterung durch Vermieter, Stadt und Ausländerbehörde ist eine kollektive Gegenwehr entstanden. Ausländer verschiedener Nationalitäten und Deutsche; Arbeiter, Studenten und Selbständige leisten gemeinsam einen Beitrag gegen menschenunwürdige Wohnverhältnisse und Ausländerfeindlichkeit. Wenngleich der Kampf noch lange nicht entschieden ist. – (Mak)

Streiks im Sanitärbereich

Hamburg. In sieben Betrieben legten am 6.5. die Klempner die Arbeit nieder. Während der Streiks führten sie eine außerordentliche Versammlung im DGB-Haus durch, um gegen die Verschleppungstaktik der Kapitalisten zu protestieren. Die IG Metall führt seit einem Jahr mit der Sanitärinnung Verhandlungen. Bisher fanden acht Verhandlungen statt, ohne Ergebnis. Die IG Metall fordert für den Sanitärbereich: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Erhöhung der Löhne bei 12 Monaten Laufzeit. (Nach: UZ, 10.5.86) – (gba)

HPVG verstößt gegen Landesverfassung

Frankfurt. Der hessische Staatsgerichtshof entschied, daß das Hessische Personalvertretungsgesetz vom 01.10.1984 in wesentlichen Punkten verfassungswidrig ist. Gegen die Ausweitung der Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Initiativrechte der Personalräte z.B. bei technischen Rationalisierungsmaßnahmen, bei der Vergabe oder Privatisierung von Aufgaben oder bei Datenverarbeitung im Personalwesen klagte der Landesanwalt

Bochum. Mit ganztägigen Betriebsversammlungen protestierten die 230 Beschäftigten des Wertheim-Kaufhauses (Hertie) gegen die Schließung und forderten, daß der Vorstandssprecher des Konzerns sich der Betriebsversammlung stellen solle. Der Vorstand in Frankfurt lehnte ab, einen Vertreter zu schicken. Am Nachmittag des 5.5. zog die Belegschaft in einem Demonstrationzug durch die Innenstadt. Bisher wurden 30000 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt. – (gba)

beim Staatsgerichtshof. Zusätzlich haben Bundesregierung, einige Landkreise und Städte in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde eingelegt. Wie die Richter argumentieren auch sie, daß man der Spitze der Exekutive die Verantwortlichkeit für Verwaltungs- und Behördenorganisation, für wirtschaftliche Angelegenheiten öffentlicher Betriebe sowie für Personalangelegenheiten hoheitlich tätiger Angestellter in gehobener Stellung nicht entziehen dürfe. Regierung und Verwaltungsspitze müßten, wie bereits bei den Beamten gesetzlich geregelt, ein Letztbestimmungsrecht im Mitbestimmungsverfahren haben. – (wok)



P+S-Auszubildende fordern Übernahme

Salzgitter. Vom 5. bis 9.5. führten die Auszubildenden des Salzgitterkonzerns P+S Mahnwachen vor den Werkstoren durch. Die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis soll erreicht werden. Allein im März wurden 42000 Überstunden gefahren. Der Fremdfirmeneinsatz wird vom neuen Vorstandsmitglied Kehl (ehem. Mannesmann) neben der Ausweitung von Zeitarbeitsverträgen besonders forciert. Dagegen richtet sich der Protest und wird von der IG Metall unterstützt. Nach Aussagen von Kollegen haben mehrere Schichten aus Protest die Arbeit nicht aufgenommen. – (Rok)

Streik im Reinigungsgewerbe

Bielefeld. Vom 28. bis 30. April streikten die Putzfrauen an der Universität Bielefeld für mehr Lohn. Etwa 80 Prozent der ca. 110 Putzfrauen, die bei der privaten Firma Quix angestellt sind, hatten sich seit März in der IG Bau-Steine-Erden organisiert. Bei der Urabstimmung stimmten alle Putzfrauen für Streik. Zwei Streikbrechereinsätze am 28.4. konnten verhindert werden. – Der Tarifvertrag im privaten Reinigungsgewerbe NRW war im Oktober letzten Jahres ausgelaufen. Die IG BSE forderte 4,5% mehr Lohn; der Innungsverband wollte eine sog. Nettolohnvereinbarung durchsetzen, die den gering beschäftigten Putzfrauen (zwei Stunden pro Tag) Lohnkürzungen

gebracht hätte. Nur mit Streik konnte am 30. April ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden, der die Nettolohnvereinbarung nicht vorsieht. Es gibt 4,8% mehr Lohn, allerdings erst ab 1. Juni 1986 mit einer Laufzeit von einem Jahr. – (elb)

37,5 Std.-Woche ohne Flexi

München. Ab dem 1.10.86 gilt in den bayerischen Zeitschriftenverlagen die 38,5-Stunden-Woche. Bis zum 1.1.88 wird die Arbeitszeit in zwei Schritten auf 37,5 Stunden verkürzt. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter bleibt mit jeweils 3,1% zum 1.4.86 und 1.4.87 bei 12 Monaten Laufzeit zumindest hinter einer Reihe von diesjährigen Abschlüssen zurück. Ein Kuriosum: Die Vertreter der Zeitschriftenverleger bestanden darauf, die Form der Verkürzung mit täglich einer halben Stunde weniger festzulegen. Grund: die negativen Erfahrungen mit Einigungsstellenverfahren in der Druckindustrie. – (chs)

Sozialämter: Dienst nach Vorschrift

Hamburg. Wohl nur aufgrund der Ankündigung von "Dienst nach Vorschrift"-Aktionen der Beschäftigten aller Hamburger Sozialämter willigte der Senat 45,5 zusätzlichen neuen Stellen (insgesamt 70,5) für 1985 zu. Die Forderung nach 150 Stellen bleibt bestehen. Außerdem sollen die Stellen mit "KW"-Vermerk (kann wegfallen) gekennzeichnet werden. Die Beschäftigten planen weitere Aktivitäten. – (veb)



Mehrere Zehntausend Lohnabhängige aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes streikten am 6. Mai gegen die Lohnsenkungspolitik der belgischen Regierung. Diese berät noch über umfangreiche Lohnsenkungen, Entlassungen und Privatisierungen. Ende Mai will sie ihre Pläne bekanntgeben und per Sondervollmachten sofort in Kraft setzen. Dagegen hatten sämtliche Gewerkschaften im öffentlichen Dienst Belgiens zum Streik aufgerufen. Viel wird davon abhängen, ob diese gewerkschaftliche Einheitsfront aufrechterhalten werden kann. Der Gewerkschaftsbund ABVV mobilisiert schon jetzt für eine Großdemonstration am 31. Mai in Brüssel. – (rül)

Skinheadaufmarsch in Flensburg

Polizei ließ den faschistischen Horden freie Entfaltung

Flensburg. Am 19. April versammelten sich ca. 200 Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet, um den "Führers-Geburtstag" in der letzten "Reichshauptstadt" zu feiern. Schon im letzten Jahr war ein regionales Skinheadtreffen aus diesem Anlaß angekündigt worden. Es versammelten sich aber allenfalls 15, zum größten Teil aus Flensburg bekannte Skinheads, auf dem Südermarkt. Gerade aufgrund dieser Erfahrung wurde in diesem Jahr mit solch einer Mobilisierungsfähigkeit der Neofaschisten nicht gerechnet, und für viele antifaschistische Kräfte war und kam sie überraschend.

Im Vorfeld des Treffens wurden von der Polizei an die Geschäftsleute in der Fußgängerzone Handzettel verteilt (siehe Dokument). Ausländischen Geschäften wurde währenddessen nur mündlich durch einen Polizeibeamten empfohlen, am Samstag ihr Geschäft zu schließen (aus versicherungstechnischen Gründen), den Schulen wurde teilweise durch die Polizei empfohlen, ausländischen Kindern schulfrei zu geben usw. Damit wurde schon deutlich, daß die Polizei nicht beabsichtigte, gegen die Skinheads ernsthaft vorzugehen. Dementsprechend verhielt es sich dann auch am Samstag. Die Skinheads konnten zum Beispiel am frühen Nachmittag ungehindert durch die Polizei in die Neustadt ziehen (siehe Bild). Dort befinden sich die meisten ausländischen Geschäfte, und dort wohnen auch sehr viele ausländische Mitbürger. Die Polizei ging erst gegen Abend gegen die Skinheads auf dem Südermarkt vor, als diese "Schaulustige" mit Flaschen und anderen Dingen bewarfen. Dem größeren Teil der Skinheads, die dann zum Bahnhof zogen, wurde dann auf Drängen der Polizeiführung auch noch von der Bundesbahn ein Sonderzug in Richtung Hamburg zur Verfügung gestellt.

Daß es sich bei den Skinheads um Faschisten handelt, wurde weder von der Polizei noch in einer Weise vom Flensburger Tageblatt erwähnt oder festgestellt (s. Dok.). Unter den Skinheads wurden Flugblätter der "Nationalistischen Front" verteilt. Ein Bielefelder Bus war ständig Anlaufpunkt für die Skinheads, und dieser war eindeutig besetzt mit Neofaschisten aus der "Nationalistischen Front". Weder der Magistrat der Stadt Flensburg noch SPD oder SSW haben sich bislang zu dem Aufmarsch der Faschisten öffentlich geäußert. Einzig die Grünen im Flensburger Rathaus haben an den Magistrat eine Anfrage gestellt (s. Dok.), und die SPD-Landtagsfraktion will dieses Thema in der nächsten Sitzung des Innenausschusses des Landtages "zur Sprache bringen".

Das antifaschistische Plenum in Flensburg arbeitet an einer Dokumentation über den Skinheadaufmarsch. Diese soll mit möglichst viel aussagekräftigem Bildmaterial ausgestattet sein. Wenn dafür aus anderen Städten noch namhaftes Bildmaterial zur Verfügung stünde, wäre dies äußerst günstig. (Zu schicken an: Buchladen Tigerberg, Heiligengeistgang 9, 2390 Flensburg. Hier kann auch Bildmaterial angefordert werden.) – (row)

Handzettel der Polizei

"Sehr geehrte Damen und Herren,
für das kommende Wochenende ist in der Flensburger City ein Treffen von Punks und Skinheads (!) geplant, in dessen Verlauf u.U. mit Störaktionen zu rechnen ist.

Es handelt sich dabei nicht um eine reguläre Demonstration; daher liegt bei der Polizei auch keine offizielle Anmeldung vor. Das erschwert die Lagebeurteilung.

... Die Flensburger Polizei bereitet sich auf entsprechende Einsätze vor. Im Vorfeld wird jedoch alles vermieden, was dazu führen könnte, die Angelegenheit hochzuspielen. Gegenwärtig sind daher auch keine Verlautbarungen vor-



gesehen, weil dadurch die genannten Gruppen (!) erst in nennenswertem Umfang angelockt werden könnten.

Demgemäß empfehlen wir, nichts zu tun, was Presse, Rundfunk oder gar Fernsehen bringen könnten.

Bitte treffen Sie Vorsorge für Waren vor den Geschäftsräumen. Wir raten, hausinterne Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen und, falls erforderlich, Kontakt mit der Polizei aufzunehmen".

Flensburger Tageblatt 21.4.86

"Rund 250 Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet und der Schweiz sowie etwa 100 Gegner überwiegend der extrem linken Szene hielten am Sonnabend die Innenstadt für einige Stunden in Atem. Beide Gruppen zogen demonstrierend oder provozierend insbesondere durch die Fußgängerzone sowie über Norder- und Süderhofenden. Die Polizei unter Leitung von Siegbert Thiedemann meisterte die Lage gut, nur vereinzelt kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern beider Gruppen.

... Den nüchternen Gegendemonstranten warf die Polizei eine militanteren Verhaltensweise als den überwiegend alkoholisierten Skinheads vor.

... Aber der eine oder andere Skinhead wollte dem rüden Benehmen (!), das angesagt war, nicht immer gerecht werden. Zum Beispiel während des Zuges der Kahlgeschorenen vom Südermarkt in die Neustadt: Einer der Skins greift sich in die Hosentasche, zieht ein Papiertaschentuch heraus, putzt sich die Nase, schert aus dem Zug raus, versenkt das Taschentuch ordentlich in einen Abfallkorb und läuft dann in die Reihe zurück." Ende des Artikels! Resümee: Sind doch ganz nette und ordentliche Jungs, oder?

Anfrage der Grünen

"Nachdem vor Wochen zum 'Sturm auf Flensburg' durch rechtsradikale, faschistische Organisationen aufgerufen wurde, der 'Sturm' zwischen dem 19. und 20. April in Flensburg stattgefunden hat, bestehen für die Fraktion Die Grünen im Rathaus folgende Fragen zu diesem Komplex.

1. Wann sind die städtischen Behörden über die anstehenden rechtsradikalen Aktivitäten unterrichtet worden? In welchen Umfang?

2. Warum haben die städtischen Behörden keine vorbeugenden Maßnahmen getroffen, z.B. ein vorbeugendes Versammlungsverbot?

3. Warum wurden keine Maßnahmen getroffen, um die in Flensburg lebenden Ausländer zu schützen?

4. Warum wurden die rechtsradikalen Gruppen nicht schon am Bahnhof abgefangen?

5. Was gedenken die städtischen Behörden, insbesondere der Magistrat der Stadt Flensburg, gegen den zunehmenden Rechtsradikalismus in Flensburg zu tun. Welche Maßnahmen werden angestrebt?

6. Welche Maßnahmen hat/wird die Stadt Flensburg (vertr. durch die zuständigen Behörden/Magistrat/Ratsversammlung) treffen, um die ausländischen Mitbürger/innen in Flensburg zu schützen?"

Taschenbücher

Geschichte der Juden in Deutschland und des Antisemitismus

"Die Juden als Minderheit ..."

Dieses Buch ist nicht empfehlenswert, denn aus den abgedruckten Vorträgen einer Ringvorlesung an der Universität Freiburg aus dem Jahre 1980 kann der Leser in wesentlichen Punkten nur Falsches lernen. So behauptet der Autor des Vortrages über die nationalsozialistische Judenvernichtung: "Auch die bisherige Forschung ... hat zentrale Fragen der nationalsozialistischen Judenpolitik entweder nicht erklärt oder noch nicht einmal behandelt." Dann gibt er selber als Begründung für die Vernichtung der Juden eine krankhafte Persönlichkeitsentwicklung Hitlers an: "... extrem pathologische Persönlichkeitsentwicklung, die ... sich als überaus disponibel für eine verstandesmäßige Weiterentwicklung eines internalisierten Judenhasses erwies ... das verfolgte Kind wird in der Neuinszenierung zum Verfolger". Dagegen wies z.B. der Wissenschaftler R. Opitz in seinem Buch "Faschismus und Neofaschismus" nach, daß der "Alldutsche Verband" schon vor dem 1. Weltkrieg die Ausrottungsmaßnahmen gegen die Juden in Osteuropa propagierte, um den "Lebensraum im Osten" für die deutschen Imperialisten zu sichern, die die Nazis dann durchführten. (Die Juden als Minderheit in der Geschichte. dtv 1745, 12,80 DM – gba)

Juden in der Literatur

Das Buch entstand 1985 als Sammlung von Vorträgen für eine Ringvorlesung des Zentrums für Antisemitismusforschung. Es handelt sich um Literaturanalysen verschiedener Autoren, die einzelne Werke analysieren, z.B. Shakespeares "Der Kaufmann von Venedig", oder die Darstellung der Juden im Werk eines Schriftstellers oder einer Epoche untersuchen, z.B. "Heinrich Heines jüdische Porträte"

rie" oder "Judenbilder in der realistischen Erzählliteratur". Der Bogen reicht in historischer Anordnung bis zur deutschsprachigen Literatur nach 1945. Weiter behandelt es Judenbilder in der französischen Literatur, im russischen Roman des 20. Jahrhunderts und in den USA nach 1945. Das Buch bietet viel Material – auch eine Bibliographie deutscher, französischer, englischer, russischer, amerikanischer Werke –, for-



dert vom Leser aber ein eigenes Urteil. So kann in der Beurteilung des Romans "Soll und Haben" von Gustav Freytag vom liberalen Standpunkt der Autoren der Widerspruch nicht aufgeklärt werden, daß die Gestalt des Juden "Itzig" von den Faschisten zum Prototyp des alles vergiftenden, schachernden Juden genommen werden konnte, Freytag andererseits mit Juden befreundet war und für die Gleichstellung der assimilierten Juden eintrat. Von Lessing wird das weitgehend unbekannte Jugendstück "Die Juden" behandelt, doch fehlt sein "Nathan der Weise", der doch als Paradestück deutscher Aufklärung und bürgerlicher Toleranz jeden höheren Schüler quälte. Lion Feuchtwanger, Autor u.a. von "Jud Süß", fehlt ganz. (Juden und Judentum in der Literatur, hrsg. von H.A. Strauss und Chr. Hoffmann, 1985, dtv Sachbuch Nr. 10513, 19,80 DM – ulk)

Über gute und schlechte Juden

Leo Sievers macht den deutschen Staatslenkern den Vorwurf, den positiven Beitrag der jüdischen Bevölkerung zur Erhaltung und Stärkung des Deutschen Reichs ignoriert zu haben. Über 345 Seiten werden Lebensläufe von Juden dargestellt, die sich für Heimat und Vaterland eingesetzt haben, deren "Liebe zu dem Stück Erde" aber unerwidert geblieben sei. Es wimmelt bei ihm von Frontkämpfern von 1870 und aus dem ersten Weltkrieg, Nobelpreisträgern und Künstlern, die sich alle um das Reich verdient gemacht haben sollen. Dazu jede Menge Gesellschaftsklatsch, Affären, persönliche Erfolge und Niederlagen aus der Schlüssellochperspektive. Eine Kritik am Rassismus, speziell am imperialistischen Antisemitismus, wird nicht geleistet. An der Meßlatte "Verdienste um das Reich" schneiden Revolutionäre und Vertreter der Arbeiterbewegung schlecht ab. Rosa Luxemburgs Kampf gegen den imperialistischen Krieg wird ihr übelgenommen, ihre Inhaftierung und schließlich ihre Ermordung habe sie sich selber zuzuschreiben. Sie habe dem Schlagwort "Die Juden sind unser Unglück" neue Nahrung gegeben. Antisemitismus in der BRD gibt es für den Verfasser nicht, sein Problem ist, wie die heute noch in der BRD lebenden Juden wieder Heimatgefühl bekommen können. Das Buch ist widerlich.

(L. Sievers, Juden in Deutschland, Goldmann STERN-Bücher, Hamburg 1979, 12,80 DM – kek)

Memoiren eines Antisemiten

In vier Kapiteln beschreibt G.v.Rezzori Geschehnisse aus dem Leben eines 13- bis 19jährigen Rumäniendeutschen in den Jahren von 1918 bis 1938 in Rumänien und Österreich. Im letzten Kapitel resümiert der 65-jährige darüber, was aus der Welt von 1919 bis 1979 geworden ist. Scheinbar klaszenlos und losgelöst von den gesellschaftlichen Ereignissen der Zeit wird dem Kind und Jugendlichen Antisemi-

tismus anerzogen. In seinen Begegnungen mit jüdischen Menschen wird er in seiner Erziehung bestärkt. Es wird vermittelt, die Juden sind eben tatsächlich so und hasen und verachten ihrerseits die Nichtjuden. Sie sind auch nicht zu integrieren, sie haben "ihren Gott im Blut". Trotz allem Haß hat er jüdische Freunde, vor allem jüdische Geliebte. Er begrüßt die Machtübernahme der Faschisten in Österreich, weil die Juden, "Spione und Propagandisten des Kommunismus", an ihrer Tätigkeit gehindert werden. Außerdem ist er, getreu seiner Erziehung, für das Großdeutsche Reich. So ist dann auch das Schlimmste, was von 1919 bis 1979 passiert ist: "die blutrote, vor Lebensfülle strotzende Wirklichkeit der Bolschewiken" gegenüber den "zerbröckelnden Demokratien". Rezzori fördert bewußt Rassismus. (G. v. Rezzori, Memoiren eines Antisemiten, Fischer-Verlag, 11,80 DM – anp)

Rechter und linker Antisemitismus

Das Verdienst von Henryk M. Broder, der 1946 in Katowice geboren wurde, bis 1980 in der BRD lebte und seit 1981 in Jerusalem wohnt, ist, antisemitische Äußerungen speziell der letzten Jahre zu untersuchen und in Hinblick auf ihre Tradition zu kritisieren. Dabei greift er Exponenten der Regierungspolitik der CDU/CSU an, z.B. den kürzlich verstorbenen Staatssekretär Mertes. Bedenkenswert für Linke ist seine These, daß es einen linken Antisemitismus auch gibt, auch wenn die Linken selber ihn nicht für möglich halten, der sich in der Ersetzung des Begriffes "Antisemitismus" durch "Antizionismus" äußert. Der Kampf gegen Menschen werde durch Kampf gegen eine Ideologie ersetzt. Insofern ist die These falsch. Richtig ist jedoch Broders Kritik an Linken, insofern sie der bürgerlichen Argumentation folgen, die Juden im Staat Israel seien die Nazis von heute, die Juden behandelten die Palästinenser heute ebenso wie die deutschen Faschisten die Juden, daher leite sich eine besondere Verantwortung der

Deutschen für das Schicksal der Palästinenser ab. Er weist nach, daß diese Konstruktion dem Zweck dient, die faschistischen Verbrecher zu entlasten und den "Boden der deutschen Geschichte" bis nach Palästina zu erstrecken. Leider verfißt Broder die Ansicht, der Antisemitismus sei eine spontane Leidenschaft, die auch ohne Grund entsteht, und sei daher nicht wirksam zu bekämpfen. (Henryk M. Broder, Der ewige Antisemit, Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Fischer TB 3806, 9,80 DM – an!)

Die Juden in Bayern im Wandel der Zeiten

Dies ist der Titel eines Buches von Stefan Schwarz, das er 1963 erstmals veröffentlichte. Der Autor ist von Beruf Diplomingenieur und von Religion Jude; er hat sich an die Aufarbeitung dieses umfangreichen historischen Kapitels gemacht offenbar in der bitteren Erkenntnis, daß auch nach dem Faschismus die christlich bestimmte Historikerzunft diesen Bereich der bayeri-

deren fortbestehende Aktualität man schmerzhaft erkennt. Über die Anfänge des Lebens von Juden in Bayern ist nichts Genauereres bekannt; in spätrömischer Zeit scheinen jüdische Bewohner römischer Provinzstädte auf germanischem Boden jedoch bereits zahlreich gewesen zu sein. Die erste sichere Nachricht über Juden in Regensburg bringt eine Urkunde von 981. Mit der Aufforderung des Kreuzritters Gottfried von Bouillon, das Blut Christi zu rächen und die Juden zu erschlagen, beginnen die Pogrome des Mittelalters. In den Pestjahren 1348/49 wurde im ganzen bayerischen Raum das Gerücht, die Juden hätten die Brunnen vergiftet, zum Anlaß für Pogrome genommen. 1452 wurden die Juden des Hochstifts Augsburg gezwungen, einen gelben Lappen auf der Brust zu tragen. Eine wesentliche Änderung setzte erst mit der Aufklärung ein; aber noch das Edikt von 1813 schrieb zahlreiche Diskriminierungen fest. Formelle Gleichberechtigung und Religionsfreiheit ge-



"Hepp, hepp" – Judenpogrom in Frankfurt 1819

schen Geschichte ausließ. Die unabhängige Untersuchung, die Schwarz vorlegte, ist so gründlich, daß es die Universität München schließlich für das Beste hielt, ihm 1980 dafür den Ehrendoktor zu verleihen. Einer der vielen wichtigen Hinweise des Buches ist, daß das germanische Recht die Juden außerhalb des Stammesrechts stellte. Nicht Wohnsitz, sondern Abstammung konstituierte die rechtliche Stellung – eine traditionelle Auffassung,

währte erst die Weimarer Republik. Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der Herausarbeitung der Entwicklung historischer Rechtspositionen im 19. Jahrhundert, im wesentlichen durch die sorgfältige Analyse von Archivmaterial. Ein sehr materialreiches, nüchtern geschriebenes und dadurch um so bewegendes Buch. Es ist 1980 als Taschenbuch neu aufgelegt worden (München: Olzog, DM 16,80). – (ael)

Energieversorgung

Faschistische Energiepolitik und die Folgen

1. Vergesellschaftung der Energieversorgung

Bis zum ersten Weltkrieg deckte die Industrie ihren Strombedarf zu rd. 80% mit eigenen Anlagen. Danach setzte ein – bis heute nicht abgeschlossener – Prozeß der Ersetzung industrieller Eigenanlagen durch Fremdstrombezug ein; 1981 betrug der Eigenerzeugungsanteil der Industrie nur noch 20%. Die sog. "öffentliche" Elektrizitätsversorgung wurde insbesondere im Faschismus zum Großkraftwerks- und Großverbundsystem ausgebaut und so – später verstärkt durch den staatlich forcierten und hoch subventionierten Einsatz von Atomkraftwerken – zum direkten Vorleistungsbereich für die Industrie. Krämer, Vorstandsvorsitzender der PREAG, sagt heute: "Ab Ende der 60er Jahre ... wurden ... stromintensive Großbetriebe neu angesiedelt ... Für unser Haus bedeutete dies zwingend den Einstieg in die Stromerzeugung auf Basis von Kernenergie ... (Zeitung für kommunale Wirtschaft, 2/86, S. 9). Die atomaren Risiken und Kosten des heutigen Strom-Großverbundsystems sind daher von der Industrie verursacht. Die arbeitende Bevölkerung finanziert dieses System weitgehend durch ihre Steuergelder und überhöhte Tarife.

Hinzu kommt der von den Energiekonzernen vorangetriebene Wandel von der individuellen Energiebedarfsdeckung zur überwiegend öffentlichen Versorgung im Haushaltsbereich. Allerdings betrifft er hier – im Gegensatz zur Industrie – insbesondere die Wärmebedarfsdeckung: Während noch in den 20er Jahren fast ausschließlich Holz- und Kohlefeuerungen, ab Ende der 50er Jahre verstärkt Ölheizungen, die Basis einer individuellen Wärmebedarfsdeckung bildeten, werden in den meisten Städten der Bundesrepublik noch in diesem Jahrhundert 70-100% der Haushalte von einer öffentlichen, leitungsgebundenen Wärmebedarfsdeckung (insbes. Erdgas, teilweise Nah-Fernwärme und Heizstrom) abhängig sein.

Dieser "Vergesellschaftungsprozeß" der Energieversorgung entwickelt sich also widersprüchlich: War und ist das Interesse der Industrie vorwiegend auf Bezug von billigem Strom aus öffentlicher Versorgung gerichtet, so benötigen die Haushalte – reduziert man ihren Strombedarf auf stromspezifische Anwendungsbereiche (also ohne Stromheizung) – ganz überwiegend billige Wärme. Auch die Ansprüche an die Struktur des "Kraftwerkparcs" sind demnach widersprüchlich: Die Industrie fordert (und erhält bisher unangefochten) reine Strom-Großkraftwerke, im Haushaltssektor fehlen dann die an den Wärmebedarf der Haushalte angepaßten kleinen und mittleren kommunalen Heizkraftwerke für kostengünstigere Nahwärmesysteme. Neben den ökologischen Folgen ergibt sich für die Haushalte: Ihre Energiekostenbelastung ist weit mehr als bei der Industrie gestiegen. Betrug der Anteil der Ausgaben für Heizung und Beleuchtung in einem durchschnittlichen Arbeiterhaushalt im Jahr 1927/28 noch 3,6%, so lag der entsprechende Anteil für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen 1983 bei 6,7%, in Rentnerhaushalten sogar bei 9,4%.

Im Faschismus erfolgte die für die heutige Struktur des Energiesystems entscheidende Weichenstellung: Die "Entkommunalisierung" der Energieversorgung, die forcierte Durchsetzung eines zentralisierten Großverbund-Systems und die Institutionalisierung einer engen Kooperation ("Symbiose") von privatwirtschaftlich operierender Ener-

giewirtschaft mit dem Staat unter der Hegemonie einer Handvoll großer Strom-Verbund-Konzerne.

Die heute z.B. von den Grünen geforderte "Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energieversorgung" kann als Kampf gegen diese von Konzernen und Staat durchgesetzte Struktur und für eine "arbeitnehmerorientierte" radikale Neuordnung der Energiewirtschaft verstanden werden.

2. Wie Elektrizität zur Ware wurde

Das Geschäft mit der Ware Elektrizität, die sog. öffentliche Energieversorgung, entwickelte sich Ende des 19. Jh. zunächst häufig durch private Kapitalinitiative, sodann verstärkt durch die Gründung städtischer Gas- und Elektrizitätswerke im Bereich voneinander unabhängig operierender Kommunen und deren "Ortszentralen". Umfangreiche Kapitalanlagen der Elektrokonzerne wie später der Kohlebarone (allen voran Stinnes mit der Gründung des RWE) und schließlich das Engagement von Reich (Reichselektrowerke, VIAG) und Ländern (insbes. Preußen, Bayern, Baden, Württemberg, Sachsen) in der Elektrizitätserzeugung sowie technische Fortschritte in der großtechnischen Erzeugung und im Ferntransport (Überlandzentralen) von Elektrizität (später auch von Gas) bildeten die Grundlage für die Herausbildung eines reichsweiten "Marktes" für die leistungsgebundenen Energieträger: Ein in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jh. ablaufender aggressiver Expansionsprozeß: Von "Friedensschlüssen" nach vorausgegangenen Konkurrenzkämpfen um Demarkations- und Konzessionsgebiete in der Elektrizitätswirtschaft ist in der Literatur ebenso die Rede wie vom "Toben des Ferngaskampfes". (Asriel, 1930)

Von entscheidender strukturierender Bedeutung war (und ist noch heute) die Tatsache, daß die Gemeinden über das Wegeigentum an öffentlichen Straßen und Plätzen verfügten. Auf deren ausschließliches Nutzungsrecht für die Leitungsverlegung waren die EVU bei der öffentlichen Versorgung von Endverbrauchern angewiesen, so daß sich bereits früh ein System von Abgaben, Zuschlägen etc. auf Energielieferungen (später allgemein als Konzessionsabgaben bezeichnet) als Gegenleistung an die Kommunalhaushalte dafür entwickelte, daß den überregionalen Energiekonzernen von den Gemeinden das ausschließliche Nutzungsrecht und damit ein "Gebietsmonopol" – also ein vor direkter Konkurrenz geschützter Absatzmarkt – gewährt wurde.

Bereits Ende der 20er Jahre war das gesamte Reich vertraglich in Interessensphären ("Demarkationsgebiete") zwischen neun großen Verbund-EVU aufgeteilt. Der Bedarf von Industrie und Gewerbe insbes. nach Kraftstrom (Einführung und Verbreitung des Elektromotors etwa ab 1900) und der Haushalte insbes. nach Lichtstrom sowie die bereits beginnende Expansion in den Wärmemarkt garantieren jedoch zunächst noch einen nahezu unerschöpflichen Absatzmarkt innerhalb der demarkierten Gebiete, solange dem jeweiligen Gebietsmonopolisten die Ausschaltung von zwei Hauptkonkurrenten gelang: Die Industrie mußte von der Eigenversorgung und die Kommunen von der öffentlichen Versorgung abgehalten werden. Neben ökonomischen Mitteln (für die Industrie: Preisunterbietung mit intern subventionierten Dumpingpreisen; für die Kommunen: Konzessionsabgaben bis hin zur direkten Bestechung) spielten staatliche Zwangsmaßnahmen zur Einschränkung kommunaler Versorgungstätigkeit – z.B. politische Eingriffe der Länder und des Reichs zugunsten landes- bzw. reichseigener EVU, Gründung gemischtwirtschaftlicher EVU, generelle Einschränkung kommunaler Wirtschaftstätigkeit – zunehmend eine Rolle.

3. "Flurbereinigung" kommunaler EVU

Aber erst mit Verabschiedung des "Energiewirtschaftsgesetzes" (EnWG von 1935) wurde die "Flurbereinigung", die

weitgehende Einschränkung insbes. kommunaler und genossenschaftlicher Organisationsformen in der öffentlichen Energieversorgung, erklärtes Ziel auch der staatlichen Energiepolitik.

Die Verbund-EVU forderten und erhielten ein "Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft" (so der genaue Titel des EnWG) sowie in rascher Folge (bis 1941) den weiteren, bis heute im Prinzip bestimmenden Rechtsrahmen der leistungsgebundenen Energiewirtschaft (z.B. Deutsche Gemeindeordnung von 1935; Reichstarifordnung 1938; Konzessionsabgabenordnung 1941).

Im Faschismus verabschiedete Gesetze sind nicht einfach faschistische Gesetze. Insofern greift die heute häufig geäußerte Kritik am EnWG als "Nazigesetz" zu kurz. Das EnWG ist ein typisches imperialistisches "Konzerngesetz", das im faschistischen wie im parlamentarisch-bürgerlichen Staat nach 1945 die Sonderinteressen der Verbund-Konzerne in den Rang öffentlicher, dem sog. Gemeinwohl dienender Aufgaben hob.

Für seine Verabschiedung bedurfte es allerdings besonderer politischer Voraussetzungen: Wer sich, wie die "AG für Deutsche Elektrizitätswirtschaft" (die Vorläuferorganisation der heutigen Deutschen Verbund-Gesellschaft DVG) ganz gezielt erst kurz nach dem faschistischen Machtantritt im Oktober 1933 mit einem eigenen Gutachten (mit dem sinnigen Titel: "Gutachten über die in der Deutschen Elektrizitätswirtschaft zur Förderung des Gemeinnutzes notwendigen Maßnahmen") an den faschistischen Staat wandte, mußte einerseits befürchtet haben, daß in der Weimarer Republik die längst überfällige Einrichtung einer staatlichen Aufsicht über die Energiewirtschaft möglicherweise nicht vollständig zu seinen Gunsten hätte ausfallen können; immerhin schwebte noch ein rechtsgültiges, wenngleich nicht praktiziertes "Gesetz betr. Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft" (v. 1919) als mögliche Bedrohung über der Elektrizitätswirtschaft.

Andererseits konnte der aggressive Expansionsdrang der großen Verbund-Monopole durch den Abschluß von Demarkationsverträgen und privatwirtschaftliche Ansätze zur Eindämmung der Konkurrenz (z.B. Bildung von Unternehmenszusammenschlüssen wie die "AG für Deutsche Elektrizitätswirtschaft") nur beschränkt unter Kontrolle gehalten werden. Eine staatliche Schlichtungsstelle der konkurrierenden Interessen war notwendig, um Kämpfe um die Neuaufteilung der reichsweit abgesteckten Interessengebiete zu verhindern. Was lag näher, als diese Interessengebiete prinzipiell anzuerkennen und die Expansion nunmehr auf Kosten Dritter sowohl nach innen (durch Aufsaugung der kommunalen und genossenschaftlichen Versorgungsun-

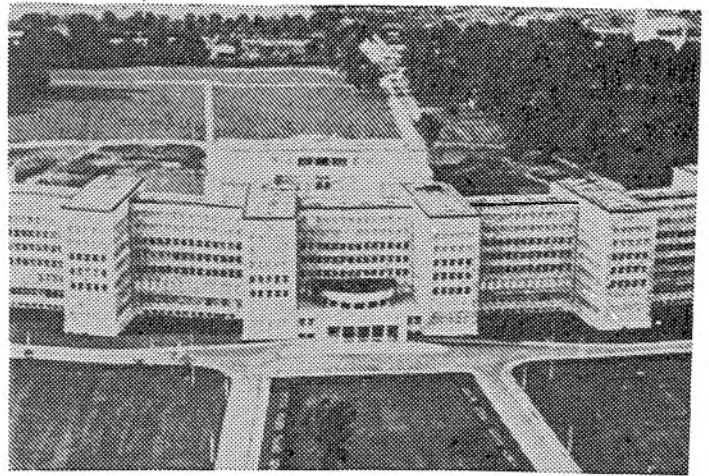


Die Hauptprofiteure der faschistischen Energiepolitik waren die großen Rüstungsmonopole.

ternehmen) wie auch später im Kriegsverlauf zunehmend nach außen (durch Eingliederung der Energieversorgung in den besetzten Gebieten ins "Altreich") zu betreiben?

Nach 1933 war eine fruchtbare "Symbiose" aus faschistischen Staatszielen und den Interessen der Verbund-EVU von Anfang an so gewiß, daß das besagte Gutachten ganz unverhüllt die Stilllegung der gesamten Stromerzeugungskapazität der kommunalen Energiewirtschaft (z.B. so bedeutender stadteigener Kraftwerke wie in Mannheim, Stuttgart, Karlsruhe, Aachen, Bonn, Düsseldorf, um nur einige aus dem RWE-Interessengebiet zu nennen), die Ausschaltung aller ländlichen Elektrizitätsgenossenschaften (rd. 6000 in 1929) und die "Zusammenfassung der vielen kleinen (Verteilungsunternehmen, d.V.) zu größeren, sachverständig geleiteten (soll heißen unter maßgeblicher Kapitalbeteiligung der Verbund-EVU, d.V.) Stromversorgungsunternehmen" (S. 20). Natürlich sollte mit dieser Aufforderung an den faschistischen Staat "der Verstaatlichung nicht das Wort geredet (werden), doch muß an die Stelle der vielen widerstrebenden Interessen und Auffassungen eine klare Führung treten" (S. 20). Daß diese Führung wie gefordert durch den Reichswirtschaftsminister, im Einvernehmen mit ihnen und in ihrem Interesse erfolgen würde, lag für die in der Verbundwirtschaft tätigen hochrangigen Verfasser des Gutachtens (z.B. die Verbund-EVU-Direktoren Dr. Frank/Preußenelektra, Dr. Jancke/Dr. Balzani/Reichselektrowerke, Dr. Koepchen/RWE) außer Zweifel. Wo möglich sollte die Durchführung "auf dem Wege der Verständigung, wenn nötig unter Mitwirkung der Behörden erfolgen" (S. 22). Auch ein schrittweises Vorgehen schien angebracht: "Nicht alle kleineren Kraftwerke sollen sofort verschwinden" (S. 12). Aber das Endziel wurde dem faschistischen Staat als "Leitlinie" klar vorgegeben: "Grundsätzlich aber ist die Verbundwirtschaft (allein durch Großkraftwerke reiner Stromerzeugung, d.V.) durchzuführen" (S. 12) und zwar nicht zuletzt "auch vom wehrpolitischen Standpunkt aus" (S. 11). Ökonomisch ging es um die Ausschaltung lästiger Konkurrenten letztlich auch durch Zwang: "Gelingt eine Verständigung nicht, so muß gesetzliches Eingreifen erfolgen, das nach der jeweiligen Lage zu gestalten ist" (S. 22). Wo sich kommunale Verteilungsunternehmen und Genossenschaften zur Wehr setzen, forderte Dr. Balzani unmißverständlich: "Dieser Widerstand ist zu beseitigen". (S. 34)

Dieses Gutachten löste, nicht nur hinsichtlich der Fragen der "Wehrwirtschaft", eine für die Zeit nach 1933 überraschend heftige Kontroverse aus. Der Deutsche Gemeindetag forderte in seiner Denkschrift "Die Neugestaltung der deutschen Elektrizitätswirtschaft", Berlin 1934, "eine weitgehend dezentralisierte Erzeuger- und Verteilerorganisation" (S. 23) und schrieb zutreffend: "Das heutige Verlangen nach einer Eingliederung der örtlichen Elektrizitätserzeugung und -verteilung in die Großelektrounernehmen entspricht ... der eigennützigen Absicht, die mangelnde Ausnutzung der eigenen überdimensionierten Werke zu erhöhen und damit die Investitionen der Vergangenheit zu rechtfertigen. Volkswirtschaftlich gesehen, soll eine vorhandene Kapitalfilleitung durch die Vernichtung der in der örtlichen Elektrowirtschaft investierten Werte zugunsten der viel zu weit gegangenen Investitionen der Großelektrounernehmen wettgemacht werden" (S. 7). Ideologischer Flankenschutz für die Kommunen kam auch von einer Stellungnahme der "Politischen Zentralkommission der NSDAP" (B. Endrucks/W. Willig, Jan. 1934), in dem der kleinbürgerliche "Antikonzerne"-Flügel der NSDAP zum Gutachten der "AG für Deutsche Elektrizitätswirtschaft" feststellte: "Gemeinnutz wird hier mit Konzernnutz identifiziert ... Für die deutsche Elektrizitätswirtschaft ... besteht nicht das geringste Interesse, daß ir-



Größter Energieverbraucher im Deutschen Reich: Die IG Farben. Bild: Die Frankfurter IG-Farben-Zentrale.

gendein Unternehmen seine Selbständigkeit zugunsten eines Großkonzerns aufgibt. Im Gegenteil, örtlich und regional muß die Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Elektrizitätswerke noch gestärkt werden"; selbstverständlich auch "unter zentraler Führung". Aber: "Die Großkonzerne dürfen, wenn die Elektrizitätswirtschaft nicht weiter falsche Wege gehen soll, unter keinen Umständen die Führung in der Hand haben oder auch nur die Führung beeinflussen, sondern sie müssen sogar in erster Linie der straffsten Führung und strengsten Kontrolle unterworfen werden." (S. 11)

Gleichwohl endete die Kontroverse mit dem "Sieg" der Verbundwirtschaft und der Verabschiedung des von ihr geforderten EnWG. Die kommunale Energieversorgung verdankt die Erhaltung ihrer Substanz zwischen 1933–1945 gegen die erklärte radikale "Flurbereinigung" sowohl dem zähen Widerstand in den Kommunen (teilweise sogar das faschistischen Innenministers Frick unter dem Druck der ortsnahen Gliederungen der NSDAP), den auch im Krieg weiterexistierenden Rivalitäten und dem Kompetenzgerangel innerhalb des faschistischen Partei- und Staatsapparates als auch einem ideologischen Grund: Eine gewisse kommunale Unabhängigkeit gegenüber den "Großkonzernen" war zur Integration kleinbürgerlicher Schichten in das faschistische System notwendig; die Reste kommunaler "Selbstverwaltung" bildeten eine Grundlage für die Verfestigung der Volksgemeinschaftsideologie.

Hinzu kam, daß der Energiebedarf im Zuge der forcierten Aufrüstung und schließlich durch den Angriffskrieg sprunghaft anstieg, so daß aus militärischen Gründen die geplante Stilllegung kommunaler Energieerzeugungskapazitäten nicht mehr in Frage kam.

Dennoch: Der vor 1933 schon recht weitgehenden ökonomischen Einschnürung der kommunalen Energiewirtschaft durch den Großverbund folgte im Faschismus bei weiterer Forcierung der ökonomischen Konzentration und Zentralisation insbes. ihre politische und rechtliche Entmachtung. Die im Faschismus begründete "Symbiose" wurde nach 1945 quasi in rechtsstaatlicher Form fortgeführt. Die personelle Kontinuität führender Repräsentanten im Staatsapparat und in den Verbundkonzernen (mit der nun – aufgrund der Gebietsverluste im Osten – uneingeschränkten Führungsposition des RWE) war ein wesentlicher Grund dafür, warum alle Neuordnungspläne nach 1945 scheiterten. Quellenhinweis: Asriel, I.: Das R.W.I. Ein Beitrag zur Erforschung der modernen Elektrizitätswirtschaft, Zürich 1930; Hennicke, P. u.a.: Die Energiewende ist möglich, Frankfurt 1986; Friedrich, A.: Staat und Energiewirtschaft, Berlin 1936 – (wim)



Diese beiden Bilder zur Rassentypologisierung stammen aus dem neuen Herder-Lexikon der Biologie. Die Originalbildunterschrift ist "osteupid" (links) und "alpinid" (rechts). Die Pelzmütze bzw. das Alpenhütchen als Rassenmerkmal – so geht rassistische Biologie!

Rassismus

Herder-Lexikon der Biologie Gibt es Menschenrassen?

Seit Oktober 1984 bringt der katholische Herderverlag in Freiburg ein achtbändiges Lexikon der Biologie heraus. Er preist es als "das zur Zeit größte biologische Fachlexikon" an. Die Badische Zeitung prophezeit, daß es bald zum Standard-Nachschlagewerk für alle Naturwissenschaftler und zum hervorragenden Lehrbuch für Biologiestudenten werden würde. Die Zeitschrift UMSCHAU 17/84 hat positiv hervorgehoben, daß der Verlag mit dem Werk den Zweck verfolge, den Wissenschaftlern eine Orientierung zu geben. Dies geschieht über Beiträge konservativer Freiburger Biologen wie Hassenstein und Mohr – aber nicht nur darüber.

Im Lexikon wird behauptet, es gebe verschiedene Menschenrassen. Damit wollen wir uns hier befassen. Diese Frage hat aktuelle Bedeutung sowohl zur Unterstützung des Kampfes des azanischen Volkes gegen das südafrikanische Rassistenregime als auch zur Bekämpfung von Rassisten hier (Hepp und andere). Die Rassisten behaupten, daß sich die gesellschaftliche Ungleichheit, speziell verschiedener "Rassen", aus ihrer verschiedenen biologischen Konstitution ergebe. So seien die Schwarzen dumm und träge, die Weißen dagegen fähig eine Gesellschaft zu leiten etc. Auch das Herder-Lexikon behauptet in einem Anfall von Unwissenschaftlichkeit, "Temperament, Kreativität und Eigensinn der Kelten und ihrer heutigen Enkel, der Gallier, Schwaben und mancher Bayern, sind wohl dinarides Erbe". (Dinaride = "regionale Rasse"). Eine solche Äußerung ist typisch für den Rassismus. Denn es wird ein Zusammenhang zwischen den als naturbedingt unterstellten gesellschaftlichen Eigenschaften (hier Temperament etc.) und gewissen äußerlichen Merkmalen behauptet. Wir wollen in diesem Artikel zeigen, daß das Konzept der Rasse von Seiten der Biologie her falsch ist und damit das gestrickte Konstrukt der Rassisten völlig unhaltbar. Denn der Versuch einer rassenmäßigen Katalogisierung der Menschen scheitert, wie wir hier im folgenden zeigen wollen.

1. In den letzten 40 Jahren sind überall auf der Erde bei Menschen Untersuchungen über die Zusammensetzung des Blutes durchgeführt worden. 150 im Blut vorkommende verschiedene Eiweißkörper sind untersucht worden und bei jedem dieser Eiweißkörper ist geprüft worden, ob die verschiedenen Menschen verschiedene Formen eines solchen

Eiweißkörpers haben. Dabei wurde festgestellt, daß bei 75% der 150 untersuchten verschiedenen Eiweißkörper kein Unterschied festzustellen ist, bei 25% schon. Eine solche Aussage sucht man im Herder-Lexikon vergeblich.

Die Blut- und Bodenideologie der Rassisten widerlegt sich sozusagen buchstäblich am Blut selbst!

Dieses Ergebnis ist keineswegs so sehr überraschend. Denn die verschiedenen Eiweißkörper im Körper haben spezielle Funktionen. So bewirken sie ganz spezifische Schritte im Stoffwechsel, also etwa der Verdauung – Funktionen, die sehr eng an ihren Aufbau gekoppelt sind und nur ablaufen können, wenn dieser Aufbau nicht beliebig variiert. Deshalb ist es auch so, daß z.B. solche Eiweißkörper, die mit Atmungsvorgängen in der Zelle zu tun haben, bei ganz verschiedenen Organismen wie der Fliege und dem Menschen fast identisch sind. Man kann dies verallgemeinern und feststellen: Funktionen, die bei allen Tieren für die Aufrechterhaltung des Lebens nötig sind, laufen bei allen ganz ähnlich ab, und die beteiligten Eiweißkörper haben deshalb auch bei all diesen Tieren (den Menschen eingeschlossen) auch einen ganz ähnlichen Aufbau. Da Mutationen, d.h. Erbveränderungen am Erbgut (der Desoxyribonucleinsäure = DNS) erfolgen und die DNS sozusagen die "Informationsmatrize" für den Aufbau von Eiweißkörpern darstellt, müßten sich solche Mutationen also im Aufbau von Eiweißkörpern widerspiegeln. Dieser Gesichtspunkt zeigt deshalb auch, daß die Menschwerdung sowohl in seinem entwicklungsgeschichtlichen Sinn als auch im individuellen nicht einfach das Ergebnis von Mutationen sein kann. Da die bürgerliche Biologie dies anders sieht, kommt sie auch zu dem unhaltbaren Ergebnis, daß der Mensch wohl höchstens zehn mal komplexer sei als eine Fliege.

2. Vergleicht man einzelne solcher Eiweißkörper, die zu den oben erwähnten 25% gehören hinsichtlich der Variation in ihrem Aufbau, so stellt man fest, daß der größte Teil der Variation (85%) bei verschiedenen Menschen innerhalb einer Nation auftritt, 8% der Variation beziehen sich auf verschiedenfarbige Menschen innerhalb einer Nation und nur 7% der Variation bestehen zwischen den "Hauptrassen" Weiß, Schwarz und Gelb. Konkret heißt das: Es ist möglich, daß ich bezüglich einem bestimmten Eiweiß mich von einem anderen Weißen innerhalb der BRD mehr unterscheide als gegenüber einem Schwarzen in Afrika.

Bezüglich dem Blutgruppensystem (ABO) ist dies von A. Jacquard (1), (2) im einzelnen konkret nachgewiesen worden. So hat er z.B. festgestellt, daß verschiedene "rassische" Populationen, nämlich eine afrikanische, drei asiatische und eine europäische Population, sehr ähnliche Häufigkeiten bezüglich der Zugehörigkeit zu einer der drei Blutgruppen A, B oder o haben. Die im Herder-Lexikon vertretene Auffassung, wonach Menschen "in jeweils relativ einheitliche Rassen mit charakteristischen Genkombinationen gegliedert" sind, zeigt nicht nur eine bemerkenswerte sprachliche Unbestimmtheit, sondern steht im Widerspruch zu den hier unter Punkt 2 aufgeführten Darlegungen. Das ganze macht den Eindruck, als hätten die Autoren gezielt solche Leute aus den "Hauptrassen" ausgesucht, die sich in ihrer biologischen Konstitution besonders stark unterscheiden. Des weiteren drücken solche "Genkombinationen" keineswegs die genetische Nähe oder Ferne verschiedener "Rassen" aus, also keine Verwandtschaftsverhältnisse. Das Herder-Lexikon suggeriert dies aber, indem es eine Tabelle über jene "charakteristischen Genkombinationen" abdruckt, die verschiedene "Rassen" kennzeichnen sollen. Aber auch das erweist sich als nicht richtig. Ein bestimmtes Gen mag zwar in zwei verschiedenen Populationen in ganz ähnlicher Häufigkeit vorkommen

und es damit so aussehen, als wären diese beiden Populationen eng verwandt, jedoch kann es so sein, daß für ein anderes Gen die beiden Populationen ganz verschiedene Häufigkeiten aufweisen und damit viel weniger verwandt sind. Auch dies widerspricht der Rassentheorie. Ebenso war alle Suche nach sogenannten Markergenen, also solchen, die nur in einer oder einigen Populationen vorkommen, nicht aber in anderen, ebenfalls bis auf eine einzige Ausnahme erfolglos.

Eine zusätzliche Anmerkung soll hier eingefügt werden. Inzwischen gibt es Belege dafür, daß Stoffwechselvorgänge nicht einseitig durch die DNS bestimmt sind. Es kommt darauf an, wie der Organismus mit der ihn umgebenden Natur in Wechselwirkung tritt. Dieses Ergebnis zeigt übrigens, daß die Dogmatik der molekularen Genetik einen theoretischen Fehler beinhaltet. Konkret belegt ist dies an Antikörper bildenden Zellen des Menschen und von Tieren. Antikörper sind an der Immunabwehr beteiligt, werden z.B. gegen Bakterien gebildet. Der menschliche Organismus kann eine sehr große Zahl verschiedener Antikörper bilden – mehr jedenfalls als man sich zunächst aufgrund des DNS-Gehaltes vorstellen konnte. Die DNS kodiert, ist sozusagen die "Informationsmatrize" für den Aufbau solcher Antikörper wie auch für den von anderen Eiweißkörpern. Die große



Ausschnitt aus einer rassistischen Illustration zur Evolution von Ernst Haeckel aus dem Jahre 1874

Vielfalt der Antikörperbildung kommt nun dadurch zustande, daß in den betreffenden Zellen große Mutationen, also Erbveränderungen ablaufen – Erbveränderungen, die aber keineswegs von einer Generation zur anderen weitergegeben werden, d.h. nicht in den Keimzellen auftreten. Es ist deshalb ganz prinzipiell fraglich, ob von Vererbung im ursprünglichen Sinn überhaupt noch so einfach gesprochen werden kann. Jedenfalls zeigen die Untersuchungen am Blut, daß zwar bestimmte Eiweißkörper, die bei allen Menschen vorhanden sein müssen, so auch vererbt werden, nicht aber Eiweißkörper, die aufgrund ihrer Funktion (z.B. die Antikörper) variieren müssen.

Doch das Herder-Lexikon ersetzt die wissenschaftliche Not des Nachweises verschiedener Menschenrassen durch Bilder zur Rassentypologie. Einige davon drucken wir hier zur Illustration ab. Da werden also Leute in ihrer traditionellen Kleidung abgebildet und dies als "Rassenmerkmal" verwendet – saubere Wissenschaft ist das. Auch die Faschisten haben solche Bilder zur Rassentypologie genutzt. Zwar hat das Herder-Lexikon noch nicht die "deutsche Rasse" entdeckt, wohl aber einen Haufen "regionaler Rassen" aufgeführt, worauf aufbauend sich auch eine "deutsche Rasse" behaupten ließe.

Ferner behauptet das Herder-Lexikon u.a.: "Die Großrassen sind deutliche Anpassungen an die Umweltbedingungen ihres Entstehungsraumes: Pigmentierung der Haut abhängig v. der durchschnittlichen Sonneneinstrahlung (Vitamin D-Produktion), ..." Mit den hier zitierten Anpassungen sind solche im evolutionstheoretischen Sinn gemeint, wonach sich das Erbgut so verändert, daß die jeweiligen Organismen an ihre jeweilige Umwelt angepaßt sind. Das Herder-Lexikon wirft hier aber zwei Sachen durcheinander. Das evolutionstheoretische Anpassungsargument beinhaltet nämlich, daß die Pigmentierung der Haut genetisch fixiert ist, d.h. vererbt wird. Zugleich wird aber vertreten, daß die Pigmentierung von der durchschnittlichen Sonneneinstrahlung, also von jetzt wirkenden Umweltfaktoren abhängig ist und damit ein sozusagen induzierbarer Schutz gegen hohe Sonnenlichtintensität. Das ist aber was anderes und hat mit Genetik nichts zu tun. An anderer Stelle im Lexikon wird behauptet: "Die Hautpigmentierung ist erblich fixiert und gehört zu den wichtigen Rassenmerkmalen des Menschen" und dabei auf das Phänomen des Albinismus verwiesen. Dabei handelt es sich um einen vererbten Pigmentmangel der Haut, weil ein Eiweißkörper im Syntheseweg des Hautpigmentes nicht funktioniert. Das ist eine völlig unzulässige Beweisführung! Denn es wird sozusagen aus der Negation heraus versucht zu beweisen, daß das Vorhandensein eines intakten Eiweißkörpers nicht nur etwas mit der Hautpigmentierung zu tun hat, sondern daß auch unterschiedliche Grade der Hautpigmentierung durch das Vorhandensein eines intakten solchen Eiweißkörpers bedingt seien. Solch eine weitreichende Schlußfolgerung läßt sich daraus aber überhaupt nicht ableiten. In einer Zeit, in der so viel gentechnologisch gearbeitet wird, sollte man eigentlich erwarten, daß es für solche Behauptungen beweiskräftigere Untersuchungen gibt, als sie durch das Herder-Lexikon vorgebracht werden. Aber offensichtlich mangelt es daran. Denn das Argument besagt in Wirklichkeit nur, daß sowohl weißfarbige wie schwarzfarbige Menschen die genetische Potenz für die Pigmentbildung haben – nicht mehr und nicht weniger! Oder anders formuliert: Wenn sich ein Weißer in die Sonne legt, wird er auch braun.

Unseres Wissens ist das Argument der Anpassung neu in der rassistischen Theorie. Die alten Rassisten wie Ernst Haeckel u.a. haben zwar auch die Evolutionstheorie für ihren Rassismus bemüht, aber einen anderen Aspekt. Haeckel hat behauptet, daß jeder Mensch in seiner vorgeburtlichen Entwicklung sozusagen die ganze Entwicklungsgeschichte im Schnellauf noch mal durchlaufen würde (Rekapitulationstheorie). Wir können hier nicht der Frage nachgehen, ob diese Theorie stimmt. Wesentlich ist, daß er behauptet hat, daß die Schwarzen auf der Stufe von weißen Kindern stehen geblieben seien, d.h. kindliche Züge hätten, bzw. affenartige. Daher auch seine hier abgedruckte Gegenüberstellung von Affen und Schwarzen.

Das Herder-Lexikon bringt noch eine Reihe weiterer Beispiele für eine angebliche Anpassung "regionaler Menschenrassen" an ihre Umgebung. Die Signifikanz dieser Behauptungen kann aber ernstlich bestritten werden. Denn A. Jacquard kommt zu dem Ergebnis: "In Wirklichkeit waren unsere gegenwärtig vorhandenen menschlichen Populationen nie lang genug voneinander getrennt, um eine signifikante genetische Differenzierung Platz greifen zu lassen." (S.83) Dieses Argument zusammen mit der Feststellung, daß keine Markergene zu finden sind, steht im Widerspruch zum "Anpassungs"argument des Herder-Lexikons! Quellen: (1) A. Jacquard, In Praise Of Difference, Kapitel 4 (2) S. Rose, L.J. Kamin, R.C. Lewontin, Not In Our Genes, S.119ff. (3) Stephen Jay Gould, Darwin nach Darwin (4) derselbe, Der falsch vermessene Mensch – (beh, chf)

Ausländersondergesetze

Gefährlich: Rassistische ausländerfeindliche Politik von Regierung und Behörden erhält Rückendeckung von schwarz-rot-goldener SPD

Offen rassistische Verfolgung durch Behörden, die Vorbereitung neuer ausländerfeindlicher Propaganda und Gesetzgebung – wie in den folgenden Artikeln beschrieben – stoßen kaum auf gewerkschaftliche Proteste, stattdessen finden Regelungen, die ausländische Arbeiter benachteiligen, Eingang selbst in von DGB-Gewerkschaften abgeschlossene Tarifverträge. Was mögen die Gründe sein?

Die SPD hat sich entschlossen, bei den Wahlen für ein Florieren der deutschen Wirtschaften einzutreten und ist daher bereit, die verschärfte Sondergesetzgebung gegen ausländische Arbeiter mitzutragen. So erscheint Kritik an der imperialistischen Zielsetzung westdeutscher Ausländerpolitik von sozialdemokratischer Sicht aus nicht opportunistisch, und man hat den Eindruck, daß eher das Bündnis mit

dem christlichen Humanismus gesucht wird. Aber trotz der Millionenaufgabe von Enthüllungsliteratur aus diesem Lager, trotz gemeinsamer Veranstaltungen von DGB und Kirchen kann man nicht sagen, daß damit die reaktionäre Ausländerpolitik Zimmermanns gebremst wäre. Das kirchliche Mitleid mit dem "Mitmenschen Ausländer" ordnet sich nur allzusehnell den allgemeinen Staatszielen unter.

Die Arbeiterbewegung braucht beim Kampf gegen die reaktionäre Ausländerpolitik aber auch keine ideologischen Anleihen bei den Kirchen zu machen. Sie kann auf gemeinsame Interessen der Lohnabhängigen verweisen: Ausländerfeindlichkeit ist Arbeiterfeindlichkeit – diese Erkenntnis sollte in den gewerkschaftlichen Diskussionen gestärkt werden. – (alk, güt, haj, kla)

Neue Welle der Ausländerfeindlichkeit von der Innenministerkonferenz vorbereitet

Zeichnet sich in der Ausländerpolitik eine Große Koalition von Unionsparteien und Sozialdemokraten ab? Die auf der folgenden Seite abgedruckten Dokumente lassen solche Befürchtungen nur als allzu berechtigt erscheinen.

Ende des Jahres müßte nach dem Assoziierungsabkommen zwischen der EG und der Türkei die sog. "Freizügigkeitsregelung" für türkische Lohnabhängige in Kraft treten, der größte Teil der diskriminierenden westdeutschen Ausländersondergesetze würde dann für die Arbeiter aus der Türkei nicht mehr gelten. Die Bundesregierung hat bereits mehrfach erklärt, daß sie die entsprechende Regelung im EG-Assoziierungsabkommen zu Fall bringen will und auch einem von der türkischen Regierung erwünschten

EG-Beitritt nicht zustimmen wird: Ihre Absicht ist es die Türkei im Zustand einer Halbkolonie zu halten, die ihren Markt für EG-Produkte zu öffnen hat, die ihre Arbeitskräfte je nach Marktlage zu exportieren hat, aber ohne die Rechte der EG-Mitglieder.

Die Konferenz der Innenminister aller Bundesländer hat nun Mitte April diesen Standpunkt bekräftigt: Die Sonderbehandlung türkischer Arbeiter in der BRD müsse auf jeden Fall aufrechterhalten bleiben. Von Seiten der SPD-regierten Bundesländer war kein Einspruch gegen diese Vereinbarung zu vernehmen. Dagegen gibt es zahlreiche Äußerungen von SPD-Politikern, die die politische Absicht der Bundesregierung unterstützen. Demagogisch schiebt die SPD die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewe-

gung in der Türkei vor, um laut in den Chor der Regierungsparteien einzustimmen: "Kein EG-Beitritt der Türkei", "Keine Freizügigkeit für die hier lebenden türkischen Arbeiter".

Nach unserer Kenntnis scheint auch in den Gewerkschaften diese Position der SPD Verbreitung zu finden: Gegenpositionen gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind damit gefährdet. Nun braucht man ja keineswegs den EG-Beitritt der Türkei wünschen und muß auch nicht dafür eintreten, daß die westdeutschen Kapitalisten erneut ungehindert Arbeitskräfte aus dem Ausland heuern können (etwa wenn wie absehbar Mitte der 90er Jahre das Angebot an Arbeitskraft in der BRD schrumpfen sollte). Aber wofür man unbedingt sein sollte und entsprechende gewerkschaftliche Positionen stärken muß: Abschaffung aller Gesetze und Bestimmungen, die einen beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse in der BRD in der rechtlosen Stellung eines Ausländers halten.



Große Koalitionen bei der Unterdrückung ausländischer Arbeiter: 1972 Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA. 1985 Verbot der türkischen Organisationen Dev Sol und Halk Der.

Innenministerkonferenz

Ausländerrechtliche Auswirkungen der fortschreitenden Assoziierung der Türkei mit der EG

Im Hinblick auf die Verhandlungen über die Regelung der Assoziations-freizügigkeit zwischen EG und der Türkei erklärte die Innenministerkonferenz, daß sie es für unverzichtbar hält, daß die Steuerung der Einreise und des Aufenthalts von türkischen Staatsangehörigen in der alleinigen nationalen Kompetenz verbleibt. Die Innenministerkonferenz bat deshalb den Bundesinnenminister, nur ein Verhandlungsergebnis zu akzeptieren, wonach sowohl das Aufenthaltsrecht (Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis, Beendigung des Aufenthalts und Familiennachzug) als auch die Frage des Zugangs zum Arbeitsmarkt für türkische Staatsangehörige der nationalen Regelung vorbehalten bleiben und nicht Gemeinschaftsrecht werden. Sie legt Wert darauf, daß dabei die Priorität des

Aufenthaltsrechts vor der Regelung des Arbeitsmarktzugangs erhalten bleibt. (IMK, 18.4.1986)

SPD

Der Türkei nicht die Hintertür in die EG öffnen!

Der Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten, Gerd Walter (Lübeck), hat die Bundesregierung und den EG-Ministerrat davor gewarnt, bei ihren bevorstehenden Verhandlungen um den Zeitplan der Türkei-Assoziierung durch die Hintertür die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen ... Ausgangspunkt für jedes Entgegenkommen der EG müsse die Frage der Wiederherstellung der Bürger- und Gewerkschaftsrechte in der Türkei sein. Bis dahin sollten die EG-Staaten nach Meinung Walters jedoch eine "kleine Freizügigkeit" aus humanitären Gründen gewähren. Als Beispiele nannte er Maßnahmen der Familienzusammenführung und der Asylgewährung... (SPD, 18.3.1986)

Ausländerkontrollen auf dem Weg zur Arbeit:

"Halts Maul, hier reden wir!"

Westberlin, Dienstag, 29. April, 5.30 Uhr. Wie jeden Morgen steigt Hussein (der Name wurde von der Redaktion geändert) auf dem Bahnhof Scharnweberstraße in die U-Bahn. Hussein stammt aus der Türkei. Seit vier Jahren lebt er in Westberlin. 1985 hat er Arbeit im Werk Fritz Werner gefunden. Der Betrieb liegt im Süden Westberlins, in Marienfelde. Die schnellste Verbindung zu seiner Arbeitsstätte ist für Hussein die U-Bahnlinie 6. Sie führt von Reinickendorf, wo Hussein wohnt, nach Marienfelde, wo er arbeitet. Die Besonderheit der U6 ist, daß sie wie eine weitere U-Bahn- und drei S-Bahnlinien bei ihrer Fahrt das Streckennetz von Berlin, Hauptstadt der DDR, benutzt. Nach sechs Stationen in Westberlin wird sie unterirdisch den Stadtbezirk Mitte von Berlin durchqueren und dort auf dem Bhf-Friedrichstraße halten, um von dort nach Westberlin weiterzufahren.

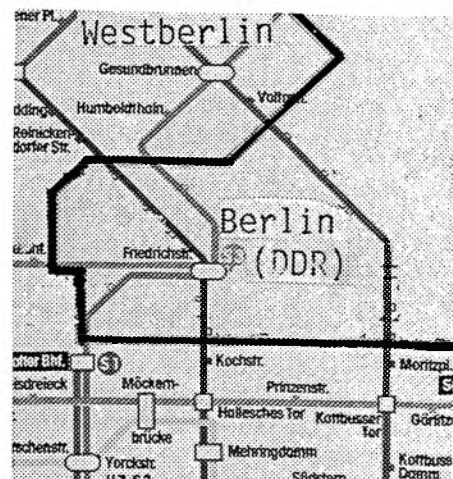
Der U-Bahnwagen, in dem Hussein sitzt, füllt sich. Er hält jetzt U-Bahnhof Reinickendorfer Str. "Letzter Bahnhof in Berlin (West)" tönt es aus dem Lautsprecher. Auf dem Bahnhof ist gerade ein Zug aus der Gegenrichtung eingetroffen. 20 uniformierte Polizisten stehen auf dem Bahnhof bereit, um einzusteigen. Der letzte Halt des Gegenzugs war der Bahnhof Friedrichstraße in der DDR gewesen. Und jetzt werden die Polizisten tätig, um die "... Grenze zur DDR gegen das Einsickern arabischer Terroristen zu sichern". (Exinnensenator Lummer in der BZ am 11.4.86) Denn nach Abstimmung mit den westlichen Besatzern

hatte der Senat nach dem Anschlag auf die Discothek "La Belle" angeordnet, die Züge von U- und S-Bahn, die in Friedrichstraße halten, bei der Einfahrt nach Westberlin auf "verdächtige Personen" zu kontrollieren. Auch Hussein wird in zehn Minuten eine verdächtige Person sein.

Der Zug fährt jetzt in die DDR. Nach vier Minuten hält er auf dem Bahnhof Friedrichstraße. Hier besteht Umsteigemöglichkeiten in drei S-Bahnlinien, die nach Westberlin fahren. Außerdem besteht die Möglichkeit zum Grenzübertritt in die DDR. Zollfreie Waren können eingekauft werden, dürfen aber nach Westberlin nicht eingeführt werden. Nach dreißig Sekunden Halt fährt der Zug weiter. Eingestiegen sind nur zwei Westberliner. Hussein kennt sie: Sie arbeiten bei Siemens-Mariendorf und haben die Möglichkeit des von den Westberliner Behörden verbotenen zollfreien Einkaufs auf dem Weg zur Arbeit genutzt. Nach dreieinhalb Minuten Fahrzeit ist der Zug wieder in der "freien Hälfte der geteilten Stadt".

Der Zug hält auf dem U-Bahnhof Kochstraße, unweit der Westberliner Springerzentrale. Schätzungsweise 30 Polizisten sind auf dem Bahnsteig. Fünf von ihnen steigen in den Wagen, in dem auch Hussein sitzt. Zwei ausländische Arbeiter, die aussteigen, weil sie bei Springer arbeiten, werden angehalten. Im Abfahren kann man noch sehen, wie sie ihre Pässe vorzeigen müssen.

Im Wagen beginnen die Polizisten mit der Kontrolle. Zwei betont unauf-



Ausschnitt des Westberliner U- und S-Bahnplanes. Fünf Linien führen durch die DDR.

fällig auffällig gekleidete Fahrgäste, die bereits in der Reinickendorfer Straße zugestiegen waren, entpuppten sich als zivile Beamte und beteiligten sich an der Kontrolle. Diese Praxis, zivile Polizeibeamte in Ausübung ihres Dienstes durch die DDR fahren zu lassen, verstößt gegen das Völkerrecht, das untersagt, Polizisten in fremden Ländern ohne Zustimmung der entsprechenden Regierung einzusetzen.

Im Wagen befinden sich etwa 40 Fahrgäste. Ein Drittel davon sind Ausländer. Sie und ein Punker sind ausschließlich die "Verdächtigen", die kontrolliert werden. Hussein hat seinen Paß bereits griffbereit, ein türkischer Kollege, der eingenickt ist, wird mit einem Tritt gegen das Schienbein aufgefordert, ebenfalls seinen Paß zu zeigen. Die Polizisten wollen auch die Papiere eines jugoslawischen Kollegen sehen. Dieser protestiert, er habe seine noch nie vorzeigen müssen und deshalb seinen Paß zuhause. Wieso er jetzt auch kontrolliert werde? "Wer hier kontrolliert wird, bestimmen wir!", ist die Antwort des Polizisten. Schließlich hilft der Werksausweis von Schindler, um nicht als "Terrorist" eingestuft zu werden. Der Punker muß auf der nächsten Station aussteigen, er hat weder Ausweis noch Fahrschein bei sich.

Hussein erzählt, so gehe das nun schon seit vierzehn Tagen. Am ersten Tag hatte er keinen Paß bei sich. Da hätte er aussteigen müssen. Wieso gerade ich, habe er gefragt. Die Antwort des Polizisten: "Halts Maul, hier reden wir!" Er hätte dann eine halbe Stunde im Holzverschlag warten müssen. Schließlich habe ihm die BVG-Monatskarte weitergeholfen. Am Nachmittag des gleichen Tages habe er sich dann von einem türkischen Kollegen mit dem Auto bis zum U-Bhf. Reinickendorfer Straße fahren lassen, um nicht in den Verdacht zu geraten, in der DDR in den Zug gestiegen zu sein. Aber auch das habe ihm nicht genützt.

Er sei auch wieder kontrolliert worden. Am Anfang habe er protestiert. Aber das sei nervenaufreibend, jeden Morgen und jeden Abend. Darum zeige er jetzt gleich seinen Paß vor und habe so keinen Ärger. Hussein versteht nicht, wieso in der Presse immer von "Grenzkontrollen" die Rede ist. Nach seinen bisherigen Erfahrungen werden fast ausschließlich Ausländer kontrolliert.

Hussein kennt türkische Kollegen, insbesondere wenn sie "arabisch" ausähen, die z.Zt. nicht mehr mit der U6 oder der S-Bahn durch die DDR fahren, sondern das Auto zur Arbeit benutzen, weil sie die täglichen Kontrollen fürchten. Hussein und die Mehrheit seiner ausländischen Freunde be-

grüßen es, daß viele Westberliner gegen diese Ausländerkontrollen demonstriert haben und in den Zügen mitgefahren sind, um die Kontrollen zu verhindern. Hussein findet aber, es seien zu wenig, außerdem hätten sich viele nach zwei Wochen schon an die Kontrollen gewöhnt.

600 Schutzpolizisten sind rund um die Uhr im Einsatz und 15% der Kripo-Sachbearbeiter. Der 35. Delegiertentag der Westberliner Gewerkschaft der Polizei am 6. Mai bezeichnete die Personenkontrollen als "polizeitaktisch absolut nutzlos" und stellte fest, daß die Polizeibeamten einem "unheimlichen Druck ausgesetzt seien, wenn sie wahllos dunkelhäutige Menschen aussortieren müssen".

staatlichen Abkommen mit Griechenland, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei für das zweite Kind mit Aufenthalt bei Angehörigen in einem dieser Länder 25, für das dritte und vierte Kind je 60 DM und für jedes weitere Kind 70 DM bezahlt (Gesetz v. 21.12.74). Bei Unterschreitung der seit 1983 eingeführten Einkommensgrenzen betragen die entsprechenden Beträge für Kinder mit Aufenthalt in der BRD und in Westberlin: für das erste Kind 50 DM, für das zweite 100 DM, für das dritte 220 DM und ab dem vierten Kind 240 DM monatlich.

Das erklärte Ziel der Reaktion, die Kosten für die Kindererziehung in Abhängigkeit zur Einkommenshöhe der Eltern zu berücksichtigen, hat nun in dem als sehr familienfreundlich gepriesenen "Steuersenkungs"-Gesetz 1986 zu dem oben zitierten unverfrorenen Vorstoß geführt. Denn wenn nunmehr Leistungen für Kinder wieder wie vor 1975 mehr über vom Einkommen abziehbare Freibeträge und damit zunehmend mit der Einkommenshöhe gewährt werden, dann verliert die beschriebene Kindergeldregelung relativ an Bedeutung. Der Freibetrag von jetzt 2484 DM für einen Beschäftigten aus einem der oben genannten Länder mit Kindern bei Angehörigen in diesen Ländern hätte nach bis 1985 gültigen Regelungen ihm zugestanden. Die anfangs wieder-gegebene Regelung wird nun in ihrer Absicht deutlich: im wahrsten Sinne des Wortes werden damit die Kinder von ausländischen Beschäftigten, die sich bei Angehörigen in ihrem Heimatland aufhalten, zu "außergewöhnlichen Belastungen" erklärt.

Bedenkt man, welche Absichten hinsichtlich Aufenthaltsberechtigung, Arbeits-, Heirats- usw. Erlaubnis Zimmermanns Gesetzesinitiativen zur Verschärfung des Ausländerrechts verfolgen, dann wird im Zusammenwirken dieser Zwangsregelungen deutlich, daß es hier um den Versuch geht, mit allen Mitteln einen Import von "Niedriglohn-Verhältnissen" aus den Arbeitskraft-Reservoirs der BRD-Imperialisten zu bewerkstelligen. Der oben vom Finanzministerium angegebene Weg der Geltendmachung von Kindern bei Angehörigen im Ausland als "außergewöhnliche Belastungen" kommt in der Regel bloß zum Zuge über die Beantragung mit dem Lohnsteuerjahresausgleich, ist also nicht bloß diskriminierend, sondern auch noch außerordentlich kompliziert. Die von diesen Regelungen betroffenen Beschäftigten aus dem Ausland, deren Kinder noch nicht einmal hier leben (können), sollen also generell erst einmal dafür auch noch mehr Steuern bezahlen, um dann nachher zu beweisen, daß der Unterhalt ihrer Kinder auch nicht vom Himmel fällt.

Wird dieser Antrag gestellt, kommt auch schon die nächste Regelung zum Zuge, die den Import von Niedriglohn-



1. Mai 1986 in Westberlin: "Endlich: U-Bahn wieder fest in deutscher Hand. BVG-Karten nur mit gültigem Arielausweis". Scharfe Kritik an den Ausländerkontrollen.

Das "unbeschränkt einkommensteuerpflichtige Kind": Steuer-Unrecht

Man kann sich zunächst kaum etwas darunter vorstellen: Dennoch ist es dem vereinten Wirken von Stoltenberg, Zimmermann und Co. gelungen, mit dem "Steuersenkungsgesetz" 1986 eine ganz neue Art von zu besteuern-dem Bürger zu schaffen – das "unbegrenzt einkommensteuerpflichtige Kind". Der seit Jahresanfang neu gefaßte § 32 des Einkommensteuergesetzes erklärt zur Bedingung der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern bei der Besteuerung ihrer Eltern: "Ein Kind kann nur berücksichtigt werden, wenn es zu Beginn des Kalenderjahres unbeschränkt einkommensteuerpflichtig war oder im Laufe des Kalenderjahres unbeschränkt einkommensteuerpflichtig geworden ist."

Warum diese komplizierte Formulierung? Es geht um die Berücksichtigung von Kindern bei der Besteuerung ihrer Eltern. Der zitierte Paragraph verstärkt nicht bloß die Wirkung von einkommensabhängigen Kin-

derfreibeträgen (1242 bzw. 2484 DM je Kind in Steuerklasse IV bzw. III). Der Paragraph schließt mit dem zitierten Absatz zugleich eine ganze Gruppe von Kindern aus: die Kinder von Arbeitern und Angestellten aus dem Ausland, die dort bei ihrer Mutter oder Angehörigen leben. In dem Heftchen "Lohnsteuer '86" des Finanzministeriums heißt es unter "Kinder auf der Lohnsteuerkarte": "Deshalb werden ab 1986 z.B. Kinder ausländischer Arbeitnehmer, die im Heimatland leben, nicht mehr auf der Lohnsteuerkarte eingetragen. Unterhaltsaufwendungen für sie können als außergewöhnliche Belastungen berücksichtigt werden."

Mit dieser Regelung werden diskriminierende Bestimmungen gegen insbesondere Beschäftigte aus dem Ausland steuerlich ausgebaut. Bisher wurde aufgrund eines Gesetzes seit 1975 mit Bezug auf die einseitige Verlängerung von Regelungen aus zwischen-

Verhältnissen stützen soll: die hier gewährten Freibeträge von z.B. 2484 DM in Lohnsteuerklasse III können selbst auf dem Wege "außergewöhnlicher Belastungen" nicht erreicht werden, denn generell hat die Finanzverwaltung dafür gesorgt, daß Unterhaltsleistungen an Angehörige im Ausland bloß in solchen Verhältnissen anerkannt werden, wie es die BRD-Imperialisten gestatten. Für wichtige ausländische Arbeitskraft-Reservoirs sind daher die anrechenbaren Beträge auf 2/3 der in der BRD gültigen Grenzen abgesenkt: so z.B. für Jugoslawien, Polen, Portugal, Libanon, Korea. Für andere Staaten gleich auf 1/3: so z.B. Ägypten, Marokko, Iran, Philippinen, Sri Lanka, Thailand.

Auf die kurz vor Verabschiedung des Steuerreform-Gesetzes Ende letzten Jahres einsetzenden Proteste gegen die Diskriminierung der bei Angehörigen im Heimatland lebenden Kinder ausländischer Beschäftigter hin hat das Finanzministerium keinen Rückzieher gemacht. Anfang April wurde als Ergebnis einer Besprechung zwischen dem Arbeits- und Finanzmini-

sterium mitgeteilt, die ausländischen Beschäftigten brauchten nicht mehr Steuern zu bezahlen, da eine Pauschale bis 2484 DM je Kind je nach Land unterschiedlich ohne Einzelnachweis auf dem Wege außergewöhnlicher Belastungen anerkannt würde. D.h. im Klartext: die Regelungen bleiben voll in Anwendung, jedoch wird im Lohnsteuerjahresausgleich auf Belege verzichtet. Es ist daher nicht richtig, wenn z.B. das ZK der Deutschen Katholiken in einer Mitteilung vom 4. April diese Erklärung der Bundesregierung begrüßt und weitergibt, es gäbe mit dem neuen Gesetz "grundsätzlich keine steuerliche Benachteiligung" für ausländische Beschäftigte. Bloß abschließend zwei kleine Hinweise für weitere Folgen dieser Regelung: die Kinderzulagen nach dem Berlin-Förderungsgesetz z.B. richten sich nach der Zahl der Kinder auf der Lohnsteuerkarte, und auch der "Kindergeldzuschlag" für Niedriglöhner wird bloß gewährt für Kinder, für die auch "Kinderfreibeträge" gewährt werden, genauer: für "unbeschränkt einkommensteuerpflichtige".

mentiert den Tarifvertrag ähnlich. Die Chemiekapitalisten machen Druck auf das Bundessozialministerium, auf dem Verordnungswege zu klären, in welchen Fällen denn nun Ansprüche ausländischer Arbeiter mit dem Verweis auf Rentenansprüche im Ausland abgelehnt werden können, bzw. in welchen Fällen die Bundesanstalt für Arbeit keine Zuschüsse an die Arbeitgeber zahlt und die dann den Abschluß eines Vorruhestandsvertrags ablehnen können. Im Mai 1985 verordnet das Bundessozialministerium, daß es Zuschüsse in den Fällen zahlt, in denen der ausländische Arbeiter, einen gesetzlichen Anspruch auf das "flexible Altersruhegeld" in der BRD erworben hat. Das betrifft diejenigen Arbeiter, die 35 Versicherungsjahre in der Rentenversicherung zurückgelegt haben (in Fällen, in denen ein Sozialabkommen besteht, werden die Versicherungsjahre im Ausland mitgezählt.)

Die Chemiekapitalisten reagieren prompt. Sie lehnen grundsätzlich ab, Vorruhestandsverträge mit ausländischen Arbeitern länger als bis zum 63. Lebensjahr abzuschließen. In verschiedenen Fällen lehnen sie Ansprüche ausländischer Arbeiter überhaupt ab. Die IG Chemie versucht, durch interne Absprachen mit dem Arbeitgeberverband zu regeln, daß in allen Fällen bis zum 63. Lebensjahr gezahlt wird. Die Chemiekapitalisten erklären, sie wollten sich auf "freiwilliger Basis" daran halten und bringen die IG-Chemie damit in Lage, auf eine öffentliche Kritik zu verzichten, um die "freiwillige Absprache" nicht zu gefährden.

Die Betriebsräte in den Chemiebetrieben müssen in jedem Einzelfall Verhandlungen führen. Über Ergebnisse dieser Verhandlungen besteht keine Übersicht.

Vorruhestandstarif: Sonderbestimmungen für ausländische Arbeiter durch die Hintertür

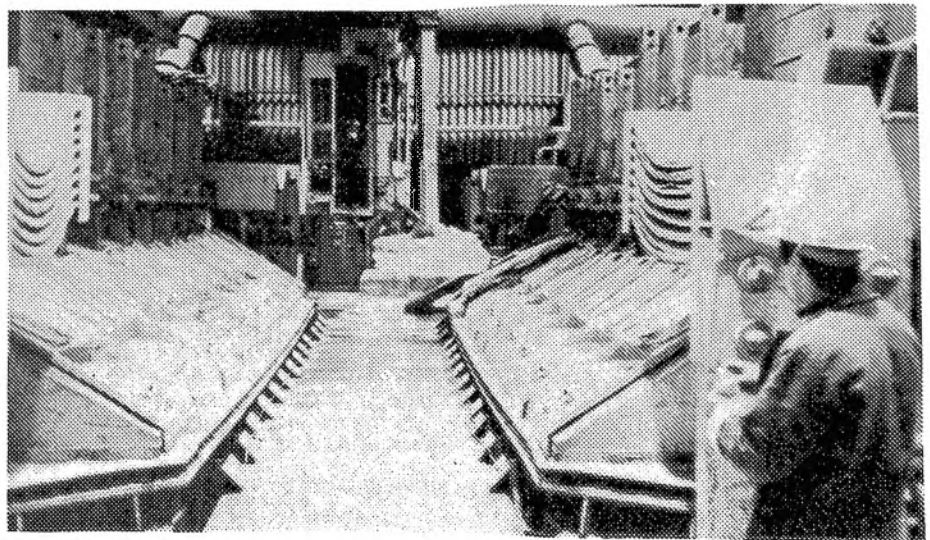
Im April 1984 trat das Vorruhestandsgesetz der CDU/FDP-Koalition in Kraft. Es enthält Sonderbestimmungen für ausländische Arbeiter, die nicht auf den ersten Blick erkennbar sind. In der Anwendung des Gesetzes in Tarifverträgen kommen sie zum Vorschein, ohne jedoch bislang Gegenstand einer öffentlichen Kritik geworden zu sein.

Worin liegen die Sonderbestimmungen?

Das Vorruhestandsgesetz legt fest, daß "Arbeitgebern Zuschüsse zu den Aufwendungen für Vorruhestandsleistungen an Arbeitnehmer, die das 58. Lebensjahr vollendet haben und ihre Erwerbstätigkeit beendet haben", gezahlt werden. Die Zuschüsse werden jedoch nur solange gezahlt, bis der Arbeiter einen Rentenanspruch geltend machen kann oder "ähnliche Bezüge öffentlich-rechtlicher Art beanspruchen kann" (§ 2a Vorruhestandsgesetz). Rentenansprüche im Ausland an dortige Rentenkassen sind, so will es die Bundesregierung, "ähnliche Bezüge öffentlich-rechtlicher Art". Da das Rentenalter in sehr vielen Ländern mit 60 Jahren oder auch schon mit 55 (Türkei) erreicht ist, kann der Anspruch auf Vorruhestandsgeld für Arbeiter aus dem Ausland immer dann bestritten werden, wenn er in seinem Heimatland Rentenansprüche geltend machen könnte, auch wenn er sich in der BRD aufhält.

Im April 1985 schloß die IG Chemie-Papier-Keramik mit den Chemiekapitalisten einen Tarifvertrag über

Vorruhestand und Altersteilzeit ab. Der Tarifvertrag übernimmt in den entscheidenden Punkten wörtlich die gesetzliche Regelung. Die Chemiekapitalisten kommentieren sofort nach Abschluß: "Als ähnliche Bezüge öffentlich-rechtlicher Art gelten nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts auch vergleichbare Renten ausländischer Versicherungsträger. Dabei ist es nach der Rechtsprechung unerheblich, ob der Lebensunterhalt durch die Rente im Einzelfall gesichert wird." Auch die IG Chemie kom-



Die ÖTV hatte in dem Lohn Tarifvertrag Anfang des Jahres einer Diskriminierung ausländischer Lohnabhängiger bei den Kinderzulagen zugestimmt. Im April stimmte die IG Chemie einem Vorruhestandstarifvertrag mit ausländischerdiskriminierenden Bestimmungen zu. Bild: Arbeiter in den Hamburger Aluminium-Werken.



Energiepolitik

Nach dem Unfall von Tschernobyl scheinen Kapitalisten und bürgerliche Parteien unversehends in die Defensiv-geraten. Die Grünen verlangen energisch eine Abschaltung aller Kernkraftwerke. SPD-Politiker propagieren daraufhin den "baldigen Einstieg in den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie", und selbst in der

Union rühren sich Stimmen, keine weiteren Kernkraftwerke in Bau zu nehmen. Daß die politische Opposition nach jahrelangen Mißerfolgen nun rasch Änderungen am imperialistischen Energieprogramm der BRD erzwingen kann, ist im Ernst unwahrscheinlich. Immerhin: Der Widerstand gegen dieses Energieprogramm nimmt zu. Wie reagieren staatstragende Parteien und Kapitalisten?

Imperialistische "Entwicklungshilfe" am Beispiel Bangladesh

Die westdeutschen Imperialisten verkünden, daß sie ihre "Entwicklungshilfe" für Bangladesh ausweiten wollen. Laut Statistiken der UNO ist das Land eines der ärmsten Länder der Erde. Das lockt in letzter Zeit zunehmend Imperialisten an, die Möglichkeiten für Kapitalexperte zu prüfen. Inzwischen ist "Bangladeshisierung" unter den Imperialisten zum Synonym für ein komplettes Konzept geworden, wie solche ärmsten Länder bzw. die Arbeiter und Bauern in ihnen am besten auszubeuten sind. Welche Politik haben die Imperialisten in letzter Zeit gegenüber Bangladesh entwickelt, und welche Folgen hat diese Politik für die Lebensverhältnisse der arbeitenden Klassen?



Gegen FAP-Wahlzulassung

Die FAP betreibt eine Wahlbeteiligung zu den niedersächsischen Landtagswahlen. Der Landeswahlausschuß hat entsprechend den Vorgaben des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff die FAP als zugelassene Partei anerkannt. Die Landesregierung sieht sich jetzt unter Druck wegen ihrer Förderung von faschisti-

scher Politik und Organisationen. Eine öffentliche Debatte um die Anwendung des Art. 139 GG (Fortgeltung des Verbots faschistischer Organisationen) ist am Laufen. Die Zusammenarbeit verschiedener antifaschistischer Kräfte macht Fortschritte. Gleichzeitig verschärft die Reaktion ihre Hetze gegen links und droht, deren "extremistische Gewalt" mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Libyen: Erfolge und Schwächen der antiimperialistischen Kräfte

Der Ingrim, mit dem die Imperialisten seit Jahren den Kurs Libyens verfolgen, hat sicher einen wesentlichen Grund darin, daß das Land antiimperialistischen Kräften seit langem Aufenthalt, Asyl erlaubt. Entscheidend für den Haß der Imperialisten aber ist die innere Entwicklung in Libyen, die Enteignung imperialistischer Konzerne, die Auflösung imperialistischer Militärstützpunkte und die relative Unabhängigkeit des Landes vom imperialistischen Weltmarkt im Gefolge dieser inneren Entwicklung. Wie hat sich das Bündnis der antiimperialistischen Klassen in Libyen seit dem Sturz der Monarchie im Jahre 1969 entwickelt?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Verlagsgesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoß, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.